



Politische Berichte

Nummer 9 / 11. Jahrgang

27. April 1990

G 7756 D Preis 1,50 DM

Die DDR-Annexion per Staatsvertrag?

Wie die Bevölkerung der BRD in die Rolle des Spießgesellen manipuliert werden soll

Wie kann die Regierung Kohl sich politischen Rückhalt für Repressalien gegen Bevölkerung und Institutionen der DDR besorgen? Eine bisher offene Frage, denn die Anschlusspolitik lebt davon, daß sie, wirklich oder angeblich, den Wünschen der DDRler entspricht. Sind diese Wün-

sche, Kohl weiß es am besten, illusionär, muß Widerstand aufkommen. Die in der taz am 20. April 1990 veröffentlichten Auszüge des Staatsvertrages zeigen, wie man Widerstand in der DDR als Angriff auf Wohl und der Bundesbürger denunzierbar machen will.

In den laufenden Geheimverhandlungen setzen die Sozialingenieure der Bundesregierung am Wunsch der DDR-Bürger nach „der D-Mark“ an. Die Souveränität der DDR bleibt scheinbar erhalten, da die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion der politischen Union vorgezogen wird. Wie die wahren politischen Verhältnisse aussehen sollen, erschließt sich u.a. aus den beiden folgenden Passagen des Entwurfes für den Staatsvertrag. Die erste verschiebt die Verantwortlichkeit der Regierung der DDR weg von ihren Wählern und hin zur Bundesregierung:

„Dieser Vertrag, einschließlich der in Ausführung dieses Vertrages geltenden oder in Kraft zu setzenden Rechtsvorschriften, gehen entgegenstehendem Recht einschließlich Verfassungsrecht der DDR vor.“

Der Vertragspartner BRD zählt also in jedem Zweifelsfall mehr als das damit dann gewesene Volk der DDR.

Eine weitere Bestimmung verwandelt die Institutionen der DDR in ausführenden Organe der BRD, ihres Parlamentes, ihrer Regierung:

„Die DDR wird während der Geltungsdauer dieses Vertrages währungs- politische Befugnisse einschließlich der Ausgabe von Banknoten und Münzen weder ausüben, noch einer anderen Einrichtung übertragen ... Die DDR ver-

pflichtet sich, Änderungen des Gesetzes über die deutsche Bundesbank unverzüglich und ohne Änderungen zu übernehmen.“

Falls, wie es denkbar ist, die Kniffe der Banker nicht ausreichen, um die DDR wirtschaftlich fertig zu machen, können passende Gesetze von der BRD aus einseitig geändert werden und die DDR muß sie — unverzüglich — übernehmen.

Unleugbar würden, wegen der Einheitlichkeit der Währung, Maßnahmen der DDR-Regierung, der DDR-Firmen, der DDR-Gewerkschaften auf wirtschaftliche Beziehungen in der BRD selbst durchschlagen und immer fänden die Fachleute für Demagogie was zum Hetzen: Der internationale Kurs der DM betrifft den Urlaub, die Inflationsrate die Lohnkaufkraft, die Zinsen Schuldner und Mieter. Thema wäre nicht die Anschlusspolitik, sondern das wohlstandsgefährliche Handeln der DDR-Bürger. Ist die DM einmal in der DDR, so rechnet Kohl, wird die westdeutsche Bevölkerung ihre Regierung ermächtigen, den DDRlern die dazugehörigen Sitten mit den erforderlichen Mitteln beizubiegen. Auf lange Jahre hinaus wäre die grundlegende politische Situation im neuen deutschen Reich geprägt durch die Ausgangssituation der Aufsicht, Bevormundung, Umerziehung.

Die vorgezogene Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion ist also zutiefst undemokratisch. Dazu kommt die soziale Differenzierung. Im Arbeitsmarktbereich für Industrie- und Handarbeit würde es zu einem lang hängenden Überangebot kommen, gespeist erstens aus der Rationalisierung, die für die DDR-Betriebe vorgesehen ist, zweitens aber aus dem Heer für kapitalistische Zwecke nicht brauchbarer oder formbarer Arbeitskräfte im Bereich von Management und Verwaltung. Der Druck der Regierung auf die in der BRD lebenden Ausländer würde weiter zunehmen. Derselbe Prozeß würde unternehmungslustige Managertypen aus der BRD begünstigen, das politische Lager der Arbeit würde in — vorübergehende — Nutznießer und Geschädigte der Anschlusspolitik womöglich langfristig zerspalten. Hinzu kommt die wachsende Gefahr des Faschismus, denn eine so breit angelegte Reaktion braucht zügellose Banden.

Daß zu dem Staatsvertrag vorher (fast) niemand gefragt wird, paßt dazu, daß nachher (fast) alle darunter leiden werden. Wer es geschehen läßt, wird zum Komplizen, wer dagegen kämpft, hat noch nicht verloren; ein Betrug kann auch einmal rechtzeitig durchschaut werden. — (maf)



Der frühere CDU-Staatssekretär im Finanzministerium von Schleswig-Holstein, Schleifer, informierte als Mitglied des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur U-Boot-Affäre Verantwortliche der Lieferfirmen HDW und Salzgitter AG mehrfach über den Stand der Ermittlungen — laut Ausschußobmann Gansel (SPD) eine „schwere Amtspflichtverletzung“.

Mitsotakis kündigt EG-Treue an

Konservative Regierung in Griechenland gebildet

Ein knappe Mehrheit von einem Sitz konnte die konservative Nea Demokratia zusammen mit der Diana, einer Abspaltung der Nea Demokratia, in den dritten Parlamentswahlen innerhalb von zehn Monaten erringen. Die Nea Demokratia erhielt 47 Prozent, die Diana 0,7 Prozent der Stimmen. Die sozialdemokratische Pasok erreichte 39 Prozent und das Bündnis verschiedener kommunistischer Organisationen, sozialistische „Vereinigte Linke“, das in einigen Wahlkreisen gemeinsam mit der Pasok kandidierte, erhielt knapp zehn Prozent.

Die Nea Demokratia stellt die neue griechische Regierung. Der am 12. April vereidigte Ministerpräsident Mitsotakis stellte in seiner Antrittsrede klar, auf welche internationalen Schwerpunkte sich die konservative Regierung konzentrieren wolle: In scharfer Abgrenzung zur Politik der Pasok, die 1981 die Wahlen gewonnen hatte mit den Forderungen nach Austritt aus NATO, Abzug aller US-Truppen aus Griechenland und dem Austritt aus der EG, erklärte Mitsotakis, nun könne Griechenland endlich wieder seinen Verpflichtungen in den Bündnissen nachkommen.

Das bedeute insbesondere, daß der Vertrag über die US-Militärstützpunkte, der im November ausläuft, schleunigst verlängert werden müsse. Absagen von NATO-Manövern, Nichtbeteiligung an solchen und die Unterstützung von NATO-feindlichen Organisationen wie der palästinensischen Befreiungsfront PLO müßten ein Ende haben.

Außerdem werde Griechenland nun seine „lähmende Rolle“ in der EG aufgeben. Die EG-Kommission hatte die griechische Regierung mehrfach gemahnt, die Steuern, v.a. die Mehrwertsteuer, an die übrigen EG-Staaten anzupassen und die Subventionierung des Schiffbaus zu beenden. Die griechische Regierung hatte mehrfach durch Sondervoten und Gegenstimmen Erklärungen der EG-Ministerpräsidenten insbesondere bezogen auf Südafrika verhindert und war seit 1983 für eindeutige Sanktionen durch die EG eingetreten.

Innenpolitisch kündigte Mitsotakis an, seine Regierung werde insbesondere die staatliche Ausgabenpolitik begrenzen und griff direkt die Beschäftigten im öffentlichen Dienst an, die mit ihren „überzogenen“ Lohnforderungen zur Inflation beigetragen hätten. Die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst haben im letzten Jahr mehrfach Warnstreiks durchgeführt, die Müllarbeiter hatten im Oktober letzten Jahres fast drei Wochen gestreikt, um eine Anpassung der Löhne an die Inflation zu erreichen, die zur Zeit bei 18 Prozent liegt. Die Lohn- und Gehaltserhöhungen betrugen im öffentlichen Dienst für 1989/90 im Durchschnitt zehn Prozent. Die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst kündigten bereits an, daß sie in diesem Jahr unbedingt einen Inflationsausgleich für Löhne und Gehälter durchsetzen wollten.

Quellenhinweis: Handelsblatt v. 12.4., Financial Times v. 12.4., The Guardian, 13.4., International Herald Tribune, 12.4. — (uld)

Daimler-Reuter droht mit Aussperrung



Ab 30. April, zwei Tage nach Ablauf der Friedenspflicht, will die IG Metall in den Mercedes-Werken Sindelfingen und Stuttgart Untertürkheim zu ganztägigen Streiks aufrufen. Edzard

Reuter, Vorstandsvorsitzender von Daimler, drohte daraufhin sofort mit Aussperrung. Bild: Demonstration von Auszubildenden bei Ford in Köln. (Bild: B. Mauss)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Erklärung gegen Anschluß der DDR nach Artikel 23 GG

In der Abschlusserklärung einer Tagung „Selbstbestimmung“, an der sich im März in Salzgitter 120 Wissenschaftler und Gewerkschaftler aus der BRD und der DDR beteiligten, heißt es: „Für undemokratisch und darum unzulässig halten wir es, der DDR nach Artikel 23, Satz 2 des Grundgesetzes einfach die Verfassungsordnung der BRD überzustülpen.“ Allerdings setzten sie sich nicht für die Aufrechterhaltung der Zweistaatlichkeit ein, sondern ließen die Möglichkeit von Konföderation oder Vereinigung nach „demokratischer Volksabstimmung“ offen. Quelle: Der Rechte Rand, April 1990 — (mio)

DGB unterschreibt beim BDA: für das Recht auf Aussperrung?

DGB und BDA haben eine gemeinsame Erklärung zu einer einheitlichen Wirtschafts- und Sozialordnung in beiden deutschen Staaten abgegeben. Eine Wirtschafts- und Währungsunion auf der Basis der „sozialen Marktwirtschaft“ müsse „rasch und gleichzeitig erfolgen“. „Allerdings wird eine Angleichung an bundesdeutsche Sozial-

standards nur in Etappen zu erreichen sein.“ „Das Lohnniveau wird zunächst noch deutlich unter bundesdeutschem Standard liegen“ und sich „an den Produktivitätsverhältnissen ausrichten“. Zum Thema Tarifautonomie unterschreibt der DGB „das prinzipielle Recht auf Streik und Aussperrung als letztes Mittel sonst nicht lösbarer Tarifauseinandersetzungen“. Quelle: Informationsbrief für Führungskräfte 4/90 des Bundesarbeitsgeberverbandes Chemie — (tht)

Mai-Aufruf des DGB: DDR-Annexion geschluckt?

„Wer in einem zukünftigen, gemeinsamen Deutschland unabhängige Gewerkschaften will, muß uneingeschränktes Streikrecht akzeptieren und die Aussperrung verbieten.“ „Wir wollen ein einiges Deutschland.“ So, und leider nur so, würdigt der DGB in seinem Maiaufruf den Annexionskurs von Bundesregierung und BRD-Konzernen gegen die DDR. Die zahlreichen gewerkschaftlichen Vorbehalte gegen die Annexion der DDR, der Widerstand in der DDR selbst — im Maiaufruf finden sie sich mit keinem Wort unterstützt. Auch zu dem reaktionären und rassistischen Ausländergesetzbuch der

Regierung, das doch am 11. Mai im Bundesrat verabschiedet werden soll, findet sich im Aufruf kein Wort. Offenbar hat das gesamtdeutsche Streben des DGB die Kritik an der Regierung und deren arbeiterfeindlicher Gesetzgebung weitgehend verstummen lassen. — (rül)

40 Jahre Revanchismus: Albrecht gegen „Diktatfrieden“

Hupka, Vorsitzender der „Schlesischen Landsmannschaft“ formulierte in seiner Rede anlässlich des 40jährigen Bestehens im März: „Hinter Oder und Neiße liegen große deutsche Gebiete, auf die Polen und die Sowjetunion keinen historischen, ethnischen oder rechtlichen Anspruch haben.“ Die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze bedeute „Diktatfrieden“. Der CDU-Bundestagsabgeordnete und Revanchist Sauer sprach ebenfalls von einem „Grenzdictat“. Ministerpräsident Albrecht, Schirmherr dieses Bandentreffens, führte aus: „Diktieren können sie nichts (die Alliierten, d. Red.), die Zeiten sind vorbei.“ Sowohl die SPD als auch die Grünen in Niedersachsen forderten die Aufkündigung der Patenschaft Niedersachsens zur „Landsmannschaft Schlesien“. — (mal)

DGB und Mieterbund: Wohnen ein Verfassungsrecht

Das Recht auf Arbeit und Wohnen muß bei der Verwirklichung der Einheit Deutschlands in der Verfassung verankert werden — gleich, wie sich der Vereinigungsprozeß vollziehen wird. Das forderten der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und der Deutsche Mieterbund (DMB) bei einer gemeinsamen Pressekonferenz in Bonn. DGB und Mieterbund gehen offensichtlich von einer „Vereinigung“ über Artikel 146 Grundgesetz aus. Verfassungsänderungen wären dann mit einfacher Mehrheit möglich. Die Bundesregierung lehnt dies — Tür und Tor werden geöffnet für eine andere Republik — strikt ab. Mit Bezug auf die Verfassungsdiskussion in der DDR weist der DMB-Präsident Gerhard Jahn auf die Eigentumsverhältnisse hin, die die Ursache für Wohnungsnot und Armut sind: „Will man nicht die Fehler, die bei der Gründung der Bundesrepublik gemacht wurden, wiederholen, muß die Bodenpolitik in der DDR künftig vorwiegend auf kommunalem Eigentum und Verfügungsrecht beruhen“. Tritt der DGB und DMB dafür auch in der Bundesrepublik ein? — (dii)

Aktuell in Bonn

Kaufboykott gegen BRD

Zum 1. Juli wirksam wird eine bundesdeutsche Gesetzesänderung, mit der eine Milliarde Mark Straßennutzungsgebühr pro Jahr von ausländischen Speditionen kassiert werden soll, während zugleich die Kfz-Steuer für BRD-LKWs um über eine Milliarde Mark jährlich gesenkt wird. Niederländische Speditionen haben jetzt mit einem Kaufboykott von BRD-LKWs gedroht und sich brieflich an die Niederlassungen von BRD-Firmen in den Niederlanden gewandt, damit deren BRD-Hauptunternehmen sich von der Regierungsmaßnahme distanzieren sollen. Mercedes-Benz — 16 Prozent Marktanteil in den Niederlanden — distanzierte sich umgehend.

Bundesbankgewinn

Einen Reingewinn von fast zehn Milliarden DM wird die Bundesbank zum diesjährigen Bundeshaushalt beisteuern. Der Gewinn stammt aus dem Zinsertrag von fast 50 Mrd. Auslandsguthaben der Bank (netto) sowie aus Zinszahlungen inländischer Banken für Bundesbankkredite im Vorjahr. Wenige Tage vor Vorlage dieses Geschäftsberichts hatte die Bundesbank die neueste Auslandsvermögens-Statistik vorgelegt. Danach sind die Auslandsvermögen westdeutscher Konzerne von 109 Mrd. DM (1982) auf über 180 Mrd. DM (1988) angestiegen. Der Kapitalertrag aus Auslandsvermögen (also Profite aus ausländischen Werken sowie Zinszahlungen ausländischer Schuldner der BRD) erreichte 1989 den enormen Betrag von 76,9 Mrd. DM.

Länder-Neugliederung?

Die von CSU und CDU-Wallmann losgestoßene Diskussion um eine „Neuordnung der Länder“ stößt auf Schwierigkeiten. Am 18.4. stimmte der Hamburger Bevollmächtigte beim Bund, Gobrecht, der Initiative zu und empfahl die Zusammenfassung Schleswig-Holsteins, Hamburgs, Bremens und Niedersachsens zu einem „Nordstaat“ sowie der Länder Rheinland-Pfalz, Hessen und Saarland zu einem Bundesland. NRW-Rau kündigte an, er werde mit seinen „Kollegen“ darüber sprechen. Am 22.4. lehnte der Präsident des Bremer Senats, Wedemeier, die Einbeziehung Bremens in solche Pläne strikt ab. Damit ist die Diskussion, die auf eine weitere Zentralisation der Staatsmacht abzielt und mit direktem Hinweis auf die geplante DDR-Annexion in Gang gesetzt worden war, auf eine erste Klippe gestoßen.

SPD-Ost vorstellig

Im Bonner Ollenhauer-Haus der SPD-West gingen am 22. April die Parteipräsidenten und die geschäftsführenden Fraktionsvorstände der SPD der BRD und der SPD der DDR in Klausur. Neben der weiteren Kursbestimmung zum deutschen Einheitsstaat ging es auch um

die Regierungsbildung. Der ehemalige DDR-SPD-Vorsitzende Böhme, für dessen Nachfolge es noch keinen Kandidaten gibt, hatte die Koalition mit der Allianz für Deutschland kritisiert, während der BRD-SPD-Vorsitzende Vogel die Regierungserklärung öffentlich gelobt hatte.

Profitabel ostwärts

Eine Delegation des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft unter Leitung ihres Vorsitzenden Otto Wolff von Amerongen hat ihre Absicht bekundet, auf Einladung des Ministerpräsidenten der Ukraine, Vitali Massol, in die Ukraine zu reisen. Zweck ist die Erkundung von Möglichkeiten des „Exports und der industriellen Kooperation“. Laut Geschäftsführer des Ostausschusses, Fink, ist die Ukraine als Markt bislang „sträflich vernachlässigt“ worden. Leitende Mitarbeiter von DDR-Kombinaten sollen bei der Erschließung der möglichen Geschäfte helfen. Die „westwärts gerichtete Mentalität“ und gute Infrastruktur dort könnten, so Fink, Kooperationen erleichtern.

Militärkooperation

Die Außenminister der Tschechoslowakei und der BRD, Dienstbier und Genscher, vereinbarten am 22.4. Visafreiheit zwischen beiden Ländern noch in diesem Jahr. Die Verteidigungsminister Vacek und Stoltenberg vereinbarten beim Treffen in Fürth engere Zusammenarbeit „zur Vertrauensbildung“, insbesondere militärpolitische Kontakte und Absprachen „unter Berücksichtigung der Mitgliedschaft in unterschiedlichen Bündnissystemen“.

FDP: Großdeutsch voran!

Die FDP will als erste der bundesdeutschen Parteien sich großdeutsch in die DDR ausdehnen. Am 18.4. bildete die FDP mit der Deutschen Forumspartei, dem Bund Freier Demokraten und der FDP der DDR einen Koordinierungsausschuß. Noch im Juni soll ein Sonderparteitag der Lambsdorff-Partei die geplante Übernahme der liberalen DDR-Parteien vorbereiten. Im Dezember soll ein Parteitag zwei Wochen nach der Bundestagswahl einen neuen Parteivorstand wählen und alle Beschlüsse fassen, um noch bis Jahresende die liberalen Parteien der DDR zu schlucken.

Was kommt demnächst?

Vom 2.-5. Mai ist von Weizsäcker auf Staatsbesuch in Polen. Am 5. Mai findet das erste „Sechser-Treffen“ der Außenminister der USA, der SU, Großbritannien und Frankreichs sowie der BRD und der DDR in Bonn statt. Am 11. Mai will der Bundesrat das Ausländergesetz verabschieden. Am 17. Mai sollen in Straßburg die Verhandlungen über die EG-Währungsunion beginnen. Am 20. Mai beginnt in Hamburg der DGB-Bundeskongress mit Neuwahl des Vorstands. Vom 23.-27. Mai ist in Westberlin Katholikentag.

BRD-Konzerne auf schneller Expansion

Frühjahrgutachten der Institute rechnet fest mit DDR als neuer Niedriglohnkolonie

In ihrem im April vorgelegten Frühjahrgutachten haben die Wirtschaftsinstitute die Lage der westdeutschen Konzerne mit kaum verhülltem Triumph geschildert. Bei den Gewinnen der Unternehmen, die schon in den letzten Jahren Rekordhöhen erreichten, rechnen die Institute mit einem weiteren „beschleunigten“ Anstieg. Die Kapitalisten haben offenbar in den letzten Jahren einen deutlichen Anstieg der Maschinenlaufzeiten durchsetzen können. Die Institute sprechen jedenfalls von einer „sehr hohen“ Auslastung der Produktionsanlagen. In Wirklichkeit verbirgt sich dahinter eine weitere Steigerung der berückichtigten „Flexibilisierung“ der Arbeitszeiten zu Lasten der Lohnabhängigen, deren Pausen und Erholzeiten von den Kapitalisten immer stärker dem Bedürfnis optimaler Anlagenauslastung angepaßt wurden.

Wegen dieses hohen Auslastungsgrads, so die Institute weiter, nähmen die Erweiterungsinvestitionen weiter zu. Mit weiteren Anstiegen rechnen die Institute insbesondere in der Investitionsgüterfertigung, da die Unternehmen ihre Investitionen wegen des erwarteten EG-Binnenmarkts und der Marktausdehnung nach Osteuropa weiter steigerten. Auch der Wohnungsbau werde weiter zunehmen und dementsprechend die Absatzaussichten für die mit dem Baugeschäft verbundenen Industrien. Vor allem aber halte der private Konsumboom weiter an. Damit meinen die Institute den schon in den letzten Jahren feststellbaren Konsumboom bei den Mittelklassen, deren Einkommen oftmals durch Erfolgsprämien der Unternehmen sowieso weiter überdurchschnittlich gestiegen sind und die in diesem Jahr zusammen mit den Kapitalisten zudem noch die Vorteile der zweiten Stufe der Steuerreform kassieren und dementsprechend über weiter steigende Realeinkommen verfügen.

In den unteren Einkommensgruppen dagegen erwarten die Institute keine Entlastung. Die Preise für die Lebens-

haltung dürften 1990 „beschleunigt ansteigen“, heißt es in dem Gutachten. Am Jahresende werde die Teuerung auf etwa 3,5% ansteigen. Für alle Lohnabhängigen, die zur Miete wohnen, dürfte diese Teuerungsrate wegen der erheblich steigenden Mieten deutlich höher ausfallen. Bei Nahrungsmitteln liegt die Teuerungsrate derzeit ebenfalls über dem Durchschnitt. Kartoffeln etwa waren im März um ein Drittel teurer als im Vorjahr, Frischgemüse um 13%. Für Haushalte mit niedrigen Einkommen, die einen entsprechend größeren Anteil des Einkommens für Wohnung und Nahrung ausgeben, lag die Teuerung also schon im Frühjahr deutlich höher als der offizielle Durchschnittssatz von 2,7%.

Dieser anhaltende Druck auf die Einkommen der Lohnabhängigen in den unteren Lohngruppen, verbunden mit steil steigenden Zinsen für Schulden jeder Art und mit dem Zustrom von billigen Arbeitskräften aus der DDR und den anderen Staaten des RGW erleichtert den Kapitalisten zudem Neueinstellungen zu für sie vorteilhaften Bedingungen. Schon 1989 stieg, so die Institute, die Zahl der offiziell erfaßten Beschäftigten um 500.000 auf eine neue Rekordhöhe. Das (BDI)-Institut der deutschen Wirtschaft in Köln erwartet, 1990 werde „das beste Beschäftigungsjahr seit 1957“ werden. Allein im Zeitraum Januar bis März 1990 hätten die Kapitalisten 150.000 Aus- und Übersiedler aus Osteuropa und der DDR eingestellt.

Diese glänzende Entwicklung der Profite westdeutscher Konzerne soll durch die Annexion der DDR weiter fortgesetzt werden. Der DDR-Annexion haben die Institute deshalb längere Ausführungen gewidmet. Hier ihre Kernpunkte:

— Für die geplante Wirtschafts- und Währungsunion raten die Institute der Bundesregierung zu Härte beim Umtauschkurs DM gegen DDR-Mark. „Das scheinbare Geschenk eines hohen Reallohns durch im Vergleich zu den Nominalöhnen niedrige Importpreise, wie es sich viele bei einer Umstellung von 1:1 vorstellen, ist in Wirklichkeit kein Geschenk, sondern wird mit dem Verlust vieler Arbeitsplätze erkaufte“, behaupten sie. Tatsächlich würden die Lohnabhängigen in der DDR bei einer Umstellung 1:1 auf einen Lohnstandard von 1200 DM brutto kommen, d.h. etwa ein Drittel des westdeutschen Lohnstandards. Selbst bei einer solchen Umstellung entstände für die BRD-Konzerne also der Zugriff auf ein großes Niedriglohngebiet, zumal dann, wenn die Preise für Grundnahrungsmittel, Mieten usw. in der DDR steil ansteigen. Die von westdeutschen Konzernen schon lange propagierte „regionale Differenzierung der Löhne“ würde auf einen Schlag Wirklichkeit und uner-

hörten Druck auf den westdeutschen Arbeitsmarkt entwickeln. Auch die „betriebliche Differenzierung der Löhne“ soll über die DDR verwirklicht werden: „Wegen fehlender Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften sollen die Lohnverhandlungen zunächst auf Betriebsebene stattfinden“, faßt das „Handelsblatt“ die Vorschläge der Institute zusammen.

— Hinzukommen soll eine differenzierte „Schuldenpolitik“ gegenüber DDR-Unternehmen. Schon vor Monaten hatten westdeutsche „Fachleute“ eine hohe Verschuldung von DDR-Unternehmen bei der Zentralregierung festgestellt. Diese aus ganz anderen Wirtschaftsverhältnissen herrührende Verschuldung, vor allem ein Ergebnis einer auf Ausgleich regionaler Unterschiede und Unabhängigkeit vom Weltmarkt bedachten Planwirtschaft, soll nun zum Hebel werden, um große DDR-Kombinate konkursreif zu machen oder zur Fusion mit westlichen Konzernen zu zwingen. Die Institute nennen das eine „differenzierte“ Schulden-Umstellung — bei Privatunternehmen 1:1, bei Kombinat zu schlechterem Kurs. Diese werden so durch einen von westlicher Seite erzwungenen Staatsakt von vornherein in eine wirtschaftlich schwierige Lage manövriert, um sie so nach Bedarf ruinieren oder billig aufkaufen zu können.

— Abschließend weisen die Institute darauf hin, daß die geplante Währungsunion auch die DDR-Regierung an die Leine von BRD-Banken und -Konzernen legen würde. So soll der größte Teil der bisherigen Steuereinnahmen der DDR-Regierung aus Gewinnen der Staatsbetriebe mit der Wirtschaftsunion wegfallen. Ersatz soll vor allem durch eine Mehrwertsteuer nach westdeutschem Vorbild kommen — durch eine Steuer also, die Konzerne überhaupt nicht, stattdessen aber die Lohnabhängigen trifft. Zugleich will die Bundesbank „in jedem Fall Ausgleichsforderungen in Höhe des von ihr für die Erstausstattung bereitgestellten DM-Zentralbankgeldes“ an die DDR-Regierung stellen: „Diese Forderungen dürften sich auf 20 Mrd. DM belaufen.“ (Handelsblatt, 9.4.1990) Die Regierung der DDR wäre so unmittelbar auf das Wohlwollen westdeutscher Banken, speziell der Bundesbank, angewiesen, wenn sie künftig dringend benötigte Kredite aufnehmen will.

Die Wirtschaftsinstitute unterstreichen mit diesen Forderungen, worum es westdeutschen Konzernen und Bundesregierung mit der angestrebten Wirtschafts- und Währungsunion in Wirklichkeit geht: Um einen entscheidenden Schritt bei der Verwandlung der DDR in eine westdeutsche Niedriglohnkolonie.

Quellen: Handelsblatt, Ausgaben 6.4. bis 20.4.1990 — (rül)



Gehört auch zum Boom: immer mehr Leute leben in Armut.

Provokationen von Gesamtmetall!

Kapitalisten wollen IG Metall auf Expansionskurs festlegen

Ein Streik in der Metallindustrie wird möglich. Das letzte provokative Angebot von Gesamtmetall: Keine Verkürzung der Arbeitszeit bis 1993 und Aufnahme von Verhand-

lungen erst dann, wenn sich der behauptete Abstand zwischen Arbeitszeiten im EG-Durchschnitt und in der BRD etwa halbiert hat, also vielleicht wieder 1993.

Diese Verhandlungen im Jahr 1993 sollen von der konjunkturellen Lage und von den Arbeitsverhältnissen bei den Konkurrenten abhängig gemacht werden. Ob der Lohn zum Leben ausreicht oder nicht, ob die Arbeitsintensität überhaupt noch auszuhalten ist, ob die Länge der Arbeitszeit zur Qual wird, würde damit zu einer Frage von Wirtschaftsdaten. Die IG Metall müßte sich dem Diktat von Sachverständigenrat und Bundesregierung unterwerfen. Gesamtmetall und auch bürgerliche Öffentlichkeit wollen die IG Metall darauf verpflichten, Tarifpolitik an solche Bedingungen zu knüpfen, die die IG Metall an den Expansionskurs des Kapitals binden. Die Unterjochung fremder Volkswirtschaften soll zum Interesse der Gewerkschaft werden.

Darauf wird sich die IG Metall auf keinen Fall einlassen können. Der Widerstand in den Betrieben gegen die Zumutungen des Kapitals organisiert sich, ist aber noch uneinheitlich und unterschiedlich. Die Kräfteverhältnisse auf Seiten der IG Metall wie auf Seiten der Kapitalisten sind noch nicht klar.

Gesamtmetall versucht, diese Situation zu nutzen, um die IG Metall in ein schlechtes Verhandlungsergebnis zu drängen, und setzt darauf, daß die IG Metall die Einleitung von Urabstimmungen und Streiks umgehen will.

Sicher kann derzeit niemand eine eindeutige Aussage über das Ergebnis der Urabstimmung abgeben. Aber es scheint, daß die Arbeitgeber mit ihrem Forderungskatalog den Bogen überspannt haben. Wird die Urabstimmung so vorbereitet, daß sie den vielfältigen Interessen am Widerstand Rechnung trägt, dann kann sie sehr wohl für die Gewerkschaft erfolgreich ausgehen.

Die Überstundenkampagne der IG Metall hat gegriffen. Selbst dort, wo Arbeitgeber es kaum erwartet haben, verweigern Betriebsräte Überstunden. Die Betriebsratswahlen führen, soweit bisher ein Überblick möglich ist, zu Gewinnen der IG Metall sowohl aus dem Arbeiter- wie aus dem Angestelltenbereich. Das neue Betriebsverfassungsgesetz mit der Förderung von Spaltergewerkschaften hat sich nicht in einer Stärkung von kleinen Listen nie-

dergeschlagen. Es scheint, daß die Belagsschichten die solidarische Gegenwehr wollen gegen die Zumutungen der Konzerne und daß sich auch unter Angestellten der Widerstand stärkt gegen Differenzierung und Flexibilisierung.

Der Widerstand gegen die Angriffe der Kapitalisten ist vielschichtig. Auch die Forderungen der IG Metall stellen ein vielschichtiges Paket dar. Es geht halt nicht nur um die 35-Stundenwoche, sondern auch um 8,5% Lohnerhöhung, mindestens 200 DM, um den freien Samstag und Sonntag, um Begrenzung der Höchstarbeitszeit auf acht Stunden täglich und 40 Stunden wöchentlich, um Zeitsouveränität des einzelnen gegen Zeitdiktat des Unternehmers, um Schutz der Gesundheit und Personalausgleich gegen Leistungsverdrängung, um Schutz für ältere Beschäftigte. Insofern ist heute die Situation anders als 1984: Zur Abstimmung stehen Forderungen, die sich gegenseitig stützen und wovon jede ihre Berechtigung hat. Es wird schwer werden für Gesamtmetall, die Interessen zu schlagen, die hinter diesen Forderungen stehen. — (ros)

Schmücker-Geheimdienstprozeß

Vierter Durchgang/Einstellung „nicht entscheidungsreif“

Am 4. April wurde der Schmücker-Geheimdienstprozeß zum vierten Mal in Westberlin eröffnet.

Angeklagt vor der 18. Großen Strafkammer sind wie in den letzten beiden Durchgängen des jetzt bald 16jährigen Strafverfahrens wiederum Ilse Schwipper und vier weitere Bewohner der früheren Wolfsburger Kommune. Aufgeklärt werden soll nach wie vor die Erschießung des für den Verfassungsschutz tätigen 22jährigen Studenten Ulrich Schmücker 1974.

Die 15 Verteidigerinnen und Verteidiger in diesem Prozeß halten eine Aufklärung des Tathergangs jedoch nicht mehr für möglich. Reiner Elferding in Begründung seines Antrags, dieses Strafverfahren durch Urteil einzustellen: „Insbesondere die vollziehende Gewalt, aber auch die ‚dritte‘, rechtssprechende Gewalt dieses Staates haben in diesem Strafverfahren von dessen Beginn an die Wahrheitsfindung umfassend und konsequent, fortwährend und bis heute andauernd in rechtswidriger, gesetzes- und verfassungswidriger Weise behindert und sie dadurch insgesamt bereits unmöglich gemacht.“

Anhaltende Spuren der VS-Manipulation: die vom Westberliner VS zu diesem Verfahren überreichten Akten z.B.

sind teilweise geschwärzt (10%) und lückenhaft (20% fehlen); Personalakten der angeblichen V-Männer fehlen; andere Akten sind verschwunden oder vernichtet wie z.B. die BKA-Akte „Mordfall Schmücker“; andere fehlen wie z.B. mindestens 35 Akten des Westberliner Verfassungsschutzes. Auch ist unklar, ob bisher nicht verfügbare Zeugen nunmehr eine Aussagegenehmigung erhalten.

Da es in diesem Verfahren keine objektivierbaren Beweismittel wie z.B. Fingerabdrücke gibt, kommt alles auf Zeugenaussagen und deren Glaubwürdigkeit an. Allein zur Rekonstruktion der Aussagen des Kronzeugen Bodeux nennt die Verteidigung über 50 Zeugen. Einige davon, wie z.B. der im Zentrum der Verbindungen zwischen Verfassungsschutz, Polizei und Gericht stehende Agentenführer Grünhagen, sind inzwischen verstorben bzw. sollen es sein.

Das Gericht hat den Einstellungsantrag der Verteidigung für „noch nicht entscheidungsreif“ erklärt und eine „zweigleisige Beweisaufnahme“ vorgeschlagen: Neben der Aufklärung des Tatgeschehens soll der Vorwurf der Steuerung durch den Verfassungsschutz geprüft werden. — (haj)

Kurdistan: „... dann können wir uns auf ein Halabja gefaßt machen“

Das türkische Kolonialregime will den „Serhildan“ (kurdisch: Volksaufstand) in Kurdistan mit Ausnahmerecht und Massakern brechen

Der Aufstand der kurdischen Bevölkerung gegen das türkische Kolonialregime dauert an. Ende März hatte die ERNK in der Provinz Mardin den vorläufigen Abbruch der Aktionen öffentlich empfohlen. In dieser Provinz hatten die Proteste Mitte März mit den Aktionen und Demonstrationen fast der gesamten Bevölkerung der Städte Nusaybin und Cizre begonnen und waren dann in eine von der ERNK ausgerichtete „Woche des nationalen Widerstands“, beginnend am Tag des kurdischen Widerstandsfestes Newroz, dem 21. März, übergegangen. Als die ERNK-Stadtkomitees in der Provinz gegen Ende der Woche dann einen vorläufigen Abbruch der Aktionen empfahlen, hatten sogar türkische Zeitungen darüber berichtet — wohl in der Hoffnung, damit werde der Widerstand wieder nachlassen und die Armee könne sich wieder reorganisieren und auf den Kampf in den ländlichen Gebieten konzentrieren.

Das war ein Irrtum. In der folgenden Woche verlagerte sich stattdessen der Schwerpunkt der kurdischen Widerstands in die Provinzen Siirt und Diyarbakir, nordwestlich von Mardin. In einer Presseerklärung vom 6. April schilderte die ERNK-Europavertretung den Fortgang der Aktionen:

„Am Dienstag, den 3. April, hatte die ERNK-Vertretung in Batman (Provinz Siirt) die Massen zu einem eintägigen Generalstreik aufgerufen. Die Aktion wurde aus Protest gegen das Vorgehen der türkischen Kolonialisten in Nusaybin und Cizre und zum Andenken an den großen Kommandanten der Volksbefreiungsarmee (ARGK) Mahsum Korkmaz ausgerufen. Der Aufruf unserer Front wurde in Batman zu 100% befolgt. Am Morgen des 3. April wurden alle Geschäfte in der Stadt von den patriotischen Händlern geschlossen. Überall in der Stadt kam es zu Protestkundgebungen.“

In Reaktion auf das Ausmaß dieses Widerstandes kam der Gouverneur von Siirt, Atilla Koc, persönlich in die Stadt. Die kolonialistische Stadtverwal-

tung rief den ganzen Vormittag über Lautsprecher die Bevölkerung zur Beendigung des Generalstreiks auf. Als diese Forderung von niemandem befolgt wurde, gingen die berüchtigten Spezialeinheiten gegen die Geschäfte vor und öffneten gewaltsam die Rolläden. Viele der mehr als 2000 Geschäfte seien bei der gewaltsamen Öffnung beschädigt, zerstört oder geplündert worden. Mindestens 200 Personen wurden in Batman festgenommen.

Die Kreisstadt Batman hat über 150000 Einwohner. Die Stadt gilt als die am meisten industrialisierte Stadt in Kurdistan. Aufgrund der reichen Erdölvorkommen in der Region befindet sich in Batman die größte und einzige rentable Erdölverarbeitungsanlage der Türkei. Batman zählt seit jeher zu den Hochburgen der PKK. Schon vor dem Militärputsch 1980 war das PKK-Mitglied Edip Solmaz als unabhängiger Kandidat zum Bürgermeister der Stadt gewählt worden. Der spätere Kommandant der Volksbefreiungsarmee, das PKK-ZK-Mitglied Mahsum Korkmaz, war vor 1980 in verantwortlicher Stellung in der Stadt tätig.

Einen Tag nach den Aktionen in Batman rief dann die ERNK-Vertretung in Lice in der Provinz Diyarbakir die dortige Bevölkerung zu einem eintägigen Generalstreik auf. Auch dieser Aufruf wurde zu 100% befolgt. Am 12. April folgte die Bevölkerung von Uludere (Provinz Botan) mit einem eintägigen Generalstreik, am 14. April die von Dersim. Die türkischen Sicherheitskräfte sind durch den ständigen Wechsel der Aktionen von einer Stadt zur anderen in regelrechte Panik geraten, ihre Sicherheitskräfte schlagen in blinder Wut und mit zunehmender Grausamkeit um sich.

Die unten dokumentierten Ausnahmegesetze, die die türkische Regierung am 9. April in Kraft setzte, lassen erkennen, wie das Kolonialregime den Aufstand ersticken will. Brutalster Militäreinsatz, Massenverhaftungen, Folterungen, Morde und Deportationen sollen den Aufstand brechen. Die Absichten des Regimes, sich mit solchen

Mitteln zu stabilisieren, sind schlecht. Die ERNK hat inzwischen in den kurdischen Städten eine feste Organisation der Bevölkerung geschaffen, die, wie die Aktionen der letzten Wochen gezeigt haben, in der Lage ist, tagelange Generalstreiks, Massendemonstrationen und andere Widerstandsaktionen gegen das Kolonialregime durchzuführen. Hinzukommen die ununterbrochenen Aktionen der Guerilla in den ländlichen Gebieten. Diese haben inzwischen einen solchen Umfang angenommen, daß das Militär selbst auf großen Fernstraßen oft nur noch im Konvoi und mit Luftunterstützung durch Hubschrauber operiert. Die durch Cizre führende frühere „Seidenstraße“, auf der heute täg-

lich die Öllastwagen aus dem Irak ans Mittelmeer rollen, war beispielsweise in den letzten Wochen mehrfach durch Guerillaaktionen blockiert.

Je unkontrollierbarer die Lage aber für das türkische Kolonialregime wird, um so größer wird die Gefahr von erneuten Massakern an der kurdischen Bevölkerung. Die ERNK-Europavertretung hat darauf hingewiesen, daß die türkische Kolonialmacht im Jahr 1925 unter dem Namen „Tahkir-i Sükkün-Gesetze“ (Gesetze zur öffentlichen Ruhe) schon einmal ähnliche Gesetze wie die jetzt verhängten Sondergesetze gegen einen kurdischen Aufstand erlassen hat. Danach begann in Kurdistan die Massakrierung von Zehntausenden von Kur-

den. Ein kurdischer Abgeordneter im türkischen Parlament hat seine Sorge so beschrieben: „Entweder die Türkei wird sehr bald zurückgepfiffen, aber danach sieht es nicht aus. Oder, und das halte ich für wahrscheinlicher, sie erhält die Unterstützung des Westens bei einem Schlag gegen die Kurden in allen drei Staaten, und dann können wir uns auf ein Halabja gefaßt machen. Dann wird es nicht bei der Bombardierung des Bekaa-Tales bleiben.“ Im Bekaa-Tal unterhält die PKK ein Ausbildungslager. In Halabja in Irakisch-Kurdistan ermordete die irakische Armee vor zwei Jahren mit Giftgasgranaten Tausende von Kurden.

Die ERNK-Europavertretung hat in einer Erklärung Anfang April angekündigt, daß der Volksaufstand fortgesetzt werde: „In den nächsten Tagen und Wochen werden weitere Gebiete sich dem Serhildan anschließen und Schritt für Schritt die Volksmacht auf der Basis der Volksdemokratie errichten.“

Der kolonialistische türkische Staat reagiert auf diesen gerechten und legitimen Widerstand unserer Menschen mit zunehmender Brutalität ... Die Geschichte des kurdischen Volkes ist voll mit derartigen Massakern ... Wir rufen dazu auf, sofort eine Delegation zusammenzustellen, die die Wahrung der Menschenrechte und der Mindestgrundsätze des Kriegsvölkerrechts kontrolliert. Nur eine einigermaßen interessierte Öffentlichkeit kann das kurdische Volk vor einem Blutbad schützen.“

Aus dem gleichen Grund wird auch ein sofortiger Stopp der westdeutschen Türkeihilfe, mit der die Bundesregierung die Türkei mit einem beständigen Waffen- und Geldnachschub für ihren Kolonialkrieg versorgt, immer dringender. Die Grünen im Bundestag haben einen entsprechenden Antrag eingereicht, über den am 25.4. erstmals im Auswärtigen Ausschuss beraten wurde.



Demonstration zur Unterstützung des kurdischen Volksaufstandes in Köln am 21. April. Etwa 12000 Menschen nahmen an der Demonstration teil.

Quellenhinweis: Kurdistan-Rundbrief, Nr. 6-9/90; Presseerklärung der ERNK vom 6. April 1990; WDR-Sendung vom 18.4.90 — (rül)

Dokumentiert: Die neuen Ausnahmegesetze gegen den kurdischen Befreiungskampf

Der Ministerrat, der unter Vorsitz des Staatspräsidenten, gestützt auf Artikel 121 der Verfassung und Artikel 4 des Gesetzes Nr. 2935 zusammenkam, hat am 9.4.1990 beschlossen, bei den Artikeln betreffend das Gesetz über den Ausnahmezustand Nr. 2935 und die Verfügung mit Gesetzeskraft Nummer 285 über die Entscheidungsbefugnisse des Gouvernements für die Gebiete im Ausnahmezustand einige Änderungen vorzunehmen.

Artikel 1 Dem § 11 Absatz e des Gesetzes über den Ausnahmezustand Nummer 2935 vom 25.10.1983 wird folgender zusätzlicher Absatz angefügt:

„Gegen alle Druckerzeugnisse, die zur ernsthaften Störung der öffentlichen Ordnung in der Region führen, indem sie die Aktivitäten in der Region falsch wiedergeben oder unwahre Nachrichten und Kommentare verbreiten oder die Bevölkerung in der Region aufregen oder so gefaßt sind, daß die Sicherheitskräfte bei der erforderlichen Ausführung ihrer Aufgaben behindert werden, kann der Innenminister auf Wunsch des Gouvernements für die Gebiete im Ausnahmezustand, ohne Rücksicht darauf, ob sie innerhalb oder außerhalb der Region gedruckt werden, die oben genannten Maßnahmen treffen und falls nötig die Druckereien, die diese drucken, schließen.“

Artikel 2 Dem § 11 Absatz k des Gesetzes Nummer 2935 wird folgender zusätzlicher Absatz hinzugefügt:

„Personen, die zum Schaden der allgemeinen Sicherheit und öffentlichen Ordnung Aktivitäten betreiben, können bei Bedarf — nach dem Ermessen des Gouverneurs für den Ausnahmezustand — aus der Region entfernt werden, wobei der Zeitraum des Ausnahmezustandes nicht überschritten werden darf, und sind verpflichtet, sich an dem Ort aufzuhalten, der vom Innenministerium bestimmt wird. (Bei Bedarf kann den Betroffenen eine finanzielle Unterstützung aus dem Fond für Entwicklung und Unterstützung gewährt werden. Die Voraussetzungen dafür werden vom Innenministerium bestimmt.)“

Artikel 3 Der Absatz ö des § 11 des Gesetzes Nummer 2935 wird wie folgt geändert:

„ö (Dem Gouverneur für die Gebiete im Ausnahmezustand steht zu, d. Übers.) gewerkschaftliche Aktivitäten wie Streiks, die Durchführung des Rechts auf Aussperrung, Willensbekundungen, Volksentscheide zu verbieten oder an eine Genehmigung zu binden.

Aktionen wie Zerstörungen, Plünderungen, Besetzungen, Blockaden, Boykotts, Verlang-

samung der Arbeit, Einschränkung der Arbeitsfreiheit und Schließung der Betriebe können verboten, verhindert oder vorgebeugt werden.“

Artikel 4 Der § 33 des Gesetzes Nummer 2935 wird einschließlich der Überschrift wie folgt geändert:

„Rechtliche Unanfechtbarkeit.“

§ 33 — Mit diesem Gesetz können im Zusammenhang mit der verwaltungstechnischen Anwendung der vom Innenministerium und den Gouverneuren zugewiesenen Kompetenzen keine rechtlichen Schritte von den Justizinstanzen unternommen werden.“

9Artikel 5 Zusatzartikel 1 — Für Straftäter im Zusammenhang mit Verbrechen nach § 125 des türkischen Strafgesetzbuches (Separatismus, d. Übers.), die Aktionen nach § 169 desselben Gesetzes (Unterstützung von separatistischen Umtrieben, d. Übers.) durchführen, wird das Strafmaß nach § 169 um das Doppelte erhöht.

Zusatzartikel 2 — Der Betrag des Schadensersatzes für Personen, die im Zusammenhang mit ihren Aktivitäten in der Region im Ausnahmezustand und den benachbarten Provinzen von Publikationen, ohne Unterschied, ob sie innerhalb oder außerhalb der Region gedruckt wurden, in ihren Persönlichkeitsrechten angegriffen wurden und infolge eines Antrages auf moralische Entschädigung nach den Bestimmungen des türkischen Zivilrechts und des Schuldenrechts zum Erhalt eines Schadensersatzes verurteilt wurden, beträgt nicht weniger als 90% des Verkaufserlöses. Bei Publikationen, die periodisch erscheinen, wenn die Erscheinungsform weniger als ein Monat ist, vom durchschnittlichen Verkaufserlös des Vormonats, wenn die Erscheinungsform monatlich oder längerfristig ist, vom Gesamterlös der letzten verkauften Auflage, bei Druckerzeugnissen, die nicht periodisch erscheinen, vom durchschnittlichen Verkaufserlös der auflagenstärksten Tageszeitung in einem Monat.

Zusatzartikel 3 — Beim Tatbestand des Vergehens der Beleidigung, die in § 480 des türk. StGB genannt sind, durch die Verbreitung von Falschmeldungen von allen Arten von Veranstaltungen, Nachrichten, Ereignissen, Fotokopien und Dokumenten in willkürlicher Form in der Region im Ausnahmezustand und den benachbarten Provinzen, können gegen die Täter zusätzlich zu den in § 480 genannten Strafen schwere

Geldstrafen in Höhe von 30 bis 100 Mio TL verhängt werden.

Wenn dieses Vergehen durch ein Periodika begangen wird, die in Artikel 3 des Pressegesetzes Nummer 5680 genannt sind, werden auch die Inhaber mit einer schweren Geldstrafe belangt, die bis zu 90% des Verkaufserlöses betragen kann. Wenn die Erscheinungsform dieser Publikation weniger als einmal im Monat beträgt, vom durchschnittlichen Monatserlös des Vormonats, wenn die Erscheinungsform monatlich oder längerfristig ist, vom Gesamterlös der letzten verkauften Auflage. Allerdings darf diese Strafe nicht unter 30 Mio. TL betragen. Für die verantwortlichen Redakteure gelten die Hälfte der Strafen, wie für die Inhaber.

Die Anwendung dieses Gesetzes ist gebunden an eine eigenständige Anzeige in jedem Einzelfall. Wenn keine Anzeige vorliegt, wird die Unwahrheit von Amts wegen nicht ermittelt. Die Anzeige in diesem Punkt muß in der in § 480 türk. StGB vorgesehenen Frist erstattet werden.

Wenn die Vergehen durch Beleidigung, wie sie in §§ 158, 159 und 268 des türk. StGB stehen, in derselben Form wie im ersten und zweiten Absatz begangen wurden, werden die Täter, die in diesen Artikeln genannt sind, nach den Strafmaßen, wie sie in den obigen Absätzen benannt sind, bestraft.

Zusatzartikel 4 — Bei Sendungen mit Bezug auf die Region im Ausnahmezustand oder Sendungen, die diese Region beeinflussen können, ist die Generaldirektion der Türkischen Radio- und Fernsehgesellschaft (TRT, d. Übers.) dazu verpflichtet, sich mit dem Innenministerium und dem Generalsekretariat des Nationalen Sicherheitsrates zu koordinieren und zusammenzuarbeiten.

Zusatzartikel 5 — Der Gouverneur für die Gebiete im Ausnahmezustand beantragt bei Straftaten, die in die Aufgabenbereiche der Staatssicherheitsgerichte (DGM, d. Übers.) fallen, die Eröffnung von Verfahren in öffentlicher Klage, und diese werden von den Staatsanwaltschaften bei den Staatssicherheitsgerichten geführt.

Artikel 6 Die Ziffer g im zweiten Absatz im Artikel 4 der Verfügung mit Gesetzeskraft Nummer 285 vom 10.7.1985 über das Geltungsrecht des Gouvernements für die Gebiete im Ausnahmezustand wird wie folgt geändert:

„g) Der Gouverneur für die Gebiete im Ausnahmezustand kann von den zuständigen Einrichtungen und Institutionen verlangen, daß Personen im öffentlichen Dienst, deren Tätigkeit für die Sicherheit, Ruhe und öffentliche Ordnung in den Provinzen seines Aufgabenbereichs für bedenklich gehalten wird oder von deren Dienst man keinen Gebrauch machen kann, versetzt werden oder zeitweise ganz außerhalb ihres Aufgabenbereichs eingesetzt werden. Diese Anträge werden unverzüglich bewilligt. Hinsichtlich dieses Personals werden die Bestimmungen ihrer eigenen Gesetze angewendet.“

Artikel 7 Der Ziffer h) des Absatzes 2 im Artikel 4 der Verfügung mit Gesetzeskraft Nummer 285 werden folgende Unterziffern angefügt:

„Alle die sich in diesem Gebiet aufhalten, können auf Wunsch innerhalb und außerhalb der Region im Ausnahmezustand umgesiedelt werden. Des weiteren kann ihnen eine Arbeit zugeteilt werden. Zu diesem Zweck wurden die in dem Zusatzverzeichnis genannten Kader benannt und dem Innenministerium unterstellt. Bei Bedarf können diese Personen vom Innenministerium, ohne die Hierarchie zu ändern, durch gemeinschaftlichen Beschluß diesen Kadern zugeteilt werden, indem ihre Klassifizierung, Betitelung und Graduierung geändert wird. Das Innenministerium ist berechtigt, diesen Kader um 25% zu erhöhen.“

Für jene mit Arbeiterstatus unter den Umgesiedelten werden höchstens 40000 Arbeitsplätze geschaffen und dem Innenministerium unterstellt. Bei den Umsiedlungen gelten die Bestimmungen des Umsiedlungsgesetzes Nummer 2510.“

Artikel 9 Der Artikel 7 der Verfügung mit Gesetzeskraft Nummer 285 wird einschließlich der Überschrift wie folgt geändert:

„Artikel 7 — Unanfechtbarkeit“

Gegen diese Verfügung mit Gesetzeskraft und die verwaltungstechnische Anwendung der anerkannten Befugnisse durch den Innenminister, die Zuständigen im Innenministerium, den Gouverneur für die Gebiete im Ausnahmezustand und die anderen betreffenden Gebiete ist eine Klage vor den Rechtsinstanzen nicht möglich.“

Artikel 10 Die Verfügung mit Gesetzeskraft tritt mit dem Datum ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Artikel 11 Die Entscheidung dieser Verfügung mit Gesetzeskraft trifft der Ministerrat.“

Quelle: Beschlusnummer KHK (Verfügung mit Gesetzeskraft, d. Übers.) / 413

Internationale Umschau



Zu einem landesweiten Aktionstag, Protestdemonstrationen und Streiks rufen die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in Frankreich am 26. April auf. Die Aktionen richten sich gegen das Lohnangebot der Regierung, die lediglich 1,2% Zuschlag auf die Bezüge anbietet. Bereits vor dieser Aktion hatten die Postbeschäftigten zahlreiche Protestaktionen gegen die Postreformpläne der Regierung durchgeführt, die die Post in zwei Unternehmen aufteilen will, die nach marktwirtschaftlichen Prinzipien arbeiten sollen. Auch mit ihren Verschiebungskürzungen kommt die Regierung zunehmend unter Druck. Ende März hatten fast eine halbe Million Werktätige sich an einem landesweiten Aktionstag gegen die Kostendämpfung im Gesundheitswesen und gegen Rentensenkungen beteiligt. Zu der Aktion hatte die CGT und andere Verbände aufgerufen. Bild: Protest gegen die geplante Werkschließung bei Renault-Billancourt. — (rül)

Ford Belgien: Widerstand gegen Flexibilisierungspläne

Die Arbeiter der belgischen Ford-Werke in Genk leisten den Flexibilisierungsplänen des Konzerns anhaltenden Widerstand. Im März hatten die Arbeiter mehrfach gestreikt. Mitte April lehnten 89% der Beschäftigten in einer Urabstimmung ein neues „Angebot“ der Geschäftsleitung ab. Dieses sah Sonderzahlungen und die Einstellung von 500 neuen Teilzeitkräften vor, falls die Belegschaft für 1990 acht Samstagsschichten zustimmt. Noch während der Abstimmung hatte die Geschäftsleitung mit dem Hinweis auf die Vergabe eines neuen Motorenprogramms nach Köln versucht, die Belegschaft zusätzlich unter Druck zu setzen. Das Ziel des Konzerns ist nach Ansicht der Gewerkschaften, in Genk 24 Stunden pro Tag arbeiten zu lassen. — (rül)

Großbritannien: Anhaltende Aufstände in den Gefängnissen

Die Aufstände und anderen Widerstandsaktionen von Häftlingen in den britischen Gefängnissen halten weiter an. Am 16. April kündigten die immer noch aushaltenden sieben Häftlinge im Gefängnis Strangways an, sie würden ihre Protestaktion noch eine Woche fortsetzen, und beschuldigten die Gefängnisleitung, Gefangenen, die ihre Aktion aufgegeben hatten, Arme und Beine gebrochen zu haben. Seit Beginn der Proteste in Strangways sind aus etwa einem Dutzend Gefängnissen Proteste gegen unmenschliche Haftbedingungen gemeldet worden. — (rül)

USA: Jedes vierte Kleinkind wächst in absoluter Armut auf

Fünf Millionen Kleinkinder in den USA — das ist fast jedes vierte Kind unter sechs Jahren — wächst in Familien auf, die unterhalb der offiziellen Armuts-grenze leben. Das ist das Ergebnis einer Mitte April in den USA veröffentlichten Studie der New Yorker Columbia-Universität. Die Studie belegt auch die anhaltend schroffe Unterdrückung der schwarzen, spanischen und indianischen Nationen in den USA. So leben 13% der weißen Bevölkerung unterhalb der Armuts-grenze. Bei Schwarzen leben 48% in absoluter Armut, bei Hispanics 42% und bei sog. „anderen Minderheiten“ 29%. Die Studie basiert auf Untersuchungen aus dem Jahre 1987, d.h. nach sieben Jahren „Reaganomics“. Danach lebten in diesem Jahr insgesamt 32,5 Millionen US-Bürger, d.h. etwa ein Sechstel der US-Bevölkerung, unterhalb der offiziellen Armuts-grenze. Diese liegt für eine dreiköpfige Familie bei 9870 Dollar im Jahr (ca. 16800 DM bzw. 1400 DM im Monat), für eine vierköpfige Familie bei 12675 Dollar (ca. 21500 DM bzw. 1790 DM im Monat). Mehr als die Hälfte der ärmsten Familien lebt nach dieser Studie außerhalb der großen Städte. Bei 53 Prozent dieser Familien arbeitet mindestens ein Elternteil — zu Hungerlöhnen, wie die Studie schlagend nachweist. Quellenhinweis: Neue Zürcher Zeitung, 21.4.1990 — (rül)

Stellungnahme des PAC zur Erklärung de Klerks

„Das Zentralkomitee des Pan Africanist Congress von Azania und die Exekutive von Pan Africanist Movement sind bei ihrem konsultativen Treffen vom 2. bis 4. März 1990 ... zu der Ansicht gelangt, daß die Erklärung de Klerks grundsätzlich das Ziel hat, den bewaffneten Befreiungskampf zu liquidieren und die internationale Isolierung und Sanktionen zu unterminieren — die beiden wichtigsten Waffen im Kampf für echte Befreiung. Ferner ist das Ziel, die weiße Herrschaft aufrechtzuerhalten bei gleichzeitiger Schwächung des Widerstandes im Inneren ... Der PAC hat immer wieder betont, daß das koloniale Apartheidsystem auf Gruppenprivilegien und Vorurteilen basiert und daß nur verfassungsmäßig garantierte individuelle Rechte für alle Azanier, unabhängig von Hautfarbe und Glaubensbekenntnis, wirkliche Demokratie und Nichttrassismus ermöglichen und sicherstellen können ... Ferner fordert der PAC, daß die ökonomische Ungleichheit, bedingt durch jahrhundertelangen Landraub, Kolonialismus und Apartheid, sofort verhandelt und gelöst werden muß ... Eine wirkliche und dauerhafte Lösung erfordert die Beseitigung der Grundwidersprüche durch die gesamte azanische Bevölkerung mittels einer verfassungsgebenden Versammlung, gewählt auf der Basis eines nicht-rassistischen allgemeinen Wahlrechts nach dem Prinzip „ein Mensch, eine Stimme“ ... Eine solche verfassungsgebende Versammlung wird wirklich repräsentativ sein und das Mandat haben, eine neue Verfassung auszuarbeiten für ein demokratisches, nichttrassisches und geeintes Azania ... Die Erklärung vom 2. Februar 1990, den Bann gegen den PAC und gegen andere Organisationen aufzuheben, ist nach Auffassung des PAC nicht mehr als die offizielle Anerkennung einer Tatsache. Das Volk selbst hatte durch seinen Kampf das Verbot der Organisationen längst aufgehoben. Ferner ist der PAC nicht überrascht, daß de Klerk, während er die nationalen Befreiungsbewegungen auffordert, den bewaffneten Kampf aufzugeben, gleichzeitig erklärt: „Die noch wirksamere Durchsetzung der Gesetze wird mit großem Nachdruck betrieben. Die notwendige Ausrüstung der Polizei mit Personal und Mitteln und all derjenigen, die mit der Durchsetzung der Gesetze zu tun haben, wird gewährleistet. Der Haushalts-etat bringt dies deutlich zum Ausdruck.“ Dies ist ein typisches Beispiel dafür, wie de Klerk Zeit gewinnen will, um seinen Unterdrückungsapparat auszubauen, und gleichzeitig darauf setzt, den bewaffneten Widerstand zu liquidieren. Ausgehend von diesen Tatsachen glaubt der PAC, daß es keine Basis für grundlegende Verhandlungen gibt, solange die fünf politischen Eckpfeiler der Apartheid unberührt bleiben und die verfassungsgebende Versammlung noch nicht gegründet ist. Der PAC wird deshalb den Kampf an allen Fronten weiterführen und intensivieren ... Aus den genannten Gründen wird der PAC im ganzen Land eine Kampagne zur Gründung einer verfassungsgebenden Versammlung durchführen und gleichzeitig den Kampf an allen Fronten intensivieren.“ — aus: Azania-Nachrichten 4/90

Nikaragua: Werden die Contras diesen Waffenstillstand halten?

Am 19. April unterzeichneten Vertreter der Contras, der noch amtierenden sandinistischen Regierung, der sandinistische Verteidigungsminister sowie Vertreter der künftigen Regierung Nicaraguas einen neuen Waffenstillstandsvertrag. Er sieht vor, daß sich die bewaffneten Formationen der Contras, nach ihren Angaben über 15000 Leute, in bestimmten Zonen in Nicaragua sammeln und dort unter UN-Aufsicht ihre Waffen niederlegen. Die Auflösung der Contra-Truppen soll am 25. April, dem Tag der Regierungsübernahme durch die Regierung Chamorro, beginnen. In einem separaten Vertrag zwischen der Contra und der künftigen Regierung Chamorro ist geregelt, daß die Waffenübergabe und Demobilisierung der Contra-Truppen bis zum 10. Juni beendet sein soll. Violetta Chamorro hat den Contras Schutz für sie selbst und ihre Familien zugesichert, lehnte aber die Forderung der Contra nach sofortiger Auflösung der nikaraguanischen Armee, die von der sandinistischen Regierung aufgebaut worden ist, ab. Die noch unter sandinistischem Oberkommando stehende Armee muß sich mindestens 20 km von diesen Zonen entfernt halten. Ob die Contra die Vereinbarung einhalten werden und so ein Ende des Bürgerkriegs möglich machen werden, ist unklar. Alle früheren Waffenstillstandsabkommen mit den Sandinisten sind von ihnen gebrochen worden. Bei den demonstrativen Entwaffnungsaktionen am 20. April waren es weitgehend schwerverwundete und kranke Kämpfer, die ihre Waffen abgaben. Sie gehörten zudem nicht zu den Haupttruppen der Contras, sondern zu einer Indianergruppe, die erst spät, 1985, den bewaffneten Kampf gegen die Sandinisten aufgenommen hatte. Sie waren weitgehend mit westdeutschen G-3-Gewehren bewaffnet. — (uld)



Die niederländischen Gewerkschaften im Einzelhandel und in der Nahrungsmittel-industrie haben in mehreren Städten mit ersten Streiks gegen die Pläne der Regierung und der Einzelhandelskonzerne, den Ladenschluß zu lockern, protestiert. Bisher gilt in den Niederlanden um 18 Uhr Ladenschluß, samstags ist um 17 Uhr Verkaufsende. Eine vom Wirtschaftsministerium eingebrachte Gesetzesänderung soll den Ladenschluß in der Woche auf 18.30 Uhr und Samstags auf 18 Uhr verlängern. Am 18.4. streikten dagegen Tausende von Beschäftigten im Einzelhandel. Mehrere Ladenketten haben den Gewerkschaften nun zugesagt, den bestehenden Ladenschluß im Tarifvertrag festzuschreiben. Der Konzern Albert Heijn, der die größte Ladenkette in den Niederlanden betreibt, versucht andererseits, mit einem besonderen Angebot zu spalten: Viertagewoche, wenn die Gewerkschaft dem verlängerten Ladenschluß zustimmt. Bild: Aktion der FNV vor Heijn im Oktober 1989. — (rül)

Italien: Lohnausfall dekretiert

Rom: 30 000 gegen Einschränkung der Cassa Integrazione

Von den Veranstaltern, den Gewerkschaftsbünden CGIL, CISL und UIL, waren etwa 15000 Teilnehmer erwartet worden. Schließlich kamen mehr als 30000 am 10.4.1990 nach Rom zu einer Kundgebung gegen die Einschränkung der Leistungen der Lohnausfall-kasse (Cassa Integrazione). Zentrale Forderung der Kundgebung war, die Kürzung der staatlichen Zuwendungen an die Kasse rückgängig zu machen. Im letzten Jahr hat die Regierung 2200 Mrd. Lire für die Cassa Integrazione bereitgestellt, in diesem Jahr hat sie davon unter dem Stichwort „Haushaltssanierung“ brutal 1200 Mrd. Lire gekürzt. Das führt nach Mitteilung der Gewerkschaften dazu, daß etwa 55000 Beschäftigte für Lohnausfälle infolge Kurzarbeit oder vorübergehender Betriebsstilllegung keine Leistungen mehr erhalten würden. Ein Arbeiter des Pi-relli-Werks Tivoli zeigte auf der Kundgebung stellvertretend für 240 Beschäftigte in diesem Betrieb seine Lohnabrechnung, auf der seit zwei Monaten an der Stelle des Lohnbetrags bzw. der Lohnausfallzahlung ein weißes Loch ist. (1) Insbesondere Beschäftigte in den wirtschaftlich schwachen Regionen des Südens, in die ein überdurchschnittlicher Anteil der Zahlungen der Cassa Integrazione geht, sind von den Einschränkungen betroffen. Die Cassa Integrazione, die von der

Nationalen Sozialversicherungsanstalt INPS getragen wird, wurde 1970 ins Leben gerufen. Auf Antrag von Unternehmen und Gewerkschaften und nach Ministerbeschluß kommt sie bei Kurzarbeit bzw. vorübergehenden Betriebsstilllegungen für bis zu 80% des Lohnausfalls auf für einen Lohn von maximal 500000 Lire monatlich. Die Leistungen sind auf drei Monate, in Ausnahmefällen bis zu drei weiteren Monaten beschränkt. Innerhalb von zwei Jahren werden für höchstens neun Monate Leistungen gewährt. Bei Umstrukturierungen, Betriebsumstellungen usw. wurde bis zu sechs, in Ausnahmefällen zwölf Monaten gezahlt, insgesamt nicht mehr als 18 Monate in zwei Jahren. Finanziert wird die Cassa Integrazione durch Beiträge der Unternehmen und durch staatliche Zuwendungen. (2)

Mit der Kürzung oder gar Einstellung der Lohnausfallzahlung heizt die Regierung den Druck auf dem Arbeitsmarkt zur Annahme jeder Art von Arbeit an. Und sie stützt damit zugleich die Forderung der Unternehmerverbände nach einer Senkung der „Arbeitskosten“ der Unternehmen, denen die Beiträge für die Lohnausfallkasse wie auch Zahlungen für das Gesundheitswesen ein Dorn im Auge sind.

Quellenhinweis: (1) L'Unità, 10.4. und 11.4.1990; (2) Chiellino/Marchio/Rongoni: Italien — (rok)

USA: Colt-Arbeiter siegreich

Nach vier Jahren Streik neuen Tarifvertrag durchgesetzt

Mehrere hundert entschlossene Gewerkschafter, Mitglieder der UAW (Vereinigte-Autoarbeiter), haben einen vier Jahre andauernden Streik gegen Colt Firearms mit einem großartigen Sieg beendet. Der neue Dreijahresvertrag, den die Gewerkschaftsmitglieder einstimmig billigten, ist bemerkenswert. Danach bekommen die Arbeiter: — 13 Mio. \$ an rückständigen Löhnen; — ihre Arbeitsplätze wieder, die mit Streikbrechern besetzt wurden; — 13% Lohnerhöhung (über 3 Jahre); — Lohnanpassung entsprechend dem Lebenshaltungskostenindex; — vom Arbeitgeber bezahlte Krankenversicherung; — Anrechnung der Streikzeit auf die Betriebsrente.

Darüber hinaus sieht der Vertrag vor, daß die Arbeiter 11,5% des Aktienkapitals der neugegründeten Colt Manufacturing Co. erwerben. Eine der ersten Maßnahmen der neuen Firma war, die 650 Streikbrecher zu entlassen.

Der Arbeitskampf begann im Januar 1986, als etwa 1000 UAW-Mitglieder für Streik stimmten, nachdem sie schon zehn Monate ohne Vertrag gearbeitet hatten. Die Colt-Kapitalisten verlangten

Lohnstopp, Streichung des Inflationsausgleichs und wesentliche Verschlechterungen der Sozialleistungen. Dabei hatten sie im zurückliegenden Jahr einen fetten Profit von 185 Mio. Dollar gemacht.

Colt heuerte sofort Streikbrecher an. Im September 1986 klagte das NLRB (Nationale Kammer für Arbeitsbeziehungen) Colt wegen 28 Fällen von unzulässigen Maßnahmen an. Vier Monate später wurden die Verhandlungen für gescheitert erklärt, nachdem die Firma selbst das Angebot, unter dem alten Vertrag weiterzuarbeiten, abgelehnt hatte. Im Februar 87 leitete der Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO einen Boykott gegen Colt ein.

Der wesentliche Durchbruch geschah im September 89, als ein Verwaltungsrichter des NLRB feststellte, daß der Streik durch unzulässige Maßnahmen seitens Colt verursacht war. Colt wurde verurteilt, alle Streikenden wieder einzustellen, ausgefallenen Lohn mit Zins zu zahlen und ernsthaft zu verhandeln. Die 13 Mio. Dollar für ausgefallenen Lohn sind die größte Summe, in die das NLRB seit seiner Gründung 1935 verwickelt war. — (ger)

Wachsende Armut in Jugoslawien

Krise durch EG-Kolonialismus in Europa

Einen Kredit in Höhe von 400 Millionen US-\$ hat jetzt die Weltbank Jugoslawien zugebilligt. Ein Klacks bei knapp 20 Mrd. US-\$ Auslandsschulden. Und von diesem Geld werden 250 Mio. erst ausgezahlt, wenn die Regierung den Kotau macht und die üblichen Bedingungen des Weltkapitals erfüllt, also Lohnstopp, Privateigentum und Marktwirtschaft.

Die Regierung ist folgsam und das Ergebnis läßt sich sehen. Nach einer Meldung der jugoslawischen Nachrichtenagentur Tanjug stehen ein Drittel aller jugoslawischen Unternehmen vor dem Bankrott. Im März 1990 waren 6375 Firmen mit 2,7 Mio Beschäftigten zahlungsunfähig. Die Hälfte davon befindet sich in der Republik Serbien. In den letzten Monaten haben 213 Betriebe mit 136000 Beschäftigten Pleite gemacht. Mit den Betrieben schlittern auch die Republiken in den Bankrott. Serbien hat jetzt die Energielieferungen an Kroatien eingestellt, weil die kroatische Regierung nicht mehr in der Lage ist, die Energie zu bezahlen.

Die Krise treibt auch immer breitere Schichten der Bevölkerung in die Armut. Nach einer Untersuchung aus dem vergangenen Jahr (Stand Juni 1989), deren Aussagekraft auch heute noch gilt, lag das Existenzminimum bei

einem Lohn von ca. 1,7 Mio. Dinar (nach damaligem Kurs 1 Mio. Dinar ca. 135 DM). Bezogen auf das Durchschnittseinkommen der einzelnen Republiken wird das Armutsgefälle von Nord nach Süd drastisch deutlich. So lag das Durchschnittseinkommen in Slowenien bei 5,1 Mio. Dinar, Kroatien 3,4, Serbien ohne Provinzen 2,9 in Mazedonien 2,1 und als Schlußlicht im Kosovo bei 1,8 Mio. Dinar. Das Belgrader Institut für Marktforschung kommt in der Untersuchung zu der Bewertung, daß 10% der jugoslawischen Gesellschaft über 60% der Konsumgüter verfügen, während 90% der Bevölkerung sich die restlichen 40% teilen müssen.

Der Soziologe Vladimir Lay resümiert aufgrund dieser Untersuchung in der Zeitschrift Danas, daß Teile Jugoslawiens der westeuropäischen Ökonomie zugerechnet werden müssen, während sich die Mehrzahl der Republiken auf dem Niveau der Dritten Welt befindet. In der Tat zeigt sich verstärkt, daß Jugoslawien, aber auch andere Länder der europäischen Peripherie, einschließlich der Länder Osteuropas, in ein quasi koloniales Abhängigkeitsverhältnis zu den führenden Kapitalen der EG gebracht werden.

Südosteuropa Aktuell, div. Ausg. — (hmv)



Über Nacht sollte der von den VEB Fernmeldeanlagenbau und der Schuhfabrik Goldpunkt in Berlin unterhaltene Betriebskindergarten aufgelöst werden. Goldpunkt könne angesichts des erwarteten Konkurrenzdruckes den Anteil an den Kosten nicht mehr zahlen. 110 Kinder, die Hälfte von Alleinerziehenden, und ihre Erzieher wären betroffen gewesen. Mit einer schnell organisierten Demonstration erzwangen die Eltern Verhandlungen zwischen den Betrieben und der Kommune und den vorläufigen Aufschub der Schließung. Allein in Berlin (DDR) gibt es 115 Betriebskindergärten.



In mehreren Orten der DDR (Bild: Dresden am 19.4.) haben tausende LPG-Bauern für eine „grüne Grenze“ zum Schutz vor ungehinderten Nahrungsmittelimporten vor allem aus der BRD demonstriert, die die DDR überschwemmen. Die Bauern fordern die Regierung zu Sofortmaßnahmen auf. Sie verlangen die Sicherung des genossenschaftlichen Eigentums.

DDR-Kommunen vor großen Problemen

Kommunalwahlen am 6. Mai / Kommunalverfassung in Arbeit

Allerorts wird spürbar, daß die Errichtung der Herrschaft der D-Mark alle bisherigen Schutzmechanismen vor wirtschaftlicher Degradation und sozialer Verelendung hinwegfegt. Die DDR-Betriebe, die zukünftig ihre Kosten und Preise in DM kalkulieren müssen, werden mit der Währungsunion der Konkurrenz des Weltmarktes voll ausgesetzt, und vielen droht der Bankrott.

Das Arbeitsgesetzbuch der DDR, das den Arbeitern weitreichenden Schutz vor Kündigung bietet, ist in einer Reihe von Betrieben faktisch außer Kraft gesetzt. In Vorbereitung auf die gewaltigen Konkurrenzprobleme haben viele Betriebe mit Entlassungen begonnen. Die Arbeitslosigkeit liegt mit offiziell über 81 000 Arbeitssuchenden — tatsächlich vermutlich mehr — im März um gut 70 % höher als im Vormonat, trotz der Abwanderungsströme in die BRD. Häufig betroffen sind ausländische Arbeiter — obwohl die mit den Heimatländern abgeschlossenen Verträge Entlassungen nicht zulassen —, Frauen (mit Vorliebe Alleinerziehende) und Behinderte. Delegierte auf dem Gründungskongreß eines Behindertenverbandes in Berlin berichteten über viele Beispiele, „wo Aufhebungsverträge unter blankem psychischem Terror gegen die Behinderten zustande gekommen“ (2) sind. In vielen Betrieben sind Massenentlassungen ange-

kündigt. Die Krankheitsrate ist rapide gesunken. Auch nehmen viele Frauen aus Furcht vor Entlassungen ihr Recht auf bezahlte Freistellung nach der Geburt eines Kindes nicht mehr wahr.

Rigide versuchen sich die Betriebe auch sogenannter unproduktiver Kosten zu entledigen. Da werden Betriebskindergärten geschlossen, die Preise für betriebliche Kantineessen erhöht — um bis zu 600 % —, Freizeitvereinen Zuschüsse und Räumlichkeiten gestrichen ...

Widerstand ist vorhanden und äußert sich in zahlreichen Aktionen, die jedoch meist schwach und zersplittert bleiben. Kann sich der Widerstand in den Kommunalwahlen organisieren?

Der erpresserische Druck der imperialistischen BRD läßt der Gesellschaft die Zeit und Ruhe nicht, aus der tiefen Krise der zentralstaatlichen Planwirtschaft eigene Lösungen zu finden. Noch bis zu den Wahlen soll eine neue Kommunalverfassung aus dem Boden gestampft werden, obwohl sie nicht mehr gründlich und unter Beteiligung breiter Massen diskutiert werden kann.

Dabei wäre dies um so nötiger, als sich gerade in den Städten und Gemeinden die Probleme zusammenballen. So führt die Beseitigung sozialer Einrichtungen wie z.B. Kindergärten, die bisher häufig von den volkseigenen Betrieben bzw. den betrieblichen Sozialfonds

getragen wurden, zu schwerwiegenden sozialen Problemen, die nur auf kommunaler Ebene gelöst werden können. Die Reproduktionsbedürfnisse und Leistungsansprüche der werktätigen Bevölkerung, die durch die zentralistisch geplante Produktion und Versorgung nicht mehr gesichert waren und die bei Durchsetzung der kapitalistischen Marktwirtschaft erst recht unter die Räder kommen, können nur durch die Kommunen gewährleistet werden. Bisher aber sind sie darauf nicht ausreichend eingerichtet. Viele Probleme jedoch, etwa das unzureichende Angebot an qualitativ befriedigendem Wohnraum oder das vor allem in den letzten Jahren stark vernachlässigte Gesundheitswesen, drängen auf eine schnelle und gründliche Lösung, die durch die aggressive Einmischung der BRD bedroht oder sogar verhindert wird. So versuchen westdeutsche Spekulanten, privates und auch kommunales Wohnungseigentum zu Schleuderpreisen an sich zu reißen, oft mit Erfolg. Das Interimparlament in Erfurt z.B. hat das von der Volkskammer erlassene Privatisierungsgesetz weiter einschränken müssen, um den drohenden Ausverkauf kommunalen Eigentums zu stoppen.

Nicht zuletzt wird die befürchtete Massenarbeitslosigkeit im Gefolge der Währungsunion — manche sprechen von zwei bis drei Millionen Arbeitslo-

sen — einschneidende Auswirkungen auf die Kommunen haben und diese fordern. Wenn das Recht auf Arbeit, das in der Verfassungsdiskussion in der DDR eine so große Rolle spielt, keine Floskel bleiben soll, dann muß es einklagbar sein. Es muß gegenüber den Kommunen einklagbar sein, d.h. die Kommunen müssen in größerem Umfang wirtschaftliche Tätigkeiten ausüben.

Die staatstragenden Kräfte in der BRD sind rührig, der DDR eine Kommunalverfassung nach westdeutschen Vorbildern überzustülpen. Die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU der BRD baut eine entsprechende Organisation in der DDR auf. Die Länder Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg standen bei der Gründung des thüringischen bzw. sächsischen Städte- und Gemeindetages Pate usw. Es zeigt sich aber auch, daß sich die DDR-Kommunen nicht unbedingt in das Korsett westdeutscher Gemeindeordnungen zwängen lassen wollen.

Die PDS fordert in ihrem Kommunalprogramm (3) so viel Kompetenzen wie möglich für die Kommunen. Sie tritt u.a. ein für die Finanzhoheit; für die Überführung volkseigener Betriebe der Kommunalwirtschaft, Bildungs-, Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen in kommunales Eigentum; für die „Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit“ als Angelegenheit der Kommune; für kommunale Arbeitsplatzbeschaffungs- und Umschulungsmaßnahmen, für Investitionen und kommunale Fördermaßnahmen, die neue Arbeitsplätze schaffen; für die kommunale Verantwortung für Kinder-

krippen, Kindergärten, die unentgeltliche 10klassige Regelschule, das Gesundheitswesen usw.

Aber auch andere Parteien sind anscheinend nicht willens, sich umstandslos den „Schwesterparteien“ in der BRD unterzuordnen. Das geht aus einem Bericht der SPD-Kommunalzeitschrift „Demokratische Gemeinde“ (4/90) über ein Symposium hervor, an dem neben Vertretern der drei Kommunal Spitzenverbände aus der BRD vor allem Kommunalpolitiker und Mitglieder der kommunalen „Runden Tische“ aus der DDR teilnahmen und das der Erörterung der neuen DDR-Kommunalverfassung diente. Der Bericht konstatiert bei behaupteter allgemeiner Übereinstimmung über die Grundelemente der zukünftigen Gemeindeordnung widersprüchliche Vorstellungen über das kommunale Wirtschaften und kritisiert, daß „auf DDR-Seite die Tendenz (besteht), Vorstellungen des abgewirtschafteten Systems in eine Art Municipalsozialismus (städtischen/kommunalen Sozialismus — Red.) in die Zukunft retten zu wollen ...“

Wie weit solche Vorstellungen sich in der neuen Kommunalverfassung niederschlagen, wird zu prüfen sein. Es ist nicht auszuschließen, daß sich Widerstand gegen die Einverleibung der DDR durch die BRD-Konzerne auf der Ebene der Kommunen sammeln kann.

Quellenhinweis: (1) taz, 19.4.; (2) Süddeutsche Ztg., 17.4.; (3) Neues Deutschland vom 2.4.; weitere Quellen: FAZ, SZ, FR, März/April 90, Demokratische Gemeinde 4/90, Kommunalpolitische Blätter 4/90. — (scc)

Kampf für die Auflösung der Homelands

Azania/Südafrika: eine wichtige Stütze der Apartheid wird angegriffen

Mehr als tausend Leute sind von der südafrikanischen Polizei in den letzten drei Monaten ohne Anklage in Haft genommen worden, die Verhaftungen nehmen weiter zu. In den Homelands KwaZulu, Boputhatswana, der Ciskei, der Transkei und Gazankulu ist die südafrikanische Armee einmarschiert. Die südafrikanische Regierung erklärt, sie wolle mit ihrem Eingreifen „Stammeskonflikte“ beenden und werde keine weiteren „Unruhen“ dulden. Diese erneute Ausweitung der rassistischen Unterdrückungspolitik wird in der internationalen Öffentlichkeit kaum beachtet, stattdessen wird über „blutige Unruhen zwischen Schwarzen“, „Bürgerkrieg zwischen Schwarzen“ und ähnliches berichtet. Es scheint, als könne das Rassenregime die blutige Bekämpfung eines wichtigen Teils der Befreiungsbewegung als Maßnahme zur Verbreitung von Menschlichkeit plausibel machen. Tatsächlich versuchen die Rassisten mit militärischen Mitteln, eine der wichtigsten Stützen der Apartheid zu sichern: die Homelands oder Bantustans.

Die Einrichtung der Bantustans bzw. Homelands durch die Rassistenregierung begann in den fünfziger Jahren. Die Absicht der Rassisten war von Anfang an, die Afrikaner zu Ausländern um eigenen Land zu machen. Etwa 14 Millionen Afrikaner, mehr als die Hälfte der Ureinwohner des Landes, sind zwangsweise zu Bürgern von Homelands erklärt worden, die südafrikanische Staatsbürgerschaft ist ihnen genommen. Die Homelands sind ärmliche Gebiete mit unfruchtbaren Böden und wenig Industrie. Die zwangsweise ein-

gebürgerte Bevölkerung kann sich dort nicht ernähren und überleben. Weniger als die Hälfte der Homelandbürger wohnen tatsächlich dort. Sie sind Wanderarbeiter, die in Minen, der Industrie und Landwirtschaft arbeiten. So befestigten die Siedler das System von Wanderarbeit und Entrechtung. Zum anderen versuchten die Rassisten, über die Bantustans längst in Auflösung befindliche Stammesstrukturen wieder zu beleben und die Front des Befreiungskampfes durch Stammeskonflikte zu spalten. Die Siedler teilten die Einwohner Südafrikas nicht nur nach rassistischen Kriterien ein, sondern verordneten der afrikanischen Bevölkerung auch noch eine Stammeszugehörigkeit. Alle Kräfte und Strömungen der Befreiungsbewegung sind sich einig, daß die Homelands abgeschafft werden müssen, daß das befreite Azania ein Land sein soll.

Die Befreiungsbewegung in Südafrika/Azania hat in den letzten Monaten eine regelrechte Aufstandsbewegung in den Homelands hervorgebracht. In vielen Homelands gibt es Demonstrationen und Versammlungen, in denen deren Auflösung gefordert wird.

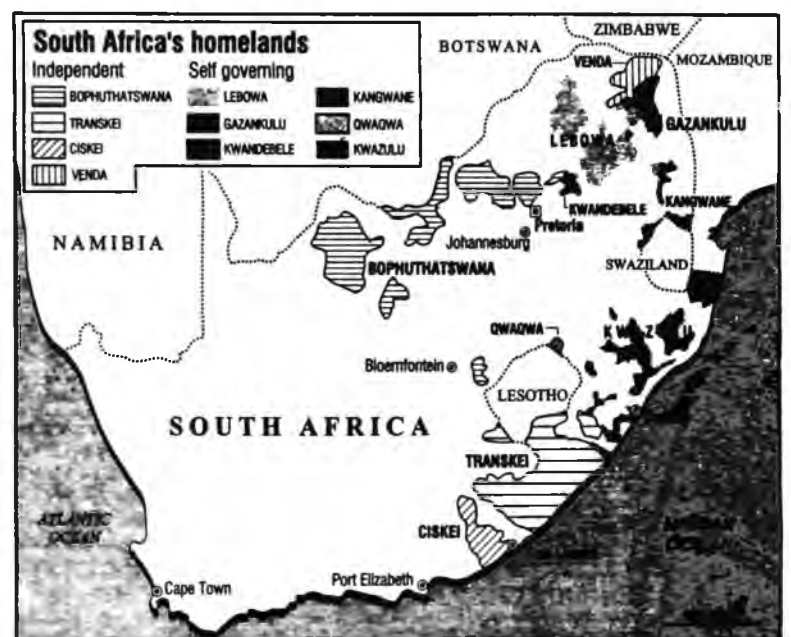
Anfang März demonstrierten in Garankura, das zu Boputhatswana gehört, mehrere Tausend für den Rücktritt der Homelandregierung und die Rückführung des Homelands in die Republik Südafrika. Fünf Demonstranten wurden von der südafrikanischen Polizei erschossen, über 500 verhaftet. Über fast alle Teile von Boputhatswana hat südafrikanisches Militär den Ausnahmezustand verhängt.

In der Ciskei haben inzwischen Zehn-

tausende von Einwohnern bei Demonstrationen und Versammlungen ihre Homelandsausweise verbrannt und damit für die sofortige Auflösung des Homelands demonstriert. Inzwischen hat ein Teil der Homelandpolizei gepusht und den Präsidenten gestürzt. Der Sprecher der Militärregierung erklärte, ihr Ziel sei, das Land nach Südafrika zurückzuführen.

Am 28. Februar streikten im Homeland Venda mehrere tausend Beschäftigte des öffentlichen Dienstes und der Kirchen für mehr Lohn und für die sofortige Auflösung der selbständigen Homelandverwaltung und ihre Rückführung unter südafrikanische Oberhoheit. Die Homelandverwaltung hat ein Referendum angekündigt, in dem entschieden werden soll, ob die Bevölkerung von Venda wieder zu Südafrika gehören sollte.

Die heftigsten Kämpfe finden in KwaZulu statt. Der Führer der nationalistischen Inkhabewegung, der Homelandpräsident Buthelezi, tritt für eine Föderation mit Südafrika ein. Teile der Inkatha sind bewaffnet. Sie versuchen mit Mordanschlägen und Terrorakten die Bewegung für die Auflösung des Homelands zu zerschlagen. Alle fortschrittlichen Kräfte des Befreiungskampfes sind von Inkatha angegriffen worden. Es ist erwiesen, daß die rassistische Polizei und die Armee mehrfach mit Inkatha zusammengewirkt hat, um Mitglieder der Befreiungsbewegung zu töten. Die Rassisten versuchen, die Stammesideen und -rivalitäten zu fördern und künstlich hochzuputtschen, um ihre eigene Macht zu festigen.



Doch auch die an traditionellen Stammesvorstellungen festhaltende Zulubewegung ist gespalten. Chief Maphumulo ist der zulusprechende Vorsitzende von Conralesa, dem Kongreß traditioneller Führer von Südafrika. Er wies alle Forderungen von Buthelezi nach einem Sonderstatus für Zulus zurück: „Wir orientieren uns nicht an solchen Vorstellungen. Wir wollen ein Südafrika, das frei ist von Stammesdenken und Rassismus. Wir wollen nur, daß die Leute als Leute angesehen werden.“ Das Dorf, in dem Maphumulo lebte, ist Ende Januar/Anfang Februar überfallen und niedergebrannt worden. Maphumulo erklärte, der Überfall sei gemeinsam von der Polizei und Anhängern der Inkhabewegung durchgeführt worden.

Die Bewegung gegen die Homelands ist ein wichtiger Teil des Befreiungskampfes. Sie ist ein deutliches Zeichen dafür, daß der Kampf längst über die städtischen Industriezentren hinaus in die ländlichen Gebiete ausgeweitet ist. In diesem Kampf sind bisher vor allem die politischen Demonstrationen bekannt geworden. Es finden sich aber verschiedene Anzeichen, daß alle Formen des Kampfes benutzt werden. Die Zersetzung in der Polizei nimmt sichtbare Formen an: Streiks für mehr Lohn weiten sich aus, jeden Monat kündigen mehrere hundert Polizisten, im Januar und Februar allein mehr als 1 000.

Quellenhinweis: Facts and Reports, Press Cuttings on Southern Africa, Ausgaben D, E, F, G 1990; H. Orbon, Die Lage der Schwarzen in Südafrika/Azania, Berlin 1980 — (uld)

Albrecht, Süssmuth, Hasselmann — Formation für reaktionäre Mobilisierung

Niedersächsische Landtagswahl: verfehlte Hoffnungen auf eine Trendwende

Hannover. Kommentarpflichtige Journalisten beklagen gegenwärtig den ganz und gar unspannend vor sich hin dümpelnden Wahlkampf zur niedersächsischen Landtagswahl am 13. Mai. Etwa 40% der Wähler seien zur Zeit noch unentschieden. Vor den letzten Landtagswahlen ging's da ganz anders zu. Fast keine linke Organisation, Gewerkschaft oder sonst was, die nicht das Ende der „geistig-moralischen Wende“ und der Kohl-Regierung als Ergebnis der Landtagswahl reklamierte. Das war dann bekanntlich nicht der Fall. Dabei sind die jetzigen Wahlen

keineswegs unbedeutend. Albrechts Sündenkonto ist über-voll. Für die Spielbankaffäre, fürs „Celler Loch“, für seine Atompolitik, für unverhülltes Sponsoring der Revanchistenverbände eine stimmenmäßige Bestätigung zu erhalten, würde eine solche Landesregierung zu noch größeren Brutalitäten hinreißen. Es geht auch um die Bundesratsmehrheit, und da könnte sich manches CDU/FDP-Gesetz bei SPD-Mehrheit doch drin verwickeln. Dennoch, auch bei ungewisser Stimmenverteilung, die Rechtslosigkeit der Landespolitik wird zunehmen. — (gka, gec, mal)

Mitte letzten Jahres kam Ernst Albrecht und die von ihm geführte CDU/FDP-Landesregierung in ernsthafte Breddouille. Auf fast allen politischen Feldern geriet sie in die Kritik, Stichwort „Skandale“.

Durch Übertritt des Abgeordneten Vajen zu den Republikanern verlor sie dann auch fast die parlamentarische Mehrheit, gerettet nur durch einen Abtrünnigen der SPD-Fraktion. Gleichzeitig fehlte Geld in der Landeskasse. Die Verschuldung des Landes stieg unter Albrecht immens, die Regierung verzichtete zugunsten der Energiekonzerne auf weitere Einnahmen aus dem sonst reichlich sprudelnden Förderzins auf die niedersächsische Erdölförderung.

Der Sektor „staatliche Dienstleistungen“ und die Land- und Forstwirtschaft haben in Niedersachsen überproportionale Bedeutung im Vergleich zum Bundesgebiet — beides Bereiche, die unmittelbar von staatlichen Geldern und Eingriffen abhängen. Die engere Regierungsklientel wurde unruhig. Thema im Niedersachsen beherrschenden VW-Konzern war dessen Privatisierung und ein scharfes Rationalisierungsprogramm. Die örtlichen CDU-Gliederungen gingen auf Gegenkurs zur Privatisierung, Konzernkritik kam auf.

Inzwischen hat sich die Lage geändert. Durch Neuregelung des bundes-

staatlichen Finanzausgleichs erhält Niedersachsen 300 Mio. DM mehr gegenüber früherem Recht. Die „Strukturförderung“ des Bundes spült bis 1998 jährlich 650 Mio. DM in die Landeskasse. Wirtschaftsminister Hirche (FDP) fordert zudem beständig, daß die Beschäftigungsanteile Niedersachsens für Militär- und Postaufträge vergrößert werden müßten. Die Annexionsvorhaben gegen die DDR und die führende Rolle, die der VW-Konzern dabei spielt, haben die Bedenken über sinkenden Pkw-Abatz und Beschäftigungsrückgang schlagartig weggewischt. Die in Niedersachsen zumeist mit Atomstrom versorgende Energie- und Bergbauwirtschaft, ein Sektor mit ebenfalls hoher Bedeutung, giert auch in Richtung DDR und weiter. Unzweifelhaft hat diese „Perspektive“ auf „Posten“ und „Zukunft“ Auswirkungen vor allem auf planendes und leitendes Personal und darüber hinaus.

Mit der Aufstellung von Albrecht, Süssmuth und Hasselmann als Wahlkampfgespann ist zu guter Letzt der CDU ein gefährlicher Schachzug gelungen. Die Idee heißt Rollenspiel. Ernst Albrecht steht für die Ostexpansion und irgendwie für die gegenwärtige Konjunktur, für die Millionenbeschaffung für öffentliche Aufgaben, für inzwischen wieder erfolgte Einstellun-

gen im öffentlichen Dienst. Rita Süssmuth steht gleich für mehrere Zwecke. Sie hat bereits das Wahlkampfkonzept der SPD gestört. Als personifizierter Ablaß wirkt sie gegen die Sünden der Vergangenheit. Der SPD-Slogan gegen Skandale und für Sauberkeit in der Politik verpufft. Das Thema der SPD — „Frauen“ — wirkt neben „der“ Frauenpolitikerin schlechthin auch irgendwie blaß. Und mit Rita Süssmuth wird eine Verbindung zum Katholizismus geschlagen. Nicht nur im südoldenburgischen Bauernland, wo die CDU im letzten Landtagswahlkampf Probleme hatte und 82% der Bevölkerung Katholiken sind, wird das wirken. Unter den Evangelen in Niedersachsen gibt es zunehmend fundamentale Strömungen, die sich angezogen fühlen dürften. Wilfried Hasselmann hingegen, wegen Falsch-aussage zurückgetretener Innenminister und CDU-Landesvorsitzender, gilt als Garant für die Förderung faschistischer Strömungen. Er befürwortet Koalitionen mit den Republikanern, wenn die CDU dadurch weiter regieren kann.

Die CDU betreibt also eine breiteste Mobilisierung bis ins Lager der Opposition hinein. Die FDP hofft auf die Zweitstimme bei sicheren CDU-Direktmandaten. Viel spricht dafür, daß dies Kalkül auch aufgeht.

Auf Seiten der Opposition und des Widerstands ist nicht im entferntesten zu erkennen, daß eine Gegenaufstellung passiert, die die Einfaltstore der Reaktion dicht macht. Die SPD unternimmt nicht die geringsten Anstalten gegen Großdeutsches, die Grünen meinen immer noch um den Antifaschismus herumzukommen. Allerdings Bezugspunkte in den Wahlprogrammen von SPD und Grünen als auch in der öffentlichen Debatte gab's schon, Albrecht, Hasselmann und auch Süssmuth die Wirkung zu nehmen. Hingegen sind die Punkte Umwelt, Arbeitsplätze, Frauen nicht ausreichend oder in mancher Hinsicht auch gar nicht geeignet, die stattfindende völkische Formierung zu durchkreuzen. Für Forderungen, wie sie die Antifaschistische Konferenz Niedersachsen beschlossen hat, gegen faschistische Parteibildung, für das Ausländerwahlrecht, gegen die Einmischung in die DDR, für soziale Mindeststandards hinsichtlich Arbeitszeit, Löhnen, Renten, Sozialhilfe haben sich keine repräsentativen linken Kräfte zur Kandidatur zusammengefunden. Eine Hoffnung auf ein Ende weiterer Rechtsdrift? So nicht.



Am 21. April veranstaltete die CDU ihre erste große Wahlshow mit Bundeskanzler Kohl in Wolfsburg. Anwesend auch: Ministerpräsident Albrecht und Rita Süssmuth. Nur knapp 5000 hatten sich versammelt. Die Rede Kohls war hauptsächlich gegen die DDR gerichtet: „Wir machen aus der DDR ein blühendes Land.“ Das niedersächsische Landvolk demonstrierte gegen die Politik des Bauernlegens.

Faschistische Kandidaturen

Koordination besteht — einschließlich mit der CDU

Anfang April ließ der Wahlausschuß 21 Parteien zu den Landtagswahlen zu. Neben CDU, FDP, SPD und Grünen wurden weitere 17, fast ausschließlich faschistische und reaktionäre Organisationen zugelassen.

Die zahlreichen Proteste und Einwände antifaschistischer Bündnisse, Organisationen und Einzelpersonen für die Nichtzulassung faschistischer Organisationen nach Artikel 139 GG, wurden mit dem Hinweis, der Artikel 139 GG sei „obsolet“, übergangen. U.a. kandidieren: Republikaner, Demokratische Republikaner Deutschland (DRD), Die Deutschen Demokraten (DDD), Deutsche Partei (DP), NPD, Freiheitliche Volkspartei (FVP), Christliche Mitte (CM), Patrioten für Deutschland und die ÖDP. Die FDP, die als einzige mit zwei Gegenstimmen im Wahlausschuß ihre Zulassung erhalten hatte, hat inzwischen ihre Kandidatur zurückgezogen.

Die Zersplitterung wird nun als Beleg genommen, um die Bedeutungslosigkeit faschistischer Organisationen und Politik zu propagieren. Die Hannoverische Allgemeine Zeitung stellt groß heraus, daß diese keine „Chancen auf Einzug in den Landtag haben“. Die Gründe werden wohl andere sein. Das frühzeitig von der — in Niedersachsen noch stark wirkenden — NPD angebotene Bündnis mit den Republikanern kam nicht zustande, die Auseinandersetzungen darüber führten vorerst zu weiteren Auf-

splitterungen. Hinzu kommt, bei wenig Kritik, daß die CDU stark versucht, faschistisches Wählerklientel einzubinden.

Bezüglich der Annexion Osteuropas steht Albrecht bei der in Niedersachsen wirkenden „Landsmannschaft Schlesien“ im Wort, die Gebietsansprüche auf „rechtmaßiges deutsches Territorium“ in Polen erhebt. Und CDU-Innenminister Stock steht an der Spitze weiterer Ausländerentrechtung. Nach zentraler Erfassungsstelle, Abschiebung ohne Gerichtsurteile usw. fordert er nun die Streichung der Beschwerdeinstanz Obergericht durch Änderung des Asylverfahrensgesetzes.

Nicht gesehen wird, trotz zahlreicher faschistischer Kandidaturen, daß eine Koordination, einschließlich mit der CDU, stattfindet. So wird bei den Direktkandidaturen weitgehend auf Konkurrenz verzichtet. Da viele nur mit einer Landesliste antreten, wird — wie z.B. von der DDD — aufgerufen, mit der Erststimme CDU zu wählen. Die neu eingeführte Zweitstimme wird nicht nur der FDP nutzen, dafür steht auch Hasselmann. Mit den Landtagswahlen werden sich faschistische Politik und Organisationen weiter festigen.

Zumindest die Republikaner und die NPD werden die Wahlkampfkostenerstattung kassieren. Für die im Herbst 1991 stattfindenden Kommunalwahlen schaffen sie sich damit materiell wichtige Grundlagen.



Mit ihren Taten in Sachen Altenpolitik wirbt die Landesregierung auf Landtagswahlplakaten. Die Beschäftigten strafen diese Demagogie Lügen.

Wir dokumentieren im folgenden einen Auszug aus einem Katalog der ÖTV-Bezirke Niedersachsen und Weser-Ems, der Erwartungen an eine neue niedersächsische Landesregierung formuliert. Auffällig daran ist allerdings, daß wichtige gewerkschaftliche Kämpfe der letzten Zeit keine Berücksichtigung erfahren. So fehlt was zur Lohnsituation, zur Entrechtung im öffentlichen Dienst, zur Debatte um die Kommunalverfassung, gegen faschistische Kandidaturen und einiges mehr.

„Am 13. Mai 1990 wird in Niedersachsen ein neuer Landtag gewählt ... Für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ist es unsere Aufgabe, spezifische Forderungen für eine neuzubildende Landesregierung zu formulieren und die Standpunkte der Gewerkschaft ÖTV hervorzuheben. Wir erwarten von der künftigen Landesregierung:

1 / Zusätzliche Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst

— Zum Ausgleich der Arbeitszeitverkürzung;
— Zum Ausgleich besonderer Belastungen, die z.B. durch Stellenstreichungen und Rationalisierungsmaßnahmen entstanden sind ...

2 / Keine Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen

Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen nutzt nur privaten Unternehmen. Sie steigert die Gewinne Weniger und die Lasten vieler.

3 / Mitbestimmung im öffentlichen Dienst

Wir fordern ein Personalvertretungsgesetz, das nicht nur mit Abwehrrechten, sondern insbesondere mit Gestaltungsrechten ausgestattet ist. Kern unserer Forderungen ist eine umfassende Mitbestimmung, die die Beschäftigten befähigt, ihre Arbeitsbedingungen aktiv mitzugestalten. Die Mitbestimmung soll künftig Regel und nicht Ausnahme sein, auch im Einzelfall gelten und das Initiativrecht umfassen.

4 / Bessere Arbeitsbedingungen für Teilzeitarbeitende

Teilzeitarbeit muß für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ohne Nachteile möglich sein. Wir fordern daher neben gesetzlichen Regelungen den Abschluß eines Tarifvertrages über Arbeitsbedingungen der Teilzeitarbeitenden. Wir wollen insbesondere erreichen:

— Gleichstellung von Teilzeitbeschäftigten mit Vollzeitbeschäftigten bei Urlaubsgeld, Zulagen und Sonderurlaub. Wegen Teilzeit darf bei Einstellungen, Aufstieg, Fortbildung sowie betrieblichen sozialen Leistungen keine Benachteiligung erfolgen;
— Recht auf freie Wahl der Lage, Dauer und Umfang der Arbeitszeit sowie die Verteilung auf die einzelnen Arbeitstage;

— Garantie eines Vollzeitarbeitsplatzes nach Ablauf der Reduzierung.

5 / Gleichstellungspolitik für Frauen

Die ÖTV fordert gesetzliche Regelungen für die Förderung von Frauen durch ein niedersächsisches Gleichstellungsgesetz für den öffentlichen Dienst. Wichtige Punkte sind zum Beispiel die Verpflichtung, Frauenförderpläne zu erstellen, sowie hauptamtliche Frauenbeauftragte einzustellen und ihre Aufgaben und Kompetenzen festzuschreiben.

6 / Beseitigung des Pflegenotstandes

Die Arbeits- und Rahmenbedingungen für Beschäftigte in Krankenhäusern, psychiatrischen Einrichtungen, Altenheimen und Sozialstationen sind insbesondere durch folgende Maßnahmen zu verbessern:

— Bedarfsorientierter Ausbau von stationären und ambulanten Einrichtungen der Altenhilfe sowie altergerechter Wohnungen;
— Arbeitsmarktpolitische Initiativen zur Besetzung offener Stellen, wie z.B.
* Information über Pflegeberufe bei Schulabgängern und Berufsanfängern;
* Wiedereingliederungskurse bei Berufsrückkehrerinnen;

* Eingliederungsangebote für Aus- und Übersiedler;

* Umschulung für Arbeitslose.

7 / Kindertagesstättengesetz

Alle Kinder müssen eine hochwertige, personell gut ausgestattete Kindertagesstätte besuchen können. Die Voraussetzungen hierfür sind umgehend in einem Gesetz zu regeln. Das Land hat für diese Aufgabe die Mittel bereitzustellen.

8 / Qualifizierungsprogramme für den öffentlichen Dienst

Zur Vorbereitung auf neue Herausforderungen an den öffentlichen Dienst, veränderte Arbeitsmethoden und zur Qualifizierung für neue Tätigkeiten ist die Aus- und Weiterbildung im öffentlichen Dienst deutlich auszubauen. Jede/r Beschäftigte/r sollte mindestens einmal jährlich an Fortbildungsveranstaltungen teilnehmen können.“

Es folgen weitere Forderungen:

9 / Arbeitnehmerdatenschutz

10 / Mehr Mitbestimmung bei Informations- und Kommunikationstechniken;

11 / Anwendung von Arbeitsstättenverordnung und Arbeitssicherheitsgesetz;

12 / Umorientierung in der Energiepolitik;

13 / Trinkwasser sichern;

14 / Abfall vermeiden, vermindern, verwerten!

Quellenhinweis: ÖTV Forderungen zur Landtagswahl 1990, Hrsg.: ÖTV-Bezirk Niedersachsen, Goethestr. 17-19, 3000 Hannover 1

Gewerkschaft ÖTV zur Landtagswahl

125-Jahre-BASF-Feiern

Anti-Jubel-Komitee führt Gegenaktionen durch

Ludwigshafen. Der 6. April war zum Jubiläumstag des 125jährigen Jubiläums der BASF — Motto: Chemie für die Zukunft — erklärt worden, zu dem 400 Honoratioren aus Großindustrie, allen der Chemie- und Pharmaindustrie, der Bankenwelt und Politik eingeladen wurden. Kohl würdigte die Leistungen des Chemiekonzerns, den „vorbildlichen Mut“ der Aniliner und „sich ansonsten über die deutsche und europäische Einigung aus, ein jährlich angemessener Ort, denn voran saßen sie ja, die Profiteure des Konzerns. Der Vorstandsvorsitzende der BASF, Albers richtete erneut an die „Mitarbeiter“ den Appell. „jeder einzelne (müsse) als Botschafter der BASF und der Chemie wirken“ („Mannheimer Morgen“, 7.4.1990) Eine ganze Kolonne von Malern stand bereit, um Schriftzüge zu entfernen für den Fall, daß jemand dies anders sehen sollte. Der Leiter des Max-Planck-Instituts für Kohleforschung in Mülheim/Ruhr verbreitete in seinem Festvortrag „Mit Chemie ins kommende Jahrhundert“, daß die Bevölkerungsexplosion schuld an der steigenden Umweltbelastung sei und die Chemie demgegenüber die Verfügbarkeit von Rohstoffen und Energie garantiere und zum Wohlstand beitrage. Anlässlich dieser Feiern, die die Stadt schon seit Wochen prägen, über das ganze Jahr gehen und für die zwei Millionen DM ausgegeben werden, hat sich ein Anti-Jubel-Komitee Mannheim/Ludwigshafen — getragen von verschiedenen Bürgerinitiativen, den Grünen, BASF-Beschäftigten u.a. — gegründet. Auf einer Gegenkundgebung, 200 Meter vom Eingang des Festgebäudes entfernt, wurde auf die blutige Vergangenheit der BASF bzw. der IG Farben eingegangen und u.a. eine Entschädigung der Zwangsarbeiter gefordert. Leider nahmen nur ca. 30 Personen teil. Über Ludwigshafen zog für drei Stunden ein Flugzeug seine Bahnen mit dem Spruchband: „125 Jahre Giftgigant BASF“.

Vier Tage zuvor kamen ca. 120 Leute zu einer Veranstaltung des Anti-Jubel-Komitees mit Otto Köhler über die Geschichte der IG Farben. Im Laufe der Diskussion wurde z.B. darauf verwiesen, daß erneut darauf gedrängt werden müsse, den „Carl-Wurster-Platz“ in Ludwigshafen umzubenennen. Wurster ist Ehrenbürger der Stadt Ludwigshafen. Wurster war Wehrwirtschaftsführer Hitlers, seit 1938 Mitglied des Vorstands der IG Farben, an allen wichtigen Entscheidungen der IG, einschließlich des Baus des KZ Monowitz beteiligt, Vorsitzender des Kriegskemikalien-Ausschusses, Vorstandsmitglied in der DEGESCH (Deutsche Gesellschaft zur Schädlingsbekämpfung), dem Hersteller von Zyklon B. In Nürnberg wur-

de er freigesprochen, 1952 zum Vorstandsvorsitzenden der BASF gewählt, bis 1974 war er Aufsichtsratsvorsitzender, 1966 wurde er Träger des Schillerpreises der Stadt Mannheim.

Vor den BASF-Toren wurden fast 10000 vierseitige Flugblätter „BASF — Benzinpakt, Auschwitz, Sprengstoff, Unfälle“ verteilt.

Am Tag der Jubelfeier fand auch ein protestantischer Gottesdienst unter dem Leitsatz „BASF und Kirche: Chemie fordert viele Menschenleben“ statt. Dekan Borggreve führte dort aus: „Eine Firma, die ihr 100jähriges Jubiläum ohne eine Erinnerung an dunkle Stellen ihrer Geschichte feiert und ihr 125. unter das Motto ‚Chemie für die Zukunft‘ stellt, die muß sich fragen lassen, wie sie mit ihrer Geschichte umgeht“.

Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus einer ersten Veröffentlichung des Anti-Jubel-Komitees:

„... Doch die bisherige Darstellung der BASF-Geschichte ist lückenhaft, verharmlosend und geht durch geschickte Verdrehung der Tatsachen oft haarscharf an Lügen vorbei.

Unserer Meinung nach wären ohne eine enge Verknüpfung der deutschen chemischen Industrie mit dem Kaiserreich und später mit dem faschistischen Deutschland beide Weltkriege nicht durchführbar gewesen.

Die Entwicklung von Giftgasen und der Einsatz von ZwangsarbeiterInnen unter mörderischen Bedingungen war und ist ein Verbrechen an der Menschheit. Den Chemieunfällen ging eine geradezu zynische Ignoranz gegenüber teilweise bekannten Risiken voraus. Als menschenverachtend bezeichnen wir den Umgang der BASF mit den Opfern

Erste Konsequenz, die ein Vorstand einleiten müßte, der sich seiner Verantwortung sowie der Verantwortung seiner Vorgänger bewußt ist, könnte sein:

— Finanzielle Entschädigung für überlebende ZwangsarbeiterInnen bzw. für Hinterbliebene ehemaliger ZwangsarbeiterInnen.

— Hinwirken auf eine Umbenennung des Carl-Wurster-Platzes. Infrage käme der Name einer ehemaligen ZwangsarbeiterIn oder eine sinnvolle andere Erinnerung an die Ausbeutung dieser Menschen durch die IG Farben.

— Aufdeckung und Veröffentlichung der Ursachen des sogen. „Oppauer Unglücks“.

— Großzügige Unterstützung der Opfer des Dioxin-Unfalls bzw. ihrer Hinterbliebenen.

— Einrichtung eines Fonds zur Unterstützung erkrankter Beschäftigter (einschließlich Fremdfirmen), bei denen die Verursachung der Krankheit durch Arbeits-/Gifteinfluß nicht vollständig auszuschließen ist. . .“ — (ede, evc)

Veranstaltung der Republikaner verhindert

Lörrach. Am 29.3. hatte der neu gegründete Ortsverband Weil am Rhein der Rep zu einer Veranstaltung eingeladen. Die antifaschistische Aktion mobilisierte recht kurzfristig, aber trotzdem gelang es ca. 40 Antifaschistinnen und Antifaschisten, in den Versammlungsraum zu kommen. Der geplante Vortrag des Rep-Bundestagskandidaten, Thorsten Bendrat, wurde durch Singen antifaschistischer Lieder sowie Berichte über die Rep in der Region, insbesondere über den Landesvorsitzenden Walter Kessebrock, verhindert. Dieser war jahrelang Vorsitzender der NPD und Mitorganisator der Schlageter-Aufmärsche in Schöna u im Wiesental und bis vor zwei Jahren Landesvorsitzender der FAP. Nach ca. einer Stunde zogen die sechs Rep und die vor dem Lokal wartenden 20 Polizeibeamten unverrichteter Dinge wieder ab. — (uwu, irb)

Aktionen gegen Haftbedingungen

Westberlin. Bereits seit Ende Februar organisiert sich in der Moabiter Haftanstalt Widerstand. Bei Nahrungsverweigerungen sollen sich an einzelnen Tagen bis zu 250 Gefangene beteiligt haben. Einzelne Gefangenengruppen haben auch länger befristete Hungerstreiks durchgeführt.

Die Forderungen zur Verbesserung der Haftbedingungen umfassen: Beseitigung des 23-Stunden-Einschlusses, Abschaffung jeglicher Form von Sonderhaftbedingungen und Iso-Haft sowie das Recht, die Heimatsprache bei Besuchen ausländischer Häftlinge benutzen zu können. Die Aktionen sind mehrmals von außen durch Kundgebungen unterstützt worden. Am 16.4. versammelten sich 150 Unterstützer. 40 Gefangene traten ab 17.4. in einen unbefristeten Hungerstreik. Vom 1. bis 8. Mai sind im Knast Aktionstage geplant. Die Justizverwaltung weist die Forderungen als teilweise „gesetzeswidrig“ zurück. — (ard)

Konstrukt der Bandenkriminalität aufgefliegen

Mannheim. Am 22.11.1988 hatte der Stuttgarter Ministerialdirigent Stümper in einer der größten Polizeiaktionen des Landes 20 Mitglieder des Motorradclubs „Gremium“ verhaften und den Club als „kriminelle Vereinigung“ verbieten lassen. Mittlerweile ist das Konstrukt zusammengebrochen, die meisten, auch der Clubpräsident, befinden sich auf freiem Fuß. LKA-Gutachten erwiesen sich als falsch, ein wichtiger Zeuge war V-Mann. Verteidiger Hårdle erklärte, der Feldzug gegen „Gremium“ entpuppte sich als Rechtfertigung für die Bildung immer neuer Kommissionen bei LKA und der Schwerpunktstaatsanwaltschaft „Bandenkriminalität“ Karlsruhe. — (tht)

Staatsanwaltschaft verfolgt Roma nach § 129 StGB

Köln. Die Staatsanwaltschaft Köln rechtfertigt den von ihr angeordneten „größten Polizeieinsatz in Köln seit Kriegsende“ damit, daß Roma eine kriminelle Vereinigung im Sinne des § 129 StGB gebildet hätten. Die Vereinigung habe den organisierten Diebstahl und Hehlerei zum Ziel. 1200 Polizisten hatten das Roma-Lager in Köln, in dem 150 Menschen zwangsgetoisiert sind, die Räume der evangelischen Kirche beim Lager sowie einige Privatwohnungen von Anliegern durchsucht und während der Durchsuchung 30 Leute festgenommen. Diese sind inzwischen fast alle freigelassen. Auch in anderen Städten nahm die Polizei nach Presseberichten Roma fest. Im Lager beschlagnahmte die Polizei alles, was sie für gestohlene Sozialhilfe über Modeschmuck bis zu Hochzeitgeschenken, die für eine am nächsten Tag stattfindende Hochzeitsfeier bereitlagen. Die Aktion der Justiz richtet sich gegen die Zusage der Landesregierung, den Roma Bleiberecht zu geben und soll Fakten schaffen in Hinblick auf das Ausländergesetz. Der Durchsuchungsbefehl geht davon aus, daß nicht vielleicht einzelne Roma gestohlen haben, sondern fußt auf der rassistischen Annahme, das ganze Lager sei eine kriminelle Vereinigung. Rom e.V. und Grüne protestierten in einer gemeinsamen Presseerklärung und wiesen nach, daß der beschlagnahmte Schmuck und das einbehaltene Geld rechtmäßiges Eigentum der Roma sind. Der Rom e.V., Delegierte aus Roma-Wohnheimen in Köln und vom Lagerplatz rufen auf, in der 1.-Mai-Demonstration des DGB einen Solidaritätsblock mit Roma zu bilden. — (uld)

REP kandidieren breit — Landesweite Aktion am 5. Mai

Essen. Den Republikanern ist es gelungen, in NRW flächendeckend Kandidaten für die Landtagswahlen aufzustellen. Sie kandidieren in 138 von 151 Wahlkreisen. Dies ist von Bedeutung, da bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen auch die Landesliste, die über den Einzug in den Landtag entscheidet, nur dort gewählt werden kann, wo es Direktkandidaten gibt. Neben den Republikanern treten auch NPD, „Patrioten für Deutschland“ und ÖDP mit Landeslisten an. Gegen diese Kandidaturen richtet sich eine von der Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen initiierte Demonstration am 5. Mai in Düsseldorf. Sie beginnt um 10 Uhr am Burgplatz. Der Aufruf — „Gleiche demokratische Rechte für alle Menschen! Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer! Keine Republikaner in den Landtag! Für ein konsequent antifaschistisches Nordrhein-Westfalen!“ — wird von antifaschistischen Bündnissen, sozialistischen Organisationen, den Landesvorständen von Falken und Jungsozialisten, gewerkschaftlichen Gliederungen wie der IG Metall Wuppertal und einigen Kreisverbänden der Grünen getragen. Für die Kundgebungen sind Beiträge gegen die faschistische Formierung, gegen die aggressive Anschließpolitik der Bundesregierung, gegen Ausländergesetze und Kurdenprozeß geplant. Im Anschluß an die Demonstration, 13.30 Uhr, findet in der Geschwister-Scholl-Schule die 12. antifaschistische Landeskonferenz statt. Dazu heißt es im Aufruf: „Wir organisieren gemeinsam die Debatte um offene Probleme und strittige Fragen und wir informieren.“ — (wof)



Mehrere hundert Menschen demonstrierten am Samstags den 21. April in Stuttgart gegen das neue Ausländergesetz, das am 27.4. im Bundestag verabschiedet werden soll. Gefordert wurde die Abschaffung des Ausländergesetzes und aller diskriminierenden Gesetze und Regelungen, gleiche politische, soziale und kulturelle Rechte, Asylrecht für alle Flüchtlinge sowie Wahlrecht für alle. — (rac)

Senat gegen polnische Kleinhändler

Der sogenannte „Polenmarkt“ in Westberlin wird von den Behörden schikaniert

Westberlin. Seit seiner Entstehung Anfang 1989 hat der sogenannte „Polenmarkt“ bereits eine wechselvolle Geschichte: Anfangs geduldet, wurde er vom CDU-Senat unterbunden, vom SPD/AL-Senat zu Beginn wieder gedul-

det. Dann wurde versucht, die polnischen Bürger mit Großrazzien und Ausweisungen zu vertreiben. Schließlich beschwerte sich sogar die polnische Regierung über die rüde Behandlung der Polen durch deutsche Behörden.

Letztendlich mußte der Senat den Markt auf dem Gelände am Magnetbahnhof Bernburger Straße tolerieren. Ende März berichtete die Presse über Beschwerden der Anwohner über Lärm, zugesperrte Straßen, Benutzung von Hausfluren als Toiletten und Prostitution. Die CDU unterstützt die Forderung nach dem Verbot des Marktes. Eine Demonstration am 24. 3. hatte 400 Teilnehmer. Der Senat ließ in den darauffolgenden Wochen Kontrollen durchführen, die zur Beschlagnahme großer Mengen unverzollter Zigaretten und Schnaps führten. 200 zumeist polnische Bürger wurden an einem Wochenende festgenommen, danach weniger, am 21.4. immerhin noch 31 Menschen. Waren vor einem Monat noch rund 25000 Händler gezählt worden, so waren es am letzten Wochenende nur noch ca. 1000 und ungefähr 3500 Kauflustige. Zu Beginn des Marktes vor einem Jahr hatten Lebensmittel einen Großteil der Waren ausgemacht, jetzt besteht das Angebot aus Kleidung, etwas Werkzeug (Feilen, Bohrer), geschätzten Handarbeiten. Die lohnenden Schmuggelgeschäfte mit Zigaretten

und Schnaps traut sich keiner mehr oder sie werden auf anderen Wegen gemacht. Inzwischen erregt eine neue Erscheinung die Gemüter. In der Innenstadt, speziell der Kantstraße siedeln sich Läden für Exportverkauf von Unterhaltungselektronik an. Polnische Bürger sind die Abnehmer. Sie können die Waren zoll- und mehrwertsteuerfrei beziehen, wenn sie sich bei der Ausreise eine Ausfuhrbescheinigung ausstellen lassen. Das lohnt, besonders wenn die polnischen Zölle und Steuern umgangen werden. Ebenfalls starken Absatz hat Aldi in der Kantstraße. Ab 6.30 Uhr bilden sich Schlangen von polnischen Kunden. Die umliegenden anderen Geschäftsinhaber haben eine Interessengemeinschaft Kantstraße gebildet und beschwerten sich über Verschmutzung durch Verpackungsmaterial, Bedrohung ihrer Kunden, Diebstahl, Umsatzeinbußen von 40%. Der Wirtschaftsstadtrat von Charlottenburg, Heinrich, unterstützt Forderungen wie die nach ständiger starker Polizeipräsenz, ausländerrechtliche Belangung, Durchführung der Zollkontrollen über die Ausfuhr an den DDR-Grenzen, da-

mit als ausgeführt bescheinigte Ware nicht nach Westberlin zurückgebracht werden kann. Die Interessengemeinschaft fordert die Einführung einer Visumpflicht für Polen. Eine Veranstaltung, die Heinrich gemeinsam mit ihr unter dem Motto: „Verkommen unsere Einkaufsstraßen?“ durchführte, war von blankem Ausländerhaß geprägt. Inzwischen werden unter Diebstahlverdacht stehende Polen und Tschechen in Schnellgerichtsverfahren abgeurteilt. Finanzsenator Meisner hat Bundesfinanzminister Waigel aufgefordert, keine Exportlizenzen mehr zu genehmigen. Das wird die Schlangen höchstens länger machen. Besonnener Anlieger fordern ausreichende sanitäre Versorgung und Prüfung, ob die Exportlizenzen auf die grüne Wiese verlagert werden können.

In Polen ist der Reallohn um 40% gesunken, u.a. weil die Lebensmittelpreise im letzten Jahr um 1700% gestiegen sind. Infolge der kapitalistischen Wirtschaftsreformen liegt der Durchschnittslohn bei etwas über 100 DM monatlich. Einen Radiokassettenrecorder für 70 DM kann man für ca. 115 DM in Polen absetzen. — (chk)

Dr. Gauweiler Bezirksvorsitzender

Die CSU setzt auf schwarz-braune Gemeinsamkeiten

München. Der neue Vorsitzende des CSU-Bezirksverbandes München heißt Dr. Peter Gauweiler. Der Staatssekretär im bayerischen Innenministerium wurde mit 108 von insgesamt 121 abgegebenen gültigen Stimmen zum Nachfolger des zurückgetretenen Vorsitzenden Erich Kiesel gewählt. Gauweiler war bisher schon stellvertretender Vorsitzender des Bezirksverbandes. In einem Beitrag des „Bayernkurier“, der wesentliche Teile seiner Antrittsrede beim Bezirksparteitag enthält, behandelte Gauweiler „Grundsätzliches zur Zukunft der Stadt“. Für den CSU-Politiker bedeutet dieses Thema in erster Linie die Fragestellung nach der Zukunft der Metropole München, die durch große Umwälzungen in der Welt mit neuen Anforderungen für eine imperialistische Politik konfrontiert ist: „Diese Wandlungen mitten in Deutschland bedeuten für München eine neue Orientierungsstufe. In Deutschland entsteht ein neues urbanes Koordinatensystem, gesellschaftlich und geographisch. München sollte sich dafür allmählich bereitmachen. . .“.

Und wie soll dies geschehen? Gauweiler beklagt, daß diese Entwicklung „im sich ändernden Zentraleuropa“ zwar neugierig und wohlwollend beim Bürgertum betrachtet werde, aber irgendwie unbeteiligt, als beträfe sie die

Stadt nicht wesentlich. Ein besonders lieb gewordenes Bild verflüchtigt sich, weil es nicht mehr stimmt, das Bild der heimlichen Hauptstadt. Die neue deutsche Metropole heiße Berlin — die alte und neue Hauptstadt. Eine neue „zentraleuropäische Entwicklungsstufe“ würde für diese Stadt eingeläutet. Irgendwie entsteht der Eindruck, daß der Staatssekretär und CSU-Bezirksvorsitzende Gauweiler sich mit seiner Politik in München und Bayern die Spuren verdienen möchte, um im reichsdeutschen „Koordinatensystem“ als Ordnungspolitiker wirken zu können. Aus der jüngeren Vergangenheit sind dem Leser sicher einige politische Taten des Dr. Peter Gauweiler bekannt. Gleich nach seiner Wahl zum Bezirksvorsitzenden der früheren „heimlichen Hauptstadt“ gab er eine Kostprobe. Zum geforderten Kauf der Neuen-Heimat-Wohnungen in München durch den Freistaat polemisierte Gauweiler: „Jetzt helfe nur noch eine Einheitsfront aus Bayern gegen die roten Banditen in Frankfurt.“ Um die Verhandlungen im Münchner Stadtrat zwischen SPD und Grünen zu stören, hetzt die CSU gegen Jutta Dittfurth, die im Münchner Norden sich um ein Bundestagsmandat bewirbt. Sie vertrete alle „politischen Widerlichkeiten dieser Richtung bis zur Gewaltanwendung“. — (dii)

Dauerstreß macht krank

Argumente zur Unterstützung des Tarifikampfes der IG Metall

Auf der Funktionärskonferenz der IG Metall Elmshorn am 24.3. hatte eine Ärztin zum Thema „Streß“ gesprochen und Argumente zur Unterstützung des Tarifikampfes der IG Metall vorgetragen. Dieses Referat dokumentierte der Informationsdienst Gesundheitspolitik, Nr. 8/90. Da die IGM mit ihrem „Freizeitargument“ alleine den Kampf nicht entscheiden wird, sind die folgenden Argumente aus dem Referat aktuell:

„... In den Metallbetrieben herrscht Streß, wie überall. Die Arbeit ist so verdichtet, daß selten fünf Minuten mal verdröckelt werden können. Die Arbeitsorganisation ist perfekt ...

Wodurch entsteht Streß? Streß entsteht durch ständige hohe Anforderungen, Zeit- und Termindruck, Arbeitstempo, defekte Arbeitsmittel, fehlende Erholung und Entspannung, Konkurrenz, Angst vor Entlassung, fehlende Anerkennung, auch durch zu niedrige Entlohnung, schlechte Kooperation, Konflikte mit Vorgesetzten, Lärm, Hitze, Kälte, Gefahrensituationen, schlechte Luft, Isolation (wenn man den ganzen Tag kaum ein Wort wechseln kann), Monotonie, Informationsüberflutung, einseitige Körperhaltung, schwere körperliche Arbeit usw. ...

Wer nie zur Ruhe kommt, wird gereizt, mürrisch, unsicher, ängstlich und depressiv. Vor allem, wenn keine reale

Chance zur Verteidigung gesehen wird — wenn der gewerkschaftliche Zusammenschluß schwierig ist —, treten solche psychischen Störungen auf.

Das Defizit an Kräften nimmt zu. Weder über die Nacht, noch über das Wochenende, noch durch den Urlaub wird eine Erholung, eine Regeneration erreicht ...

Gerade die Erhöhung der Blutfette wird oft als Beweis für ungesunde Lebensführung genommen, für zu fettes Essen, Rauchen, Saufen und Bewegungsmangel. Dabei wird eine Erhöhung der Blutfette durch Streß ausgelöst. Jahrelanger Dauerstreß führt — in Kombination mit dem bei Streß auch erhöhten Blutdruck — zu Fettablagerungen in den Blutgefäßen, welche verkalken. Das ist dann die sog. Arteriosklerose, die zu Herzinfarkt und Schlaganfall führen kann ... Ausländische Arbeiter, die die schwerste Arbeit verrichten müssen, erleiden schon zehn Jahre früher als westdeutsche Arbeiter Herzinfarkte.

Der Kampf gegen Arbeitshetze, gegen Überstunden, für die Verkürzung der Arbeitszeit, gegen Schicht- und Nachtarbeit, für die Erhaltung des freien Wochenendes ist also lebensnotwendig. Es ist ein wichtiger Schritt im Kampf gegen die krankmachenden Arbeits- und Lebensbedingungen.“ — (sul)

Kein Forderungsverzicht wegen Deutschlandpolitik

Aus einer Stellungnahme der IG-Metall-Ortsverwaltung Esslingen

Stuttgart. Die IG Metall meidet über weite Strecken Kritik am Ziel eines neuen Großdeutschland, kritisiert aber in unterschiedlichen Schattierungen die Form des Vorgangs, die kaum verhüllte Annexion nach Artikel 23 Grund-

gesetz, und die Unterwerfung sozialer Interessen hier und in der DDR unter die Expansion des BRD-Kapitals. Im folgenden zitieren wir aus einer Entschließung der IGM-Ortsverwaltung Esslingen vom 16.3.1990. — (rok)

„Die Vorgänge im ‚Ostblock‘, vor allem in der DDR, veranlassen das Unternehmertum, dies als seinen Sieg zu deklarieren, als Sieg der ‚Sozialen Marktwirtschaft‘. Viele Politiker, vor allem die Bundesregierung, stoßen in das gleiche Horn. Es sind oftmals dieselben, die gegen soziale Forderungen hier antreten. Was macht eigentlich die Marktwirtschaft in der Bundesrepublik sozial, und wie sozial ist sie in Wirklichkeit? Verbesserungen bei der Sozialversicherung, beim Betriebsverfassungsgesetz, beim Urlaub, bei Arbeitszeit, Einkommen, Kündigungsschutz, Mutterschutz mußten oft nach harten Auseinandersetzungen von den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften durchgesetzt werden — gerade gegen diejenigen, die sich als Besserwisser gegenüber den für Freiheit demonstrierenden Menschen in der DDR aufspielen. In der aktuellen Tarifaufeinandersetzung begründen die Unternehmensverbände ihr Verhalten am Verhandlungstisch ebenfalls mit den Veränderungen in der DDR bzw. mit ‚ihrer nationalen Verantwortung‘ ... Die IG Metall, Ortsverwaltung Esslingen, stellt dazu folgendes fest:

1. Der Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit ist Grundlage unserer Gewerkschaftsarbeit.
2. Der Verteilungskampf zwischen Kapital und den abhängig Beschäftigten um Steuern, Abgaben, Tarifverträge muß offensiv weitergeführt werden. Ein Lohnverzicht oder ein Verzicht auf Arbeitszeitverkürzung bzw. auf das freie Wochenende nützt nicht den Menschen in der DDR, sondern nur den Arbeitgebern hier.
3. Der Wirtschaftsaufbau in der DDR darf nicht auf dem Rücken der Arbeiter, Angestellten und Rentner geschehen.
4. Auch in der BRD müssen eine große Zahl von Problemen gelöst werden wie Massenarbeitslosigkeit, Massenarmut, Wohnungsnot, fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten usw.
5. Geld ist genügend vorhanden, z.B. — Senkung des Rüstungshaushaltes um 20% bringt jährlich ca. 15 Mrd. DM. — Weg mit dem Rüstungsprojekt ‚Jäger 90‘ ...
6. Die Vereinigung mit der DDR ist also ohne Sozialabbau in der Bundesrepublik zu finanzieren.

7. Wir sehen bei der anstehenden Zusammenführung beider deutscher Staaten, die durch die von uns begrüßte Volksbewegung in der DDR und durch die Politik Gorbatschows ermöglicht wurde, den im Grundgesetz vorgesehenen Zeitpunkt gekommen, in einer Volksabstimmung nach Artikel 146 Grundgesetz uns eine gemeinsame Verfassung zu geben. In dieser Verfassung die das Grundgesetz ablösen soll, müssen wichtige soziale Aspekte aufgenommen werden, die die Väter des Grundgesetzes bewußt für eine gemeinsame Verfassung ausgespart haben. Solche erstrebenswerten sozialen Elemente in einer zukünftigen Verfassung sind:

- Recht auf Arbeit
- Recht auf eine gesunde Umwelt
- Recht auf Wohnung
- Recht auf Kinderbetreuung
- Verankerung der Mitbestimmungsrechte
- Verbot der Aussperrung
- Uneingeschränktes Streikrecht
- Volksbegehren müssen möglich sein
- Wegfall der Notstandsgesetze.“

Metall: Der Unmut in den Betrieben wächst

Essen. Die achte Tarifverhandlung für die Metallindustrie NRW am 5.4. in Gelsenkirchen kam erst gar nicht zustande: Die Kapitalisten fühlten sich durch 500 demonstrierende Gewerkschafter unter Druck gesetzt. Die neunte Verhandlung am 18.4. wurde von betrieblichen Aktionen und Warnstreiks begleitet. Mehrere Belegschaften machten von ihrem Informationsrecht beim Betriebsrat Gebrauch, in Dortmund demonstrierten 350 Beschäftigte zum Kapitalistenverband. Bei Babcock in Oberhausen nahmen 800 Beschäftigte nach der Mittagspause die Arbeit nicht wieder auf, bei Ford in Köln legten 7000 Bandarbeiter für eine Stunde die Arbeit nieder, einen weiteren Warnstreik gab es bei Felten & Guillaume. Die Kapitalisten haben dennoch ihren „Horror-katalog“ bekräftigt. — (wof)

IGM-Kundgebung in Esslingen gegen Gesamtmetall-Pläne

Esslingen. Mehrere hundert Teilnehmer kamen am 19.4.1990, dem Tag der zwölften und letzten Tarifverhandlung in Nordwürttemberg-Nordbaden im Zeitraum der Friedenspflicht, zu einer Kundgebung der IG Metall. Überdurchschnittlich dabei die Zahl der teilnehmenden Beschäftigten nichtdeutscher Nationalität. Türkische Arbeiter von Nokia (früher SEL), einem Dreischichtbetrieb, stellten ein Transparent: Keine Minute weniger bezahlte Pause im Dreischichtbetrieb! vor dem Mikrofon auf. Auch in den Kundgebungsreden und in einer Entschließung der Teilnehmer der Kundgebung spielte die Ablehnung der Gesamtmetall-Gegenforderungen eine zentrale Rolle. — (rok)

Bayerns Finanzminister Tandler gegen die München-Zulage

München. Kurz vor den bayerischen Kommunalwahlen wurde zwischen der örtlichen ÖTV und dem Münchner Stadtrat/Stadtverwaltung die sogenannte „München-Zulage“ vereinbart. ÖTV-Geschäftsführer Helmut Schmid (SPD-Stadtrat) erklärte, daß es keine juristischen Probleme gäbe, weil dies kein Tarifabschluß sei, sondern eine örtliche Vereinbarung. Inzwischen stellt sich heraus, daß größere Widerstände dieser „München-Zulage“ für untere und mittlere städtische Beschäftigte entgegenstehen und sie nicht zum 1. März 1990 ausbezahlt werden kann. In einem Gespräch zwischen der ÖTV-Vorsitzenden Wulf-Mathies und OB Kronawitter (SPD) wurde offensichtlich das örtliche Verhandlungsergebnis des Geschäftsführers Schmid relativiert. Der Hauptvorstand der ÖTV wolle eine bundeseinheitliche, tarifvertragliche und besoldungsrechtliche Regelung. Scheinbar will Bayerns Finanzminister Tandler das Gleiche. Er lehnt diesen Alleingang für München ab: „Wir können beispielsweise nicht hinnehmen, daß sich in den staatlichen Krankenhäusern die Pflegesituation zuspitzt, weil die Pflegekräfte zu den städtischen Krankenhäusern wechseln“. Dieses scheinheilige Argument des Finanzministers ist typisch. Er sieht Forderungen auf den Haushalt des Freistaates zukommen und blockt als Dienstaufsicht gegenüber der Stadt München solche Bestrebungen der Beschäftigten gleich ab. Im Unterschied hierzu will die ÖTV schon eine bundesweite Regelung. Warum aber werden örtliche Initiativen abgeblockt und die ÖTV-Vorsitzende nach München eingeflogen? — (rul)

Solidaritätsaktion zur IG-Metall-Tarifrunde

Pinneberg. Mitglieder des Solidaritätskomitees zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche demonstrierten mit Vertretern der Friedensinitiative, der GAL Pinneberg und der SPD in der Fußgängerzone für die Einführung der 35-Stunden-Woche, für das freie Wochenende und gegen Aussperrung. In Ärztekitteln wurde über 100 Pinnebergern der Blutdruck gemessen und ein Rezept überreicht, das ihnen als Therapie gegen „allgemeine Erschöpfung“ und „Streßfolgen durch die Arbeitsbedingungen“, die „Verweigerung aller Überstunden“ und die Solidarität mit der Forderung nach der 35-Stunden-Woche empfahl. In einem Flugblatt wurden neben der Einführung der 35-Stunden-Woche auch menschlichere Arbeitsplätze gefordert. Streß, Lärm, Gift und andere Gefahren „müssen aus den Betrieben verschwinden“. — (sip)

ÖTV-Konzept für die Stadtbibliotheken

Hannover. Eine ÖTV-Arbeitsgruppe hat dem Bibliotheksplan der Stadtverwaltung (kurzfristige Investitionen von zehn Millionen Mark, Schließung von „nicht mehr lohnenden“ Zweigstellen, langfristige Einsparungen etc.) ein Gegenkonzept vorgelegt:

- Einheitliche Öffnungszeiten der Stadtbüchereien von 11 bis 19 Uhr und Ausleihszeiten auch samstags
- Erweiterung der Zentrale um 5000 statt nur um 3000 Quadratmeter; Ablehnung der vorgesehenen Schließungen, neue Zweigstellen für Vahrenheide/Sahlkamp und Stöcken
- Kräftige Erhöhung des Anschaffungsetats
- Ausreichende Ausstattung mit Arbeitsmöglichkeiten und Personal
- Ausweitung der sozialen Bibliotheksarbeit: Zusammenarbeit mit Schulen, zusätzliche Angebote für besondere Benutzergruppen wie Kinder, Ältere, Ausländer u.a.; verstärkte persönliche Beratung. — (ibm)

Kölner Kapitalisten in gemeinsamer Aktion nach Halle

Köln. Am auffälligsten ist die Herausgabe einer „mitteleutschen“ Ausgabe der Kölner Boulevard-Zeitung „Express“ in Halle. Der Verlag Dumont-Schauberg hat sich beim Mitteldeutschen Verlag eingekauft. Die Herausgabe der Zeitung gehört zu einer gemeinsamen Expansion Kölner Konzerne in die DDR, speziell nach Halle. Die IHK Köln berichtet über Bestrebungen des Zuckerkonzerns Pfeifer & Langen; die RWE, der große Teile von Rheinbraun gehören, kooperiert bereits mit einem mitteleutschen Energiekombinat. Bayer und andere Kölner Chemie-Konzerne sinnieren bereits, wie das zu erwartende „Kali-Monopol“ der DDR-Kombinate zu brechen sei. — (uld)

Betriebsratswahl bei BMW

Unzufriedenheit mit BR-Arbeit unter Fertigungsarbeitern

München. Wie bereits gemeldet wurde, hat bei den Betriebsratswahlen BMW-München bei sehr hoher Wahlbeteiligung (76 %) die offizielle IG-Metall-Liste 90,8 % der Stimmen bekommen. Eine zweite Liste „Alternative“ aus dem IG-Metall-Bereich, gebildet überwiegend von Arbeitern aus dem Fertigungsbereich, erhielt 9,2 %, wobei etwa ein Fünftel aller Fertigungsarbeiter diese Liste wählte.

Die offizielle IG-Metall-Liste war zwar ausgewogen nach Berücksichtigung von allen Teilen der Belegschaft, nach Nationalitäten sowie nach Frau und Mann. Um dieses mühsam erreichte Gleichgewicht zu sichern, wurde versucht, die Bildung einer weiteren Liste aus dem IG-Metall-Bereich zu unterdrücken. Dennoch war die Vertretung aller Interessen gegen das BMW-Kapital nicht ausgewogen. In München sinkt bei BMW der Arbeiteranteil, die Zahl der Angestellten steigt und beträgt schon fast die Hälfte. Der Versuch des Betriebsrates, auch diesen Belegschaftsteil mit einzubeziehen, hat zu einer Vernachlässigung von Arbeiterinteressen geführt, wie an der vorgelegten „Leistungsbilanz“ (1) deutlich wird.

Von den zwölf aufgezählten Aktivitäten beziehen sich vier auf die Steuerpolitik der Bundesregierung. Ein steuerfreier Zinszuschuß bei Erwerb von Wohnungseigentum, von BMW gezahlt anstelle von zu versteuerndem Einkommen, und die Möglichkeit einer steuerbegünstigten Lebensversicherung zur persönlichen Altersversicherung können fast nur von besser bezahlten Beschäftigten genutzt werden — ganz im Sinne der Steuerpolitik der Bundesregierung. Bei der Abfederung der Besteuerung der Jahreswagenrabatte und bei der Verhinderung der Besteuerung der Fahrtkostenzuschläge hat die BMW AG ein wenig zuzahlen müssen.

Die vereinbarte „abgesicherte Wiedereinstellung nach einer mehrjährigen Familienpause“ wird ebenfalls im Arbeiterbereich kaum wahrgenommen werden können. Sie paßt zudem harmonisch in die CDU/CSU-Gesellschaftspolitik, die die Versorgung der Familie zur privaten Frauensache erklärt, um so die Kosten für nötige staatliche Einrichtungen einzusparen. Zwei Betriebsvereinbarungen gelten nur für AT-Angestellte: Für sie gibt es jetzt vier Verfügungstage im Jahr, für mittlere Führungskräfte wurde eine Änderung der Entgeltberechnung vereinbart, die die Abhängigkeit der Höhe des Gehalts von der Umsatzrendite mildert.

Die Vereinbarungen zur Vorruhestandsregelung und zum Weihnachtsgeld bedeuten eine leichte Verschlechterung von Regelungen, die bisher schon in Kraft waren. Zwei Betriebsvereinbarungen betreffen überwiegend

Fertigungsarbeiter. Durch die Betriebsvereinbarung zu den „BMW-Standarddaten“ (MTM bei BMW) wird immerhin die bezahlte Erholzeit auf 30 Minuten erhöht und verhindert, daß sich Vorgabezeiten allein durch eine neue Art der Berechnung verschlechtern. Leistungsverdichtung wird damit aber nicht verhindert, sondern nur aufgeschoben, bis neue Tätigkeiten anfallen, wie z.B. beim bevorstehenden Anlauf der neuen BMW-3er-Serie. Intern rechnet BMW mit einer Leistungssteigerung von 15 % (2). Bei der Verlagerung der Gießerei von München nach Landshut wurde vereinbart, daß fünf Jahre die Löhne dadurch nicht sinken dürfen.

Die zweite Liste will vor allem die Interessen der Fertigungsarbeiter vertreten: „Insbesondere wollen wir durch unsere Kandidatur eine bessere Vertretung von Akkordarbeitern und ausländischen Kollegen und Kolleginnen erreichen. Viele Kolleginnen und Kollegen machen sich große Sorgen um die Zukunft ihrer Arbeitsplätze im Münchner Werk. Hunderte Arbeitsplätze sind schon von München wegverlagert oder wegrationalisiert worden. Ein beträchtlicher Teil der Beschäftigten ist mit Arbeitsbedingungen, Betriebsklima und der Arbeit der Mehrheit des bisherigen Betriebsrats sehr unzufrieden. Der Leistungsdruck durch Arbeitsverdichtung wächst. Es werden viele, zu viele Überstunden gemacht. Es wird Druck auf Kranke ausgeübt. Die Freiheit der Meinungsäußerung ist eingeeengt. Wer aufmuckt, wird benachteiligt. Jassager („Radfahrer“) steigen auf. Daran muß sich etwas ändern.“ (3)

Im Wahlkampf, den sich die Listen lieferten, spielten die Interessen der Beschäftigten keine Rolle mehr. Die offizielle IG-Metall-Liste verteilte ein regelrechtes Hetzblatt gegen die zweite Liste. Wie die Betriebsratsarbeit in den nächsten vier Jahren aussehen soll, war ihren Publikationen nicht zu entnehmen. Von der Liste „Alternative“ wurden leider die bereits zitierten Aussagen nicht weiterentwickelt zu Vorstellungen, was durchgesetzt werden müßte, um die Lage der Beschäftigten zu bessern. Ob eine zweite Liste überhaupt gerechtfertigt ist und, wenn ja, was ihr Beitrag bei der Durchsetzung von Interessen der Beschäftigten gegen das BMW-Kapital sein soll, war schwer zu beurteilen. Die im Wahlprogramm enthaltenen Begründungsversuche für die Kandidatur waren mehr wortradikal als überzeugend.

Quellenhinweis: (1) Der Betriebsrat informiert. Standort München. Nr. 3/90 (2) Betriebs-Zeitung von Kollegen für Kollegen bei BMW (Werk West-Berlin). 13.10.1988 (3) Programm der Liste: ALTERNATIVE. Hervorhebungen im Original — (mu)



Hamburg. Fristgemäß zum 1.4.1990 erhielten die Hafenarbeiter eine Lohnerhöhung von 5,7% sowie eine Erhöhung des Urlaubsgeldes um 140 DM auf 840 DM. Laufzeit des Tarifs ist 12 Monate. Die ursprüngliche Forderung war 8,5%. Gleichzeitig wurde der Tarifvertrag über die Arbeitszeit um 1 Jahr verlängert. Eine weitere Arbeitszeitverkürzung kann also frühestens Ende 1991 verhandelt werden. — (obi)



Mannheim. An den diesjährigen Ostermärschen sollen sich nach Angaben der Veranstalter insgesamt 90000 Leute in der BRD und Westberlin beteiligen haben. In 300 Städten fanden Veranstaltungen und Aktionen statt. Auf der Bonner Hardthöhe wurde das Denkmal für Deserteure enthüllt. Die Theologin D. Sölle kritisierte die Politik der Bundesregierung bei der Einverleibung der DDR. — (jöd)

Aus Ländern und Gemeinden

Eltern-Proteste gegen Lehrermangel

Hannover. Es gärt in Niedersachsen: empörte Eltern machen weiterhin Aktionen gegen den herrschenden Lehrermangel. In Oldenburg demonstrierten 500, 1000 in Bad Zwischenahn, auch aus Langenhagen, Hameln und Bad Münder wurden Demonstrationen gemeldet. An den Grundschulen, vor allem aber an Berufs- und Sonderschulen herrschen katastrophale Zustände, bis zu 30% des Unterrichts fallen aus. Als Ursachen werden die gestiegenen Schülerzahlen genannt (durch Aus- und Übersiedler rund 10000 zusätzliche Schüler) und Abbau der Lehrerstellen durch die Landesregierung (1000 Stellen weniger in 1987/88, 300 Stellen in 1989 und dieses Jahr schon 150 Stellen weniger). Kultusminister Horrmann versucht, die schlimmsten Lächer durch Feuerwehrlöcher, die nur noch befristete Verträge bis Juli und reduzierte Stundenzahlen haben, zu stopfen. Die Personalräte stimmen neuen Feuerwehrlöcher nicht mehr zu! Im Zuge des Landtagswahlkampfes haben sich SPD und FDP für Neueinstellungen von 1000, bzw. 600 neuen Lehrern ausgesprochen. — (ibm)

WAA-Widerstand: Bilanz der Verfolgung im Freistaat

München. Die WAA-Gegnerinnen und -Gegner müssen auch künftig mit un-nachgiebiger Verfolgung durch den Freistaat rechnen. So sind noch 50 Verfahren bei den Gerichten anhängig und die Bayerische Staatsregierung zeigt keinerlei Neigung diesem traurigen Kapitel der WAA-Geschichte etwa durch eine Generalamnestie ein Ende zu setzen. Eine erste vorläufige Bilanz der rechtlichen Verfolgung von WAA-Gegnerinnen und -Gegnern durch die bayerischen Justizbehörden läßt sich an der Antwort der Staatsregierung auf eine Anfrage des Landtagsabgeordneten der Grünen, Hans-Günther Schramm, ablesen. Demnach mußte der Löwenanteil der 3 326 Ermittlungsverfahren — 2 173 — eingestellt werden. — (dil)

Grüne fordern Auflösung des Verfassungsschutzes

Hannover. Unkontrollierbare Repressionsinstrumente bzw. -banden des Staatsapparates gehören aufgelöst. Aus der Entschließung der Fraktion der Grünen im niedersächsischen Landtag vom 15. März (Landtags-Drucksache II 5058): „Die niedersächsische Verfassungsschutzbehörde wird aufgelöst. Die Verpflichtung, mit dem Bund und anderen Ländern in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zusammenzuarbeiten, wird ohne den Einsatz eines geheimen Nachrichtendienstes erfüllt. Datenbestände werden vollständig aufgelöst. ... Nach Ablauf der Sperrfristen sind die Akten öffentlich zugänglich zu machen.“ Aus der Begründung: „In der Bundesrepublik wird weiter (im Gegensatz zur DDR, d. Red.) abgehört und gespeichert, obwohl doch die Geschichte zeigt, daß administrativer Verfassungsschutz der Demokratie nichts nützt, ihr aber viel schadet. ... Demokratische Politik erfordert den offenen Diskurs über alle denkbaren politischen Alternativen. ... Der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel ist mit dem Gebot der offenen politischen Auseinandersetzung unvereinbar.“ — (mal)

Verfassungsschutz: Überwachung der AL

Westberlin. Die Regierungspartei Alternative Liste ist seit ihrer Gründung 1978 von insgesamt 65 V-Leuten des Verfassungsschutzes überwacht worden. Innensenator Pätzold korrigierte damit vor dem Abgeordnetenhaus seine frühere Angabe von 12 Spitzeln. Eine Kontrollarbeitsgruppe hatte diese falsche Angabe in einem Bericht veröffentlicht. Pätzold sieht sich von Verfassungsschutz und seinen Kontrolleuren getäuscht und kündigt personelle Konsequenzen an. Der Senator verteidigt den Geheimdienst, dessen Aufgaben durch die „Öffnung“ der Stadt zunehmend würden. Mit dem (geheimtadelnden) Abgeordnetenausschuß sei demokratische Kontrolle möglich. Die AL forderte erneut die Auflösung des Verfassungsschutzes. — (ard)

Staatstheater: Protest gegen Privatisierung

Stuttgart. Etwa 250 Beschäftigte am Württembergischen Staatstheater nahmen am 9. April an einer von ÖTV und Personalvertretung organisierten Kundgebung gegen die geplante Privatisierung teil. Ein von Stadt, Land und dem Intendanten in Auftrag gegebenes Gutachten fordert die Privatisierung von Dienstleistungen und eine Halbierung der Beschäftigtenzahl auf 500. „Wir lassen nicht zu, daß zwischen Kunst und Technik ... ein Keil getrieben wird“, heißt es in einer Erklärung des Personalrats. OB Rommel erklärte bei einer Pressekonferenz, es werde keine Entlassungen geben. — (evc)

Gegen Giftmüllverbrennung Demonstrationen im Ruhrgebiet

Essen. Am 28.4.1990 findet in mehreren Ruhrgebietsstädten ein Aktionstag mit Demonstrationen, Kundgebungen, u.ä. statt. Damit wenden sich 60 NRW-Bürgerinitiativen gegen den geplanten Bau von 14 neuen Giftmüllverbrennungsanlagen und gegen die geplanten Kapazitätserweiterungen von schon bestehenden Anlagen im Ruhrgebiet. Befürchtet werden gesundheitliche Schäden, da durch solche Anlagen Dioxin in die Luft gelangt. Im Zusammenhang mit der Umweltverschmutzung gibt es heute schon eine starke Zunahme von Atemwegserkrankungen, wie Asthma und Pseudo-Krupp und Allergien. In Gelsenkirchen liegt die Zahl der an Lungenkrebs erkrankten Männer um 46% über dem Bundesdurchschnitt. Folgende Textzitate stammen aus der Müll-Zeitung, einem Projekt von 20 Ruhrgebietsinitiativen:

„... Die westdeutschen Anlagenbauer wollen auf dem Weltmarkt die Nummer eins werden. Wenn es ihnen gelänge diese Vorzeiganlagen gleich reihenweise in eine der dichtest besiedelten Regionen der Erde zu bauen, dann hoffen sie, die Giftöfen auch an jeden anderen Platz der Welt verkaufen zu können. ... Müllverbrennungsanlagen sind keine Umwelttechnologie, sondern neue Quellen für Maximalprofit. Das Interesse an diesem Geschäft wird sogar dafür sorgen, daß die Müllberge weiter wachsen werden. So steigt die Veba in den Bau und Betrieb von Müllverbrennungsanlagen ein und hat gleichzeitig mit der Feldmühle einen der größten Verpackungsmittelhersteller aufgekauft.“ — (tja)

Spende statt Gewerbesteuer

Daimler-Benz bezahlt und bestimmt Projekte

Mannheim. Mitte Februar meldete der „Mannheimer Morgen“: „Modell Mannheim“ gestartet. Daimler-Benz unterstützt Stadt mit 4,5 Millionen“ (Mannheimer Morgen, 20.2.1990).

„Ein einmaliges Projekt in der deutschen Wirtschaftsgeschichte“, nennt der ehemalige baden-württembergische Regierungssprecher und jetzige Daimler-Benz-PR-Chef Kleinert die Aktion. Sie soll für Mannheim eine „Katalysatorrolle“ übernehmen, ein „Förderkonzept gegen Strukturprobleme“ darstellen und zum „Auslösen einer Sogwirkung auf europäischer Ebene“ führen (RNZ, 20.2.1990). „Der Betrag ist nicht entscheidend, sondern die Philosophie, die dahintersteckt.“ (MM)

Man sollte den Konzernsprecher und die ganze Aktion sehr ernst nehmen. Die dahintersteckende Philosophie umreißt er so: „Dieses Engagement entspreche der gesellschaftspolitischen Verantwortung des Konzerns und entspringe derselben Philosophie, mit der man sich der gegenwärtigen Entwicklung in der DDR stelle und weshalb sich der Automobilkonzern für den Grundstückskauf auf dem Potsdamer Platz entschlossen habe.“ (RNZ)

Mit Theater fing das Konzernengagement an: Im Juli letzten Jahres gab Siemens bekannt, man wolle dem finanziell am Boden liegenden städtischen Nationaltheater ein Bühnenbild finanzieren. Im Mai schon hatte der Daimler-Benz-Vorstandsvorsitzende Reuter in einem Interview mit dem „Mannheimer Morgen“ angekündigt, der Konzern werde im Rahmen seines Kultur-Sponsoring auch in Mannheim etwas heraus-springen lassen.

Das nun vorgestellte Projekt geht in entscheidenden Punkten über das herkömmliche Sponsoring von Kultur- und

Sportereignissen hinaus. Es soll folgende Punkte umfassen:

1. Übernahme einer Ausfallbürgschaft von einer Million DM für drei Ausstellungen in der Kunsthalle 1990.

2. 500000 DM sollen für den Start des „Instituts für internationale Wirtschaftsbeziehungen und internationales Management“ dienen, einer Gemeinschafts-GmbH von Universität Mannheim und Land Baden-Württemberg.

3. Weiterhin ist die Rede von „Unterstützung im Kulturbereich ... auf basis- und stadtteilorientierter Arbeit“, zunächst der „Freien Akademie der Künste“.

4. Sportförderung: 300000 DM für den Olympiastützpunkt, für zwei größere Veranstaltungen und für die Jugendarbeit von MERC, SV Waldhof und Grün-Weiß.

5. Jugendsozialarbeit: Programm für 50 langzeitarbeitslose Jugendliche. Außerdem soll ein „Computermobil“ (die Computer von Siemens, das Mobil von Benz) „demotivierte Jugendliche über das Medium Computer ansprechen“.

Der Konzern schaltet sich damit in viele Bereiche ein, die eigentlich Sache der Stadt wären, die aber „von Mannheim aufgrund seiner prekären finanziellen Lage — auch im sozialen Bereich — nicht erfüllt werden können.“ (MM) Die RNZ weiß am 20.2. zu berichten, daß das Spendenpaket „vor ziemlich genau einem Jahr in einem Mannheimer Hotel“ andiskutiert worden sei. Es war also ziemlich genau die Zeit, in der sich der Mannheimer Gemeinderat mit dem „Haushalt der Grausamkeiten“ für 1989 befaßte, dessen wesentliche Basiszahl ein Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen 1988 um 113 Mio DM gegenüber dem Plan war. We-

sentlichen Anteil hieran hatte der Daimler-Benz-Konzern. Insofern ist die „Spende“ nur eine minimale Ersatzzahlung für den riesigen Gewerbesteuer-ausfall, den der Konzern der Stadt bereitet hat und immer noch bereitet.

Statt Steuern „Spenden“ lautet die Devise. Über die Steuerhöhe entscheidet — eingezwängt in den Rahmen der Gewerbesteuergesetzgebung, unter dem Druck der Landesregierung und der Kapitalisten — der Gemeinderat; und er entscheidet auch über die Verwendung der Einnahmen. Über die „Spende“ entscheidet ausschließlich der Konzern.

Wenn Kleinert die ganze Aktion als „Pilotprojekt“ bezeichnet, wenn z.B. das Jugendprojekt nach drei Jahren von einem „Firmenkonsortium“ übernommen werden soll, dann ist deutlich genug, daß es um Grundsätzliches und auf Dauer Angelegtes geht: um politisch nicht kontrollierbare Finanzierungsverhältnisse, letztlich um die Durchsetzung des Direktionsrechtes in der Stadt. Daimler-Benz, Siemens und sonstige Monopole werden mit ihren „Geschenken“ ihre Interessen bestens durchzusetzen wissen. Schon die jetzige „Unterstützung“ paßt: Ausbau des Stadtimages als Standortfaktor und „Bewältigung“ des Strukturwandels durch Entsorgungsprojekte für die Opfer des Strukturwandels.

OB Widder (SPD) beliebt sich in die Gewerbesteuerreformdiskussion einzuschalten mit der Feststellung: Der Gewerbesteuererbruch zwingt zur Abkehr von der Großbetriebssteuer, zur Verteilung der Gewerbesteuer auf mehr Schultern (MM-Interview, 19.1.1989). Das Gegenteil ist der Fall. Sonst machen die Monopole noch weitere „philosophische Geschenke“. — (th)



600 Leute demonstrierten am 18. Februar 1989 gegen die bevorstehende Verabschiedung des „Haushaltes der Grausamkeiten“ unter der Parole: „Kassiert bei Benz, nicht bei uns!“ Um die gleiche Zeit kündigte Reuter in einem Hotel dem OB Widder eine milde Spende an ...

Ausstieg aus der Kernenergie!

Grüne fordern: Nicht Wiederaufbereitung, nicht Endlagerung!

Schleswig-Holstein. Seit dem Aus für Wackersdorf ist unter den Stromkapitalisten ein harter Streit ausgebrochen, ob, mit wem und wieviel Wiederaufbereitung oder ob technisch und politisch auf die Endlagerung umorientiert werden soll. Stand März 1990: Die Veba mit ihrer Tochter Preußen Elektra bleibt bei einer 49%igen Beteiligung an der im Bau befindlichen COGEMA UP3-Anlage in La Hague, obwohl deren Kosten bereits um ein Viertel auf 9 Mrd. DM nach oben korrigiert werden mußten. Bei einem kg-Preis von 1500 DM sollen in Form von festen Zeit- und Mengenverträgen zwischen 1999 und 2005 genau 2500 t abgebrannter Brennstäbe wiederaufbereitet und „endlagergerecht“ in die BRD zurückgeschickt werden. Die Stromkonzerne RWE und HEW schließen einen Vertrag mit British Nuclear Fuels Ltd. (BNFL) in Selafeld/England über 700 t bis zum Jahre 2005 für 1300 DM pro kg Brennstoff. Als Grund für das starre Festhalten an der Wiederaufbereitung gilt vordergründig (laut „Spiegel“, 4/90): „Das Atomgesetz aber schreibt eine für

Westdeutschland schadlose Verwertung der Kernbrennstoffe vor, andernfalls wird der Betrieb von Kernkraftwerken nicht genehmigt.“ Politischer Hauptgrund für das Festhalten an der Wiederaufbereitung ist aber für die imperialistische BRD weiterhin das Interesse am Zugriff auf waffenfähiges Plutonium in Großproduktion, den sie durch die Zusammenarbeit mit Frankreich gesichert glaubt.

Dem französischen Konkurrenten nicht so sehr trauend, plädieren Badenwerk-Chef Benz und die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke für eine andere Lösung: Kauf billigen Natururans und direkte Endlagerung, deren Preis von 550 DM pro kg auf 330 DM gesunken sei. Nach Ansicht von K.-D. Closs, dem Leiter der Projektgruppe Andere Entsorgungstechnik im Kernforschungszentrum Karlsruhe, wird deshalb die Erkundung des Salzstockes in Gorleben zum Zwecke der Endlagerung bis 1999 abgeschlossen sein.

Die Grünen haben sich seit Ende vergangenen Jahres heftig in diesen Streit unter den Kernenergiekonzernen und der

Bundesregierung eingemischt. Das Ergebnis: Auch sie — strikt gegen jegliche Wiederaufbereitung — begannen für die geringeren Kosten der Endlagerung zu schwärmen und darüber die Forderung nach dem Totalausstieg zu vergessen. Als ihr Atomexperte Daniels in Bonn mit dem Vorschlag, „direkt endzulagern oder die Atomkraftwerke stillzulegen“, herauskam, wurde er auf der Herbstkonferenz der Anti-AKW-Initiativen 1989 empört ausgepöf. Auf ihrer Bundesdelegiertenkonferenz in Hagen vom 30.3. bis 1.4.1990 haben die Grünen sich jetzt wieder besonnen: „... eine akzeptable Endlagerung gibt es nicht, die Entsorgung ist ungelöst, daher: Sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie ... Die Grünen fordern deshalb ... die sofortige Einstellung des Baus eines Endlagers Gorleben. Erst wenn die Erforschung und Erkundung eines Endlagers nicht mehr als Alibi für die Weiterproduktion von Atommüll dienen, werden die Grünen sich an einem Konzept der möglichst sicheren Lagerung von Atom-Müll beteiligen.“ — (edi)

„Wir bekämpfen die laufenden Versuche, den § 218 zu verschärfen“

Interview der Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik mit dem Bündnis Frauen begehren Selbstbestimmung — Aktion gegen § 218

Das Bündnis Frauen begehren Selbstbestimmung — Aktion gegen den § 218 ruft auf, am 16. Juni eine bundesweite Demonstration für die ersatzlose Streichung des § 218 StGB durchzuführen, auf die bereits in den *Politischen Berichten* hingewiesen wurde. Wir dokumentieren den Aufruf auf dieser Seite. Die Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik berichtet in ihrem Nachrichtenheft regelmäßig über Bestrebungen der Reaktion, den § 218 zu verschärfen sowie über Proteste dagegen und Kampfschritte für die Streichung des § 218. Die Arbeitsgemeinschaft führte für die *Politischen Berichte* ein Interview mit dem Bündnis durch. — (elf, uld)

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: Welche politischen Richtungen oder Organisationen sind in „Frauen begehren Selbstbestimmung“ vertreten?

Frauen begehren Selbstbestimmung: Viele: Seht euch z.B. die Reihe der InitiatorInnen und UnterstützerInnen der Aktion zum 16. Juni an! Das Bündnis besteht seit Herbst 1987 und hat seither mehrere Aktionen gegen den § 218 und das geplante Bundesberatungsgesetz durchgeführt — sollte es tatsächlich möglich sein, daß ihr bisher nichts davon wußtet? Unsere Forderung ist die ersatzlose Streichung des § 218 und, wie der Name schon sagt, das Selbstbestimmungsrecht der Frau. Im Bündnis haben seither sehr viele Gruppen und Initiativen (die §-218-Gruppen, autonome Frauengruppen) mitgearbeitet, ebenso Parteien bzw. deren Unterliederungen (z.B. ASF, DKP, Grüne, Jusos, KB, VSP), gewerkschaftliche und studentische Gruppen, auch Pro Familia, die Humanistische Union und einzelne Persönlichkeiten.

Welchen Weg betrachtet ihr als gangbar, um nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1975, das dem Parlament bestimmte Rahmenbedingungen vorgab — sogar die Fristenlösung wurde ja als verfassungswidrig erklärt —, den § 218 aus dem Strafgesetzbuch zu entfernen?

Ein gangbarer Weg? Für den 16. Juni haben wir uns die Straßen in Bonn ausgesucht. Wir wollen damit politischen Druck gerade auch in Hinblick auf die Bundestagswahl ausüben und die „Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 wieder auf den Tisch und in die Köpfe der PolitikerInnen bringen“. Eine Demonstration allein wird nicht reichen. Aber die Beispiele aus anderen Ländern (z.B. USA und Italien) ermutigen uns, den Protest wieder auf die Straße zu bringen.

Aber in eurer Frage klingt ja noch etwas anderes an. Um es deutlich zu sagen: Wir propagieren weder den „Weg der Verfassungsklage“ wie Alice Schwarzer noch den einer weitgefaßten Fristenlösung im Sozialgesetzbuch, wie es die ASF propagiert. Auch fordern wir nicht eine „gesamtdeutsche DDR-Fristenlösung“, die jetzt gerne als realistische Möglichkeit angepriesen wird. Wir fordern auch nicht „Rettet die Notlagenindikation“ — die ja nach eurer Auffassung die einzige „verfassungsgerichtstaugliche“ wäre. Wir lassen uns unsere Forderungen nicht vom Bundesverfassungsgericht diktieren oder verbieten. Das Abtreibungsverbot war und ist eine Frage des politischen Kräfteverhältnisses, und um das zu ändern, müssen noch viele Wege gangbar gemacht werden.

Worauf legt ihr in der jetzigen politischen Situation — Memminger und andere Prozesse, Normenkontrollklage Bayerns und anderer usw. — das Schwergewicht in der Mobilisierung für die Demonstration am 16. Juni in Bonn?

Wir bekämpfen die laufenden Versuche, den § 218 über Prozesse und Normenkontrollklagen zu verschärfen. Aber sollten wir deshalb „in der jetzigen politischen Situation“ etwa „Rettet den § 218“ fordern? Doch gerade nicht, sondern „Ersatzlose Streichung des § 218 StGB! Selbstbestimmungsrecht der Frau!“ So steht es auch auf allen unseren Plakaten.

Wie ihr dem Aufruf entnehmen könnt, stellen wir darüber hinaus auch konkrete politische Forderungen zur gesundheitlichen Versorgung. Gewicht legen wir auch auf den bevölkerungspolitischen und internationalen Aspekt, z.B. bei der Auswahl der KundgebungsrednerInnen. Wichtig ist uns auch die Entlarvung der reaktionären und frauenfeindlichen sog. „Lebensschützer“.

Es wurde uns von manchen vorgehalten, daß der Aufruf zu lang sei und zu viel an Inhalt bringe. Andere haben Forderungen nach besserer öffentlicher Kinderbetreuung verlangt. Die fehlen bewußt. Wir haben uns entschieden, eine Kampagne gegen das Abtreibungsverbot und keine Kampagne fürs Kinderkriegen zu machen.

Die „Lebensschützer“ treten zunehmend massiver und frecher auf. Sie nutzen für ihre inhaltliche Argumentation die Diskussion um Beginn und Ende des Lebens und stellen den Keim im Bauch in Mutter in Gegensatz zur Mutter. Welchen inhaltlichen Schwerpunkt setzt ihr in der Auseinandersetzung mit den Argumenten der Lebensschützer“?

Die „Lebensschützer“ ignorieren die Frau, sie kommt bei ihnen nur als „fötales Umfeld“ oder

eben als „Mutter“ vor, deren einzige Bestimmung — gesellschaftliche, natürliche und göttliche — das Kinderkriegen ist. Wir halten ihnen die Rechte der Frau, insbesondere das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben entgegen. Die „Lebensschützer“ treten aber nicht nur „frecher“ auf, sondern zunehmend mit rechtsradikaler bis neofaschistischer Prägung. Auf der anderen Seite ist aber ihre Wühlarbeit in christlichen Jugendgruppen bis hin zu „grünlichen“ Kreisen nicht zu unterschätzen. Als Beispiel, wie wir uns inhaltlich mit den Lebensschützern auseinandersetzen, verweisen wir auf die drei ausführlichen Artikel in der neuen Broschüre der Bundesweiten Koordination „Frauen gegen den § 218“.*1

In unserer Arbeitsgemeinschaft gibt es unterschiedliche Auffassungen zur Eugenik. Unstrittig ist, daß es keine staatlichen Zwangsmaßnahmen geben kann, daß Frauen im Interesse der Leistungsfähigkeit nur gesunde Kinder zur Welt bringen dürfen. Es gibt aber ein großes Interesse der schwangeren Frauen an den Vorsorgeuntersuchungen in der Schwangerschaft, einschließlich der genetischen Untersuchungen. Offensichtlich haben vielen Frauen den Wunsch, daß ihre Kinder gesund zur Welt kommen. Wie ist da die Stellung des Bündnisses, welche Auffassungen bestehen bei euch zu dieser Frage?

Es ist für uns einigermaßen befremdend, daß es in einer „Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik“ unterschiedliche Auffassungen zur Eugenik gibt, denn Eugenik heißt laut Duden „Erbgesundheitslehre“ und „Förderung des Erbguts der menschlichen Rasse“. Bedauerlicherweise habt ihr auch wegen euren internen Differenzen zur Frage der eugenischen Indikation den Aufruf nicht als Organisation unterzeichnen oder unterstützen wollen. Tatsächlich werft ihr in einer Stellungnahme „der Frauenbewegung“ ja sogar vor, daß ihre „Kritik an der Abtreibung wegen kindlicher Indikation ... den Kampf gegen den § 218 (erschwert)“ (Informationsdienst Gesundheitspolitik 21/89). Daß es bei euch auch andere Auffassungen gibt, zeigt die Entgegnung in Nr. 22/89.)

In eurer kurzen Erklärung zur fünften Frage fällt uns die merkwürdig lapidare Formulierung, „daß es keine staatlichen Zwangsmaßnahmen geben kann“ auf — als ob es die nicht schon gäbe, z.B. das neue Sterilisationsgesetz. Außerdem ist staatlicher Zwang viel wirkungsvoller, wenn er unter dem Deckmantel der „Freiwilligkeit“ und „Verantwortung“ operiert. Nicht ganz absichtlich erscheint uns auch die schlichte Reihenfolge von Herzenswünschen der Frauen, in der die Humangenetik eingepaßt ist. Sollen dadurch die politischen Interessen, eugenische und ökonomische, die mit dem Ausbau der Humangenetik verfolgt werden, nicht mehr hinterfragt werden dürfen? Oder soll die „kindliche“ Indikation vor der Kritik der Frauenbewegung gerettet werden?

Im Aufruf des Bündnisses haben wir in einem Abschnitt darauf hingewiesen, inwiefern wir in der „sozialen“ und eugenischen Indikation des § 218 ein Instrument der Bevölkerungspolitik sehen. Allen Beteiligten des Bündnisses war die Aufnahme dieser Passage in den Aufruf sehr wichtig, obwohl die Diskussion um diesen Punkt noch nicht sehr entwickelt ist. Weitergehende Forderungen z.B. zur „Schwangerschaftsvorsorge“ und zur Humangenetik haben wir im Bündnis nicht aufgestellt und auch nicht diskutiert.

Zur Vertiefung möchten wir euch auf zwei Beiträge in der oben erwähnten Broschüre der Koordination hinweisen.

Ihr schreibt: „Es wird Zeit, den Frauenwiderstand aufleben zu lassen“. Seht ihr den § 218 ausschließlich als Frauenproblem?

Wir sehen natürlich, daß der § 218 auch Männern „Probleme“ macht, ganz erheblich z.B. Dr. Theissen. Auch wenn man beobachtet, wie hingebungsvoll sich gerade Männer die Durchsetzung des Abtreibungsverbots zur Hauptaufgabe des christlichen Abendlandes machen, können wir nur auf ein typisches „Männerproblem“ schließen. Aber zu eurer Beruhigung: Wir sehen den Frauenwiderstand auch dann aufleben, wenn sich Männer für die ersatzlose Streichung des § 218 engagieren und solidarisch für das Selbstbestimmungsrecht der Frau eintreten.

In diesem Sinne: Kommt zur bundesweiten Protestaktion am 16. Juni nach Bonn! Gemeinsam fordern wir die ersatzlose Streichung des § 218 StGB — jetzt!

*17 Die Broschüre ist zu beziehen über:
Bundesweite Koordination gegen den § 218
c/o Monika Scheffler
Paulusstraße 30
4800 Bielefeld

Weiteres Informationsmaterial, den Aufruf als Faltblatt sowie Plakate etc. sind zu beziehen über:
Frauen-Begehren-Selbstbestimmung
Aktion gegen den § 218
c/o Rita Werkmeisterin
Schwanallee 43
3550 Marburg
Tel. 06421/121 69 oder 0228/726 1347



1975: Demonstration in Karlsruhe gegen den Urteilsspruch des Bundesverfassungsgerichts.

Aufruf: Für die ersatzlose Streichung des § 218 StGB — jetzt! Für das ungeteilte Selbstbestimmungsrecht der Frau!

Jetzt — 14 Jahre nachdem der § 218 unter dem Druck machtvoller Demonstrationen und spektakulärer Aktionen der Frauenbewegung ein Stück weit „liberalisiert“ wurde — rufen wir wieder zu einer bundesweiten Protestaktion gegen den § 218 auf!

Nach wie vor schreibt der § 218 fest, daß ein Schwangerschaftsabbruch grundsätzlich strafbar und nur nach Zwangsberatung in Ausnahmefällen strafrechtlich nicht verfolgt wird. Doch damit nicht genug.

Seit der Verabschiedung des „reformierten“ § 218 versuchen rechte AbtreibungsgegnerInnen, die Abtreibungspraxis zu verschlechtern. In den letzten Jahren wurde durch massive Angriffe auf allen Ebenen der Schwangerschaftsabbruch erneut zu einem politisch hart umkämpften Thema. Die Hexenprozesse in Memmingen und das Verfahren gegen den Frauenarzt in Neuwied sind Beispiele dafür, wie Frauen und ÄrztInnen aktuell unter Druck gesetzt und kriminalisiert werden. Mit moralisierenden scheinheiligen Kampagnen gegen Frauen wird das gesellschaftliche Klima immer mehr vergiftet. Das geplante Bundesberatungsgesetz, die Klage Bayerns beim Verfassungsgericht gegen die Notlagenindikation und den Abbruch auf Krankenschein, die ersten Verweigerungen der Krankenkassenfinanzierung zeigen, daß es den AbtreibungsgegnerInnen darum geht, letztlich jeden legalen Abbruch nach der Notlagenindikation zu verhindern. Schon heute werden Frauen, die sich zu ihrem Schwangerschaftsabbruch bekennen, öffentlich als „MörderInnen“ gebrandmarkt und kriminalisiert.

Wir wollen über unser zukünftiges Leben — ob mit oder ohne Kinder — selbst bestimmen, ohne strafrechtlich verfolgt oder moralisch oder ökonomisch unter Druck gesetzt zu werden. Wir wollen ein Ende der Hexenjagd!

Der § 218 verweigert Frauen das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben!

Wir Frauen wollen nicht länger über uns verfügen lassen! Wir wollen uns nicht zu dem mit Schwangerschaft und Geburt eines Kindes verbundenen Verzicht und zur Übernahme der „natürlichen“ mütterlichen Pflichten „verurteilen“ lassen! Das Gesetz legt die Entscheidung über einen Schwangerschaftsabbruch in die Hände von ÄrztInnen und BeraterInnen. Darüber hinaus maßen sich zunehmend auch Richter und Staatsanwälte die Entscheidungsbefugnis über das Leben von Frauen an.

Wir Frauen fordern unser uneingeschränktes Selbstbestimmungsrecht statt Zwangsmuttertschaft und eindeutiger Rollenzuweisung!

Der § 218 verletzt die Gesundheit von Frauen!

Durch die Suche nach indikationsstellenden ÄrztInnen und den Hürdenlauf durch die Instanzen wird der Zeitpunkt des Abbruchs hinausgezögert und das gesundheitliche Risiko für die Frau unnötig erhöht. Das Verbot ambulanter Abbrüche in Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen macht einen Krankenhausaufenthalt erforderlich, der Frauen oftmals psychisch und physisch stärker belastet. Dies gilt ebenfalls für die ungenügenden ambulanten Abbruchmöglichkeiten in den anderen Bundesländern. Frauen aus den von Unionsparteien regierten Bundesländern sind zusätzlich benachteiligt. Da es in manchen Regionen kaum noch möglich ist, einen Schwangerschaftsabbruch zu bekommen, müssen sie in benachbarte Bundesländer oder ins Ausland reisen.

Wir wollen eine gute medizinische Versorgung ohne Schikanen. In jeder Stadt und in jedem Landkreis muß es die Möglichkeit geben, einen Abbruch ambulant mit der schonendsten Methode und in vertrauensvoller Atmosphäre vornehmen zu lassen. Die Finanzierung durch die Krankenkassen muß auf jeden Fall gewährleistet sein. Für Frauen, die eine Beratung wünschen, soll sie selbstverständlich kostenlos sein. Pro Familia sowie Frauengesundheitszentren müssen ausreichend finanziert werden. Die Sexualaufklärung an den Schulen muß verbessert werden.

Der § 218 ist ein Instrument der Bevölkerungspolitik!

Nicht allein ungewollt schwangere Frauen sollen den Kinderkriegen gezwungen werden, sondern es geht offenbar auch darum, bevölkerungspolitisch „unerwünschten“ Nachwuchs zu verhindern. Die Notlagenindikation, zunehmend zur „sozialen“ Indikation umgebogen, wird leichter sozial „auffälligen“ Frauen oder ausländischen Frauen gewährt. Behinderte Frauen, zu „Risikoschwangeren“ erklärte Frauen und z.B. Sucht- oder Aidskranke werden über humangenetische Beratungsstellen und die eugenische Indikation zum Abbruch auch einer gewollten Schwangerschaft gedrängt nach dem Motto: „wenn schon weniger Kinder, dann gesunde, leistungsstarke, deutsche ...“ Angestrebte Praxis der Bevölkerungspolitik ist die eugenische Kontrolle aller Schwangerschaften, heute verkauft als „verantwortungsvolle Schwangerschaftsvorsorge“.

Wir fordern die ersatzlose Streichung des § 218 StGB auch wegen der eugenischen Indikation. Wir fordern das Recht für jede

Frau, allein darüber zu entscheiden, ob sie eine Schwangerschaft austragen will oder nicht. Gleichzeitig fordern wir gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die es ermöglichen, repressionsfrei und mit aller benötigten Unterstützung mit behinderten wie nicht-behinderten Kindern zu leben.

Der § 218 ist kein isoliertes bundesdeutsches Problem!

In vielen Ländern hat die Frauenbewegung mehr oder weniger große Erfolge im Kampf für die Freiheit beim Schwangerschaftsabbruch erzielen können und sich damit ein wesentliches Stück mehr Freiraum für Emanzipation erkämpft. Als Reaktion darauf haben kirchliche und weltliche „Lebensschützer“ eine organisierte Kampagne im gesamten Raum christlich-abendländischer Tradition gestartet. In Italien mußte die Frauenbewegung im vergangenen Jahr mit riesigen Massendemonstrationen gegen eine Verschärfung des Abtreibungsgesetzes auf die Straße gehen. Darüber hinaus gibt es auch heute in Europa Länder, wie z.B. Irland, in denen ein fast totales Abtreibungsverbot dafür herrscht. In Polen hat vor allem die katholische Kirche für die reale Gefahr gesorgt, daß der Schwangerschaftsabbruch dort generell verboten und mit Gefängnisstrafen zwischen drei und fünf Jahren bestraft werden soll. Die BRD, die durch wirtschaftliche Macht die Möglichkeit hat, in die politischen Entscheidungen anderer Länder hineinzuwirken, nutzt dies gegen die Interessen der Frauen aus. So gibt es heute bereits in der DDR Tendenzen, die relativ große Freiheit beim Schwangerschaftsabbruch dort einzuschränken und das DDR-Recht in diesem Punkte dem bundesdeutschen Recht anzugleichen.

Wir wollen dem internationalen Druck der Moralisten und Bevölkerungsstrategen den gemeinsamen Widerstand der Frauen entgegenzusetzen. Wir fordern das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht für alle Frauen.

Es wird Zeit, den Frauenwiderstand aufleben zu lassen und den nötigen politischen Druck für unsere Ziele zu erzeugen! Gerade im Hinblick auf die bevorstehenden Bundestagswahlen im Herbst müssen wir die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 StGB wieder auf den Tisch und in die Köpfe der PolitikerInnen bringen!

Deshalb rufen wir auf:
Kommt zur bundesweiten Protestaktion am 16. Juni nach Bonn (Graurheindorferstraße, 11 Uhr)!
Gemeinsam fordern wir die ersatzlose Streichung des § 218 StGB — jetzt!

Neues Gesetz schützt gentechnische Forschung und Industrie

Gentechnikgesetz vom Bundestag beschlossen: Damit sind Betreiber weitgehend gegen Ansprüche der Bevölkerung gesichert

Am 29. März 1990 hat der Bundestag das neue Gentechnikgesetz beschlossen. 201 Abgeordnete, hauptsächlich aus der Regierungskoalition, stimmten dafür, 146 Abgeordnete dagegen, zwei enthielten sich. Zwei Tage vor den Landtagswahlen in Niedersachsen, am 13. Mai 1990, soll das Gesetz den Bundesrat passieren. Würde die CDU in der Niedersachsenwahl unterliegen, fehlte ihr im Bundesrat die erforderliche Mehrheit, um das Gesetz durchzubringen. Daher die Eile. Der SPD-Abgeordnete kennzeichnete dies als „fieberhafte Flickschusterei“, der

CDU-Abgeordnete Hoffacker beendete die Debatte mit der erleichterten Feststellung, nun sei endlich ein „Schlußstrich“ unter die Gentechnikdiskussion gezogen. Am 1. Juli 1990 bereits soll das Gentechnikgesetz in Kraft treten. Das Tempo, mit dem die Gesetzesvorlage jetzt durchgezogen wurde, hat auch in bürgerlichen Presseorganen wie „Zeit“ und „Frankfurter Rundschau“ — welche die Notwendigkeit der Gentechnik gar nicht in Frage stellen — Befremden bis Unmut hervorgerufen. Bundesministerin Prof. Ursula Lehr ging in ihrer Rede im Bundestag anläß-

lich der zweiten und dritten Beratung des Gesetzentwurfes am 29. März auf diese Kritik ein: „Es wurde gesagt, der Bundestag hätte zu wenig Zeit zur Beratung gehabt ... Es war genug Zeit ... Einen allgemeinen Konsens über alle Aspekte des Entwurfs herzustellen, dazu hätte allerdings wohl auch jede beliebige Verlängerung der Beratungszeit nicht ausgereicht. Das ist bei dem breiten Meinungsspektrum zur Gentechnik in diesem Hause einfach nicht möglich gewesen. Die unterschiedlichen Positionen sind zu deutlich.“

Mittlerweile gibt es in der BRD 1007 Laboratorien, davon 44 gewerblich, die mit gentechnischen Mitteln arbeiten („Mannheimer Morgen“, 30.3.1990). Soweit sie öffentliche Gelder beantragen, sind sie an die seit 1980 geltenden „Genrichtlinien“ gebunden. Die chemische Industrie würde sich — freiwillig — auch daran halten. Die Gen-Richtlinien beinhalten biologische, technische und Produktionssicherheitsstufen. Daneben gibt es die Unfallverhütungsvorschriften Biotechnologie der Berufsgenossenschaft für die chemische Industrie.

Vor drei Jahren legte die Enquetekommission des Bundestages „Chancen und Risiken der Gentechnologie“ ihren Bericht vor, der die Grundlage abgab zu dem im Frühjahr 1989 vom Familienministerium vorgelegten Gesetzentwurf. Doch der Bundesrat charakterisierte ihn als „schlampig“ und wies ihn samt 254 Änderungsanträgen zur nochmaligen Bearbeitung zurück. Im November 1989 brachte der Hessische Verwaltungsgerichtshof die Regierung auf Trab: Ohne gesetzliche Regelung wollte er die gentechnische Insulinanlage der Firma Hoechst nicht genehmigen. Prompt folgte eine leicht verbesserte Fassung des Gentechnikgesetzentwurfes, der am 17.1.1990 bei einer öffentlichen „Expertenanhörung“ immer noch negative Zensuren erhielt. Ende Januar hatten sich die Koalitionsfraktionen auf Kompromisse mit den unionsregierten Ländern verständigt. Nach Änderungen erfolgte nun die Gesetzesvorlage am 29. März.

§ 1: Zweck des Gesetzes ist, ...

...1. Leben und Gesundheit von Menschen, Tiere, Pflanzen sowie die sonstige Umwelt in ihrem Wirkungsgefüge und Sachgüter vor möglichen Gefahren gentechnischer Verfahren und Produkte zu schützen und dem Entstehen solcher Gefahren vorzubeugen und

2. den rechtlichen Rahmen für die Erforschung, Entwicklung, Nutzung und Förderung der wissenschaftlichen und technischen Möglichkeiten der Gentechnik zu schaffen.“

Die SPD hatte im Vorfeld einen Änderungsantrag dazu eingebracht, der vorsah, den zweiten Absatz ganz zu streichen und dafür aufzunehmen: „Militärische Forschung und Nutzung der Gentechnik sind verboten.“ Beides wurde abgelehnt. Die Grünen haben sich mehrheitlich entschieden, wegen ihres grundsätzlichen Neins zur Gentechnik auf Änderungsanträge zu verzichten. Sie erklärten dazu: „Mit dem Gentechnikgesetz werde der Bevölkerung eine vermeintliche Verlässlichkeit und Berechenbarkeit der Gentechnik vorgespielt, wie sie nicht existiere. Es verstoße damit in eklatanter Weise gegen die Schutzpflicht der Bevölkerung“ („Woche im Bundestag“, 4.4.1990).

Bundesministerin Lehr bekannte sich zu dem Förderungscharakter des Gesetzes: „Ich kann wirklich nicht verstehen, was es dagegen einzuwenden gibt“, verkündete sie. Wegen des „unleugbaren Nutzens“ der Gentechnik „ist die Bundesregierung nicht nur zur Förderung berechtigt, sondern u.E. in Einzelbereichen sogar dazu verpflichtet — und sie kommt dieser Verpflichtung auch nach ...“ (Pressemitteilung, s.o.). Wie wahr! Als „Schlüsseltechnologie“ gilt die Gentechnik seit geraumer Zeit. Es geht darum, nicht den Anschluß auf dem Weltmarkt zu verpassen — da kann die Bundesregierung nicht hindernd im Wege stehen. „Wenn man bedenkt, daß allein in den USA derzeit rund hundert bio- und gentechnische Wirkstoffe in der klinischen Prüfung sind, dann zeigt sich hier auch die wirtschaftliche Dimension der Technologie ... Von ihrem Einsatz wird die zukünftige Konkurrenzfähigkeit auch der deutschen pharmazeutischen Industrie abhängen.“ (Anzeige der Pharma-Industrie im „Vorwärts-Magazin“ 12/89)

Knapp zwei Wochen bevor der Bundestag das Gentechnikgesetz beschloß, richteten die Präsidenten der fünf großen bundesdeutschen Wissenschaftsorganisationen einen Appell an den Gesetzgeber, „die Nutzung der Gentechnik zur Manipulation von Erbanlagen nicht durch zu eng gefaßte Regelungen und Vorschriften zu behindern“ („Mannheimer Morgen“, 23.3.1990). Die Unterzeichner leiten fast allesamt Forschungseinrichtungen, die meist finanziell mit Pharmakonzernen verbunden sind, nämlich die Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft, der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft, der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Großforschungseinrichtungen und der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz.

Freisetzung

§ 15: „Die Genehmigung für eine Freisetzung ist zu erteilen, wenn ...

3. nach dem Stand der Wissenschaft im Verhältnis zum Zweck der Freisetzung unvermeidbare

schädliche Einwirkungen ... nicht zu erwarten sind.“

Was ist eine „vertretbare Schädigung“? Im Gesetz wird das nicht geregelt. Geregelt ist nur, daß „aufgrund privatrechtlicher ... Ansprüche zur Abwehr benachteiligender Einwirkungen von einem Grundstück auf ein benachbartes Grundstück nicht die Einstellung des Betriebs der gentechnischen Anlage, der gentechnischen Arbeiten oder die Beendigung einer Freisetzung verlangt werden kann, deren Genehmigung unanfechtbar ist ...“ (§ 20a). Die SPD hatte gefordert, daß nur solche Freisetzungsexperimente genehmigt werden sollten, die in ihrer Ausbreitung begrenzt und rückholbar seien.

Haftungsregelungen

Die §§ 28 und 29 treffen Haftungsregelungen gegenüber dem Betreiber einer Anlage, die dem Geschädigten fast unübersteigbare Beweislasten aufbürden. Als Haftungshöchstbetrag sind 160 Millionen Mark festgelegt. Auskunftsansprüche gegenüber dem Betreiber gentechnischen Anlagen hat der Geschädigte nur, soweit dies zur Feststellung, ob ein Anspruch nach Haftung besteht, erforderlich ist, und die fraglichen Vorgänge nicht „aufgrund gesetzlicher Vorschriften geheimzuhalten sind“ und der Auskunft auch kein „überwiegendes Interesse des Betreibers oder eines Dritten“ an der Geheimhaltung entgegensteht.

Zur Klärung der Frage, in welchem Umfang den Geschädigten Ansprüche zustehen, dürfte dem Großteil der in der BRD wohnenden Menschen das Maß an Zeit, Geld und psychischer Kraft fehlen, das ein jahrelanger Rechtsstreit mit dem Betreiber und dessen Versicherer erfordert.

Viele gesellschaftliche Gruppen außerhalb der

BASF will Genproduktionsanlage

TNF — das Gentech-Medikament ohne passende Krankheit

Am 21. März 1990, eine Woche vor Beginn des Anhörungsverfahrens um die Genehmigung einer gentechnischen Produktionsanlage der BASF in Ludwigshafen zur Herstellung des Pharmaproteins TNF (Tumor Nekrose Faktor), erschien der „Mannheimer Morgen“ auf der Titelseite mit dem Leitartikel „Teilerfolg im Kampf gegen Krebs — Wirkstoff TNF kann bei Nierentumor helfen“, dies habe eine klinische Studie in der Urologischen Universitätsklinik in Hamburg ergeben. Die weniger BASF-hörige, in Heidelberg erscheinende „Rhein-Neckar-Zeitung“ brachte im Innenteil die BASF-Drohung in der Überschrift „Dann gehen wir ins Ausland“, sollte die Genehmigung nicht erteilt werden. „Neue Erkenntnisse“ seien für die Pressekonferenz versprochen, dann jedoch nur bereits Bekanntes gemeldet worden bis auf „ungeahnte Möglichkeiten, die aber erst die künftige Forschung entdecken könne“ (RNZ, 13.3.1990)

Noch habe die BASF in der TNF-Anwendung vor der ausländischen Konkurrenz die Nase vorn, verkündete der Leiter der BASF-Biotechnologie, („Rheinpfalz“, 13.3.1990) und deutete damit an, wer jetzt gegen sie ist, arbeite frevelhaft der Konkurrenz in die Hand.

Im April 1989 hatten die Gegner der TNF-Anlage eine Unterbrechung des Anhörungsverfahrens auf unbestimmte Zeit erreicht.

Im Sommer zog die BASF dann ihren ersten Antrag zurück und stellte kurz im Dezember 1989 einen neuen, genauer spezifizierten. Innerhalb zweier Monate sprachen sich 634 Einwender schriftlich gegen die Genproduktion aus. Federführend waren die Grünen Ludwigshafen und Mannheim und die Aktion Alternative BASF-Aktionäre.

Die Einwender argumentierten u.a., daß es für die beantragte Genehmigung keine gesetzliche Grundlage gebe. Das Bundesimmissionschutzgesetz sage nichts über gentechnisch veränderte Mikroorganismen und biologische Materie aus, sondern kenne nur schädliche Umwelteinwirkungen von chemischen und physikalischen Stoffen, gegen die nach dem Stand der Technik vorgesorgt werden müsse. Prof. Rochlitz, baden-württembergischer Landtagsabgeordneter der Grünen, verwies darauf, daß diese Vorsorge bei der TNF-Produktion nicht getroffen werden könne, da keinerlei betriebliche Erfahrungen mit den eingesetzten Bakterien und Erbinformationen existierten. Die BASF habe keine Sicherheitsanalyse erstellt, die Gefahren für die Umwelt seien daher nicht abzuschätzen.

Zudem hatten sich die Karten der BASF durch das 1989 gefällte Urteil des Hessischen Ver-

Parlamente, Gewerkschaften, Umweltorganisationen, Bürgerinitiativen, Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien, Bund demokratischer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, Bund demokratischer Pharmazeuten und Pharmazeutinnen u.a. lehnen das Gesetzesvorhaben in dieser Form rundweg ab. Vom 15. bis 17.3.1990 haben sich bundesweit Gruppen in etwa 30 Städten an Aktionstagen beteiligt, an denen sie mit Informationsständen, Veranstaltungen etc. auf das geplante Gentechnikgesetz aufmerksam machten.

Breite Ablehnung durch Bündnisse und Initiativen

Ihre Kritik richtet sich zum einen gegen den Gesetzentwurf und zum anderen gegen die einseitige Förderung und Etablierung der Gentechnologie an sich. In immer mehr Bereichen werden gentechnologische Verfahren und Produkte als bestmögliche Problemlösung angesehen, ohne daß Gefahren und mögliche Alternativen beachtet werden. Wesentliche Kritikpunkte von ihnen sind:

- Der Schutz vor den Gefahren der Gentechnologie kann durch einen Rechtsanspruch auf Erteilung von Genehmigungen nicht erfüllt werden;
- Wichtige Anwendungsbereiche wie die Genomanalyse an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden überhaupt nicht im Gesetz erfaßt;
- Es wird mit schwammigen, nicht definierten oder irreleitenden und falschen Begriffen gearbeitet. Ein „geschlossenes System“ beispielsweise, in dem gentechnische Arbeiten durchgeführt werden (ein Kuhstall oder ein begrenztes Feld gilt schon als solches) ist allein schon technisch eine Unmöglichkeit;
- Die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Genehmigung von Produktionsanlagen ist faktisch

waltungsgerichtshofs in Kassel, das die Versuchsanlage der Hoechst AG zur gentechnischen Insulinherstellung gestoppt hatte, verschlechtert. Die Kasseler Richter sahen in der Gentechnik „ein letztlich nicht abschätzbares Risiko“, vergleichbar mit dem der Kernenergie, deshalb müsse die Gentechnik, wie die Kernenergie auch, durch ein eigenes Gesetz geregelt werden. („bild der wissenschaft“, 4/1990) Die Einwender kündigten eine Klage gegen die Stadtverwaltung Ludwigshafen wegen Nichtbeachtung des hessischen Urteils an.

Bekanntlich wurde die Hürde der fehlenden gesetzlichen Grundlage — Zufall oder nicht? — wenige Tage nach dem Anhörungstermin durch die Verabschiedung des Gentechnikgesetzes beseitigt.

Der Leiter der Abteilung Angewandte Immunologie des Deutschen Krebsforschungszentrums in Heidelberg urteilte: „Der Einsatz des Tumor-Nekrose-Faktor als Anti-Krebsmittel ist absolut aus der Diskussion.“ Die klinische Erprobung ergab nämlich, daß die toxischen Nebenwirkungen eindeutig überwiegen und eine tumorabbauende Wirkung kaum nachgewiesen werden konnte. Ein reiner Zufall war es, daß die BASF bei Versuchen an Patienten in Kliniken in Mannheim, Ulm, Göttingen und Freiburg entdeckte, daß TNF gegen die Bauchwassersucht, die im Zusammenhang mit Eierstockkrebs auftritt, wirke. Welch ein Glück, wurden doch bislang schon hohe Summen in die TNF-Forschung gesteckt. Ansonsten jedoch hatten Tierversuche schlechte Ergebnisse gezeigt: Viele Versuche endeten mit dem Tod, oder es kam zu Veränderungen des Blutbilds, des Nervensystems und anderem mehr. Seine Nebenwirkungen sind enorm, gegen die wiederum hohe Dosen von starken Medikamenten erforderlich sind. TNF ist bis jetzt eben noch ein Medikament auf der Suche nach seiner Krankheit.

Genau dieser Punkt erwies sich beim Erörterungstermin als Achillesverse der BASF. Die medizinische Wirkung von TNF konnte spürbar in Frage gestellt werden. Ein Kommentator der „Rheinpfalz“ bedauerte: „Kaum nur gingen die Sprecher des Chemieunternehmens auf die Argumente der Einwender in diesem Zusammenhang ein und überließen ihnen das Terrain. Ein wenig setzte sich das am Nachmittag bei der Diskussion über die Giftigkeit des Bakteriums und des Eiweißes fort. Offensivere Argumentation der BASF-Vertreter ... hätten dem Disput gut getan.“ („Rheinpfalz“, 22.3.1990)

Bei aller Phantasie konnte sich der Leiter der BASF-Biotechnologie keine krankheitserregende Wirkung vorstellen. Jedoch ist bis heute wissen-

ausgeschlossen. Für die „Sicherheitsstufe 1“ (es gibt die Sicherheitsstufen 1 bis 4) ist die Öffentlichkeit fast nicht zugelassen. Aber gerade diese Anlagen stellen den Hauptanteil der gentechnologisch arbeitenden Anlagen dar, nämlich ca. 90 Prozent;

- Die ZKBS (Zentrale Kommission für die Biologische Sicherheit), Kontrollinstanz für alle Sicherheitsfragen, ist überwiegend mit Lobbyisten der Gentechnologie besetzt;

- In der Haftungsregelung müssen Geschädigte den Nachweis erbringen, daß die Gentechnik ursächlich für ihren Schaden verantwortlich ist. Das wird kaum oder gar nicht möglich sein;

- Der Transport und die Lagerung von gentechnisch veränderten Organismen wird überhaupt nicht geregelt.

Als Mindestbedingungen für ein Gentechnikgesetz fordern sie:

- Verbot von Freisetzungen;
- Ein eindeutiges Verbot der B-Waffenforschung und auch der sog. Schutzforschung;
- Kein Recht auf Genehmigung für die industrielle Produktion, sondern Formulierung eines Versagensermessens;
- Die zwingend vorgeschriebene Prüfung der Notwendigkeit und möglicher Alternativen zum Produkt oder Produktionsweg in das Genehmigungsverfahren mitaufzunehmen;
- Eine breite und angemessene Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen zu gewährleisten. (aus: GID 12/89 und 2/90)

Quellen: Gentechnikgesetz, Bundestagsdrucksache 11/6778; Pressemitteilung des BMJFFG vom 29.3.1990; Gen-ethischer-Informationsdienst (GID) Jan. 1989 — März 1990, zu beziehen über: Gen-ethisches Netzwerk, Winterfeldstr. 3, D-1000 Berlin 30 — (iro)

schaftlich völlig ungeklärt, welcher biochemische Mechanismus ein Bakterium zum Erreger einer Krankheit werden läßt.

„Was bisher in der Gentechnologie erforscht wurde, bezog sich vorwiegend auf gezielte gentechnische Veränderungen, nicht auf Sicherheitsrisiken. Der Anteil der Forscher, der sich mit den Risiken dieser Technologie beschäftigt, ist verschwindend gering. Formulierungen der Art wie ... „Nach dem Stand der Wissenschaft und Technik“ täuschen eine Sicherheit vor, die es nicht gibt“, so Prof. Hahn vom Bundesgesundheitsamt. („taz“, 12.5.1989)

Es sind Zweifel angebracht, daß der Ludwigshafener Beigeordnete Tischbein der BASF, dem größten Steuerzahler nicht nur der Stadt Ludwigshafen, sondern der ganzen Rheinland-Pfalz und — in 1989 erstmals vor Daimler Benz — dem größten Steuerzahler des Bundesgebiets, eine Abfuhr erteilen wird. Bei der Festveranstaltung zum 125-jährigen Jubiläum der BASF am 6. April 1990 erklärte der Ludwigshafener Oberbürgermeister: „Wer jedoch jedes Risiko ablehne, verhindere nicht nur den Fortschritt, er vermindere auch unsere Zukunftschancen. Die Stadt wird sich um eine zügige Abwicklung des anstehenden Verfahrens bemühen.“ („Mannheimer Morgen“, 7.4.1990) — (ede)

Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich.
Herausgeber: Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226
Tel.: 0221/21 64 42.

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider.
Sie erscheint im Verlag GSNV Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/21 1658. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 393600.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26,- DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52,- DM.
Bestellungen bitte an die unten angegebenen regionalen Verstandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen; für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer; für Aus Verbänden und Parteien: Martin Lopp; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler.
Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemische Industrie AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik AGG, der AG Jugend, Militär und Gefängnisse in der Volksfront: AGJ, der AGs für antifaschistische Bildungspolitik und für revolutionäre Hochschulpolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.
Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1 — Beilagenhinweis: Vierteljährlich: Beilage „Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.“

H. Müller: Wolokolamsker Chaussee

DDR-Dramatiker: Der Mensch als Individuum im immergleichen Konflikt

Der Dramatiker Heiner Müller ist 1929 geboren und lebt in der DDR. Seine Stücke gehören in der BRD zu den am häufigsten aufgeführten. Das steigende Interesse erklärt sich durch den Wunsch, etwas über das Leben der Menschen in der DDR zu erfahren und die politischen Konflikte, die in dieser Gesellschaft entstehen, zu begreifen. Es lohnt sich also wohl zu sehen, welche Probleme Müller durch die Schauspieler vor dem Publikum entwickeln läßt.

Als Beispiel für seine Arbeitsweise nehmen wir das Stück „Wolokolamsker Chaussee“. Es besteht aus fünf Szenen. Jedoch nur die ersten beiden könnte man als Bearbeitung des gleichnamigen Romans von Alexander Bek für das Theater ansehen. Die drei folgenden Szenen stützen sich auf Texte von Anna Seghers, Franz Kafka und Heinrich von Kleist.

Müller arbeitet fast immer so, daß er Stoffe wählt, die bereits von anderen Autoren verarbeitet worden sind, ein Verfahren, das auch von anderen Schriftstellern angewendet wird. Interessant ist die Auswahl der von Müller als immer wiederkehrend dargestellten Probleme, und wichtig sind die Änderungen in der Beurteilung der Probleme, die Müller gegenüber den Vorlagen vornimmt. Wir folgen seiner Szeneneinteilung.

I. Russische Eröffnung

Alexander Bek beschreibt in seinem Roman die Kämpfe, die ein Bataillon der Roten Armee im Oktober 1941 an der Wolokolamsker Chaussee führt, an der entscheidenden Stelle, 120 Kilometer vor Moskau, wo es unter großen Verlusten gelang, den Vormarsch der deutschen Faschisten, die nach Moskau durchmarschieren wollen, aufzuhalten und die Eroberung von Moskau zu verhindern. Der Autor tritt auf als Schreiber, der den Bericht des Kommandanten Baurdschan Momysch-Uly aus Kasachstan wahrheitsgetreu aufschreibt. Bek beabsichtigt dabei darzustellen, wie sich die

Kampfweise der Roten Armee von derjenigen der faschistischen Horden unterscheidet. Der Kommandant kämpft darum, daß die Faschisten vernichtet werden, damit die Sowjetunion und das Leben der Menschen erhalten bleiben. Dabei ist der Widerspruch, daß die Soldaten diesen Kampf unter Einsatz ihres Lebens führen müssen, deutlich.

Ganz zu Anfang schildert Bek, wie der Kommandant eigenmächtig falschen Alarm auslöst in seinem verzweiferten Versuch, aus den unerfahrenen Soldaten, die Angst vor den Faschisten haben, eine kampffähige Truppe zu machen. Er läßt einen Soldaten, der dabei flüchtet und sich selber in die Hand schießt, vor dem Bataillon erschießen. Der Gewissenskonflikt des Kommandanten wird dargestellt in einer doppelten Schilderung der Erschießung. Die erste Version endet mit Rücknahme des Befehls und großer Erleichterung, die zweite, wirkliche, endet mit dem Tod des Soldaten.

Genau diese Szene hat Müller ausgewählt. Fast wörtlich übernimmt er einige Passagen und Dialoge, wenn auch in Verse gesetzt. Jedoch fehlt jede persönliche Charakterisierung der handelnden Personen. Sie haben keinen Namen, keine Herkunft, sondern nur Dienststränge und Stimmen. Der Vorfall endet in seinem Ablauf genauso wie bei Bek. Müller macht jedoch eine Änderung in der Reflexion. Er läßt den Kommandanten schildern, wie er jetzt bis an sein Lebensende von dem Geräusch der beiden Salven und von dem Blick des von ihm Verurteilten verfolgt wird. Er bleibt also bis zu seinem eigenen Tod ein schuldiger Mensch. Eine weitere Entwicklung gibt es nicht. Auf diesen Punkt wollte Müller kommen. Der einzelne Mensch wird vorgeführt, wie er durch seine eigene Entscheidung schuldig wird, weil er getötet hat.

Bei Bek gibt es im weiteren Verlauf des Romans ein Gegenstück zu dieser Szene. In einem

ähnlichen Fall wird derselbe Kommandeur durch das Eingreifen seines Vorgesetzten dazu gebracht, sein Schreiben an das Kriegsgericht zu zerreißen und den bereits verhafteten Soldaten zu befreien. Dies wird möglich durch das organisierte Handeln einer Armee, die darauf bedacht ist, ihre Kräfte zu erhalten und eine revolutionäre Taktik gegenüber den faschistischen Aggressoren zu entwickeln. Diese Möglichkeit bestand in dem früheren Fall noch nicht.

II. Wald bei Moskau

In seinem Roman berichtet Alexander Bek, wie das Bataillon, nachdem es sieben Tag lang den Vormarsch der Faschisten aufgehalten hat, abgeschnitten wird. Die Soldaten hungern. Der Leiter des Sanitätszuges, Hauptmann Belenkow, läßt beim Rückzug die Verwundeten im Stich. Der Kommandant degradiert ihn, obwohl Belenkow geltend macht, dieser, da nur Leutnant, habe ihm, einem höheren Dienstgrad und Menschen mit Hochschulbildung, nichts zu befehlen. Bis hierher folgt Heiner Müller der Vorlage, allerdings mit einer Änderung. Er läßt den Kommandeur abwägen, ob er das Recht in seine Hände nehmen darf oder die Entscheidung des Divisionsgerichts abwarten muß. Ausschlaggebend für sein Entscheidung ist nicht die Tatsache, daß sie abgeschnitten sind, sondern die Überlegung, daß er mit Abwarten der Bürokratisierung Vorschub leisten würde: „Und Narben sahn mich an von Wunden alt und neue Wunden geschlagen mit Papier, mit Schreibmaschinen und mit Kaderakten...“ Mit dem Befehl, die Rangabzeichen abzulegen, bricht Müller seine Darstellung ab. Obwohl er Bek in der Verwendung von Namen und konkreten Einzelheiten folgt, verkürzt er die Auseinandersetzung auf einen Kampf von Prinzipien, die es schon vorher gab und weiter geben wird.

Bek verfolgt die Sache weiter.



Sowjetische Soldaten verteidigen Moskau im November 1941 gegen den faschistischen Angriff.

Zunächst brechen die Soldaten auf, um die Verwundeten zu suchen. Der Sanitäter, der bei ihnen geblieben ist und sie weiter versorgt, wird mit der Führung des Sanitätszuges beauftragt. Der degradierte Akademiker bewährt sich später, und dies wird anerkannt. Die Fronten bleiben also nicht starr, sondern die unterschiedlichen kämpfenden Menschen verbinden sich.

III. Das Duell

Heiner Müller versteht diesen Teil als Weiterführung der Erzählung von Anna Seghers in dem Zyklus „Die Kraft der Schwachen“. Nur in diesem Fall beziehen beide Texte sich auf die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR. Anna Seghers schildert den Kampf eines Lehrers darum, daß vier Arbeiter den Vorbereitungskurs für das Studium bestehen. Er trifft dabei auf den Kursleiter, einen Hochschullehrer, der dafür gesorgt hat, daß er ins Konzentrationslager kam. Dieser vertritt die Auffassung, daß diejenigen studieren sollen, die „dafür geschaffen“ sind, also Intellektuelle, die bereits aus entsprechenden Elternhäusern kommen, und daß die Arbeiter aus dem Kurs verschwinden sollen, weil sie es unmöglich schaffen können. Der Lehrer erreicht sein Ziel durch aufreibenden Einsatz. Zusammenarbeit mit den Schülern, die es leichter haben, findet jedoch nicht statt und wird auch nicht versucht.

Bei Müller treffen wir einen der Arbeiter wieder, der inzwischen Ingenieur geworden ist, „im Juni in dem schwarzen Monat im fünften Jahr der Republik“. Er ist etwas geworden und wendet sich jetzt gegen den Lehrer, der ihm bei der Prüfung geholfen hat und der jetzt als Vertreter der Streikenden zu ihm kommt. Heiner Müller wirft dem Ingenieur vor, daß er, von der Handarbeit befreit, sich gegen die Arbeiterklasse stellt. Gleichzeitig behauptet er aber auch, daß er mit dieser Haltung gerade Produkt der genossenen Ausbildung sei. Zwar wird die elitäre These des Professors, vor dem er damals gerettet wurde, kritisiert: „Unser Professor sagt, es ist genetisch, der eine hat es und der andre nicht.“ Aber seine Auffassung, daß die Arbeiterbauernfakultät ein Witz sei, wird auch nicht widerlegt. Vielmehr muß man den Eindruck gewinnen, daß immer dasselbe passiert, wenn Menschen Posten bekommen. Sie trennen sich von den Arbeitern und herrschen über sie.

IV. Kentauren

Die vierte Szene, „Kentauren“, trägt den Untertitel „Ein Greuelmärchen aus dem Sächsischen des Gregor Samsa“. Damit bezieht sich Heiner Müller auf Franz Kafkas Erzählung „Die Verwandlung“. Deren erster Satz lautet: „Als Gregor Samsa eines Morgens aus unruhigen Träumen erwachte, fand er sich in seinem Bett zu einem ungeheuren Ungeziefer verwandelt.“

Kentauren sind in der griechischen Mythologie Menschen mit dem Unterkörper eines Pferdes. Müller definiert jedoch in einer Anmerkung: „Kentauren altgriechisch für Amtsschimmel“. Im Text handelt es sich um einen Menschen, der mit seinem Schreibtisch verwachsen ist. Dies ist die spiegelnde Strafe für einen Bürokraten, der an seinem Schreibtischsessel hängt und Staatsfeinde produziert, um seinen Posten zu behalten. Die Kritik ist in Form einer Groteske dargeboten. Sie beginnt ernsthaft. Dann jedoch leitet Müller aus der qualenden Lage dieses Menschen eine Reihe von Witz ab, Fragen, wie sich ein Schreibtisch ernährt, fortpflanzt usw.

In keinem Punkt hat er etwas mit Kafkas Problemstellung zu tun. Kafkas verwandelter Mensch ist ein Lohnabhängiger, ein Reisender in Textil, der durch Überarbeitung und zusätzliche Unterdrückung wegen Verschuldung krank wird und Eltern und Schwester nicht mehr ernähren kann. Die Familie, durch die Aussicht auf Verelendung erschreckt und durch Arbeit ermüdet, läßt ihn verkommen und sterben. In dieser Lebens- und Klassenlage ist Müllers „Menschmaschine“ nicht. Vielmehr übt er selber Unterdrückung aus und hat die Macht, Untergebene in lebensgefährliche Aktionen zu treiben, um sich zu erhalten. Der Vergleich ist äußerst oberflächlich. Verwandelte Menschen gibt es viele in der Literatur. Warum aber Müller auf eine Figur von Kafka anspielt, ist nur zu erklären mit der Absicht, sich auf eine bestimmten Kreis von Autoren zu berufen, die dafür stehen, daß sie das Verhalten von Menschen in zugespitzten Situationen untersuchen und bewerten.

V. Der Findling

Vorlage ist die gleichnamige Novelle von Heinrich von Kleist. Sie handelt von einem Kaufmann aus Rom, der aus Mitleid ein Kind, dessen Eltern in Ragusa an der Pest gestorben sind, adoptiert, nachdem er seinen leiblichen Sohn durch die Pest verloren hat. Der Findling lohnt seine Liebe schlecht, entreißt ihm sein Vermögen und verschuldet den Tod der Adoptivmutter. Der Vater bringt ihn dafür um und wird hingerichtet.

Zu diesen Vorgängen zieht Müller die Parallelen. Ein Mann in der DDR nimmt ein Kind auf, das wahrscheinlich von faschistischen Eltern hinterlassen wurde. Später steht die Lebensweise des Sohnes im Widerspruch zu allem, was der Vater für richtig hält. Treue zur Partei und den von ihr eingeschlagenen Weg. Der Vater gibt dem Sohn die Schuld am Krebstod der Mutter und denunziert ihn 1968, weil er die politischen Aktivitäten des Sohnes, zuletzt Unterstützung des Prager Frühlings, als Angriff auf seine Existenz auffaßt.

Aber darf man die Pest mit dem Faschismus gleichsetzen? Man darf nicht, denn der Faschismus ist keine Epidemie, die sich durch physische Ansteckung verbreitet. Auch ist die Lage der beiden Väter historisch nicht gleich. Bei Kleist sieht der eine seine bürgerliche Existenz vernichtet. Bei Müller fürchtet der andere, seine gesellschaftliche Stellung, die er vermittelst der Partei erhalten hat, zu verlieren. Dies geschieht jedoch nicht in frühbürgerlichen Verhältnissen, sondern in einem Staat, in dem das kapitalistische Privateigentum abgeschafft ist. Der bloße Generationenkonflikt beweist nicht, daß sich die Gesellschaft wiederholt.

Heiner Müllers Kritik der Verhältnisse

In Interviews sagt Heiner Müller, daß ihn die Lektüre der Werke von Friedrich Nietzsche nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs stark beeindruckt habe, vor allem dessen Theorie der Wiederkehr des Gleichen in der Geschichte. Spuren dieses Einflusses finden sich in Müllers Stücken. Er unternimmt den Versuch, gesellschaftlichen Konflikten Strukturen zu unterlegen, von denen er behauptet, sie seien gleich oder direkt vergleichbar. Dabei greift er aber nicht auf die wirkliche konkrete Lage mit ganz bestimmten historischen Umständen zurück, sondern reduziert diese Lage auf Konflikte, die zwischen einzelnen Menschen ausgetragen werden. Diesen einzelnen Menschen bürdet er auch die ganze Verantwortung für ihr Handeln und ihre Entscheidungen auf. Da es nach seiner Theorie kaum möglich ist, daß Menschen durch vereinte Anstrengung etwas Neues in der Geschichte erreichen, können sich auch die Menschen nicht ändern, sondern sind immer gleich.

Auf seiner Suche nach Vorbildern, die zur Illustration solcher Konflikte dienen können, versam-

melt er einen Kreis von Autoritäten, von denen er nimmt, was er brauchen kann, ohne ihnen ganz gerecht zu werden, weil er ihre besonderen Absichten und ihre Berücksichtigung einer jeweils konkreten Lage beiseite läßt. Nur so kann es ihm gelingen, den Preußen Kleist in der Aufführung desselben Abends mit dem sowjetischen Schriftsteller Bek zusammenzubringen und so eine Art europäisches Kulturerbe zu präsentieren.

Sicher übt Heiner Müller Kritik an unterdrückten Verhältnissen. Aber durch die Beschränkung der dramatischen Entwicklung auf die Handlungen von Individuen führt er die Menschen, die er auftreten läßt, in Sackgassen, in denen er sie steckenläßt.

Quellenhinweis: Heiner Müller, Wolokolamsker Chaussee, Verlag der Autoren, Frankfurt/M 1988; Alexander Bek, Die Wolokolamsker Chaussee, Militärverlag der DDR, Berlin 1987 (8. Aufl.); Anna Seghers, Die Kraft der Schwachen, Sammlung Luchterhand 496; Franz Kafka, Die Erzählungen, S. Fischer Verlag 1961; Heinrich von Kleist, Der Findling, Reclam 8003 — (anl)

Politische Berichte

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen)

- ☐ drei Ausgaben kostenlos zum Kennenlernen.
- ☐ im Jahresabonnement (52.— DM bei Einzelabo).
- ☐ im Halbjahresabonnement (26.— DM bei Einzelabo).
- ☐ Ich bezahle nach Erhalt der Rechnung.

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

- ☐ Bankelzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Girokontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

(Kontoführendes Kreditinstitut/Unterschrift)

9/90

Neuerscheinung!

Argumente aus dem antifaschistischen Widerstand ★ Mai '90

DAS NEUE REP PROGRAMM



- ♦♦♦ aggressiv
- ♦♦♦ repressiv
- ♦♦♦ faschistisch

Beiträge gegen das neue Rep-Programm. Die Erarbeitung wurde unterstützt von: AG antifaschistische Bildungspolitik, AG Dienstleistungsgewerbe, AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, AG gegen Missbrauch und Repression, BWK LV Bayern, Deutscher Freidenker-Verband, OG Köln, Mitarbeiter des Referats gegen Neofaschismus der VVN/BdA Hamburg und Mitglieder der DKP Hamburg, Leute aus Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden, Redaktion Politische Berichte, Volkstront, VSP VVN/BdA Westberlin, VVN/BdA NRW.

Broschüre, 36 Seiten A4, Preis: 3,50 DM, zu beziehen bei GNN